

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1942

Donnerstag, den 18. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1944.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgeheften Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Berichtigungen und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 3 Mark, für das übrige Ausland 5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Parteigenossen!

Sonntag, den 21. d. Mtz., finden wie bekannt, die Protestversammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht in Preußen statt. Der Protest muß durch Massenbesuch der Versammlungen ein wichtiger werden.

Die Ankündigung der Protestversammlungen hat die Scharfmacher in Wut versetzt. Sie möchten die Gelegenheit benutzen, an der Sozialdemokratie ihr Mütchen zu kühlen.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provozieren, von wem und von welcher Seite es auch sei. Bereitet die Gelüste der Scharfmacher dadurch, daß Ihr jede Straßendemonstration unterläßt und bei Versammlungsaussäufungen oder nach Schluß der Versammlung den getroffenen Anordnungen Folge leistet.

Der Parteivorstand.

Wahlrecht, Bildung und Besitz.

Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran. Diese Worte des Fürsten Bülow waren eine schöne Redewendung des Reichskanzlers, für uns sind sie mehr: eine Quelle ununterbrochener Agitation und Arbeit, nicht im Sinne der Selbstbegeugung wie beim obersten Chef des offiziellen Preußens, sondern ein Ansporn, durch die Macht des organisierten Proletariats den Abstand auszugleichen, der die politische Organisation unseres Landes von denen fortgeschrittener Länder trennt und unsere politischen Rechte so weit zu verbessern, daß man künftighin nicht mehr erstaunen kann, daß Preußen in der Ausgestaltung der Volksrechte hinter den meisten Kulturnationen zurückgeblieben ist.

Preußen in Deutschland voran! Fürst Bülow sprach den Satz aus in einem der Häuser des preußischen Landtages, eines Parlaments, das weniger als die anderen Parlamente deutscher Einzelstaaten, wenn wir von der mecklenburgischen Ritterschaft absehen, der Ausdruck der im Volke bestehenden politischen Richtungen und Parteibildungen ist. Selbst in Sachen ist es unmöglich gewesen, die große Mehrheit des Volkes vollkommen im Landtage unvertreten zu lassen. Die Sozialdemokratie hat nach und nach in fast allen parlamentarischen Körperschaften des deutschen Reiches Wurzel gefaßt. Nur ganz wenige genießen den zweifelhaften Vorzug, daß die arbeitende Klasse parlamentarisch nicht vertreten ist, daß sie nur von außen her auf die Beschlüsse der Landesparlamente einen Einfluß auszuüben vermag.

1849/50 sozialdemokratische Stimmen wurden am letzten großen Wahltage in Preußen abgegeben, und doch gehört kein einziger Vertreter des klassenbewußten Proletariats dem preußischen Abgeordnetenhaus an! Dagegen besitzen sozialdemokratische Vertreter, wenn auch durchaus nicht in einer der Verbreitung unserer Partei entsprechenden Anzahl: die Bundesstaaten Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, alle Hansestädte, die meisten thüringischen Staaten und endlich die Reichslande! Noch merkwürdiger als diese Tatsache dürfte vielen die erscheinen, daß Preußens Wahlrecht, dessen Urteil niemand schärfer als Bismarck gesprochen hat, keine Verteidiger findet, ja daß dieses Wahlrecht mit all seinen, unseren Lesern so häufig vorgeführten Ungeheuerlichkeiten in jedem der beiden Häuser des preußischen Landtages Befürworter und Verfechter besitzt, die die überwiegende Mehrheit derselben bilden. Dieses Wahlrecht, das nur durch die kniffllichsten staatsrechtlichen Deduktionen als zu Recht bestehend nachgewiesen werden kann, ist von keiner Regierung seit 1849 als erheblich änderungsbedürftig angesehen worden. Seit Ferdinand Lassalle ist dieses Wahlrecht von der Sozialdemokratie stets auf das energichste bekämpft worden, und — von nicht ins Gewicht fallenden Ausnahmen abgesehen — ist die Sozialdemokratie in diesen Kämpfen für ein gerechtes Wahlrecht allein geblieben.

Als die Reaktion durch die Verordnung vom 30. Mai 1849, also durch einen verfassungswidrigen Akt, das Dreiklassenwahlrecht einführt, ging man von der Erwägung aus, daß die Einführung eines Genus sich deswegen nicht empfehle, weil die Vorgänge in Frankreich zeigten, daß es bedenklich sei, der arbeitenden Klasse ein einmal erteiltes Wahlrecht wieder zu entziehen. Man wollte auch den Schein erwecken, daß man den ärmeren Volksschichten die einmal zugesagte Teilnahme am Staatsleben auf breiterer Grundlage nicht zu nehmen beabsichtige. Das Vorbild dieses preußischen Landtagswahlrechtes bildete die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845, deren Nachahmung, wie Leopold von Gerlach in seinen Denkwürdigkeiten erzählt, bei den Vorbesprechungen namentlich von den rheinischen Abgeordneten empfohlen wurde. Diese rheinische Gemeindeordnung hatte auch die Einteilung der stimmberechtigten Gemeindebürger in drei Klassen, von denen jede insgesamt eine gleiche Steuersumme aufbrachte. Während aber das von den Vätern und Großvätern unserer Scharfmacher empfohlene Vorbild jeder Klasse die Wahl von Gemeindevertretern zugestand, wurde für das preußische Abgeordnetenhaus eine Verschlechterung dahin beschlossen, daß die einzelnen Abteilungen nur Wahlmänner und letztere gemeinsam den Abgeordneten wählen, sodaß das Zusammenhalten der ersten und

zweiten Wählerklasse die überwiegende Mehrzahl der Wählerklasse, nämlich die zur dritten Klasse gehörenden, um ihr Wahlrecht brachte und in einer nun 57jährigen, Preußen nicht zur Ehre gereichenden parlamentarischen Geschichte immer geprellt hat.

In der ministeriellen Denkschrift zur Rechtfertigung der Klasseneinteilung brachten die konterrevolutionären Verfasser die scheinheilige Begründung, daß dieses Stimmrecht nach dem Verhältnis der Besteuerung der Forderung „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte“ zu entsprechen strebe. Tatsächlich bedeutet dieses Dreiklassenwahlrecht aber: daß alle diejenigen, die sonst schon alle Vorteile der heutigen Wirtschaftsordnung besitzen, auch noch ein Monopol auf die politischen Rechte erhalten, während die wirtschaftlich Enterbten auch politisch rechtlos gemacht werden. Aber selbst die ministerielle Denkschrift mußte damals eingestehen, daß die Steuer ein sehr ungenügender Maßstab für die Verteilung der politischen Rechte sei. Als Scheingründe führte sie an, daß eins der wichtigsten Rechte des Parlaments die Steuerbewilligung sei und daß man um deswillen gerade den höher Besteuernten größere Rechte erteilen müsse als den niedrig Besteuernten. Wer aber weiß, wie selbst ein Miquel über die systematische Steuerhinterziehung der reichen und bemittelten Volksschichten in Preußen gedacht hat, wer sich an die Kämpfe erinnert, welche um die, wenn auch völlig ungenügende Verbesserung der preußischen Einkommensteuergesetzgebung geführt wurden, wer in diesen Tagen sieht und hört, wie die Vertreter des Bürgertums die Erbschaftsteuer bekämpfen, wie ein „hoher Adel“ die Erbschaftsteuer als eine „kommunistische Einrichtung“ befiehlt, der muß sich sagen, daß gerade die Rücksicht auf das wichtige Recht der Steuerbewilligung Anlaß geben sollte, das Vorrecht der Reichen und Reichsten im Interesse des Staates, im Interesse eines gerechten Steuerwesens aus der Welt zu schaffen. Erst vor kurzem hat Graf Posadowski, der ja im preußischen Staatsministerium Sitz und Stimme hat und auch als früherer Landesdirektor der Provinz Posen die im preußischen Abgeordneten- und Herrenhause maßgebenden Schichten kennt, von dem Mangel an Idealismus in den bestehenden Klassen gesprochen. Damit hat er, sicherlich ohne es zu beabsichtigen, Zeugnis abgelegt gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht, gegen das gewaltige Vorrecht der bestehenden Schichten bei der Steuerbewilligung.

Als man in Preußen das Dreiklassenwahlrecht oktroyierte, führte man für dasselbe unter anderem den Scheingrund an, daß die Besthenden auch die Gebildeten seien, daß in den reicheren Schichten das höhere Maß der geistigen Kräfte zu liegen pflege, somit dasjenige Gewicht, welches man dem materiellen Vermögen beilege, in der Tat der höheren Intelligenz zukomme. So unberechtigt diese Begründung des Wahlrechtes schon damals war, so lächerlich muß heute eine gleiche Behauptung wirken. Heute weiß jeder, daß Bildung und Besitz durchaus nicht zusammenfallen. Ist es doch eins der größten Verdienste der Sozialdemokratie auf ideellem Gebiete, daß sie die früher dumpf dahinlebenden, ihrer eigenen Not nicht bewußten Arbeiter erweckt und ausgerüstet hat, daß sie sie mit einem unauslöschlichen Bildungstrieb erfüllt hat, sodaß die Vertreter der Arbeiterklasse überall dort, wo sie mitwirken, in der Selbstverwaltung, in Gemeinde, Staat und Reich, in der Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten, in Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften usw. usw. vollkommen Ebenbürtiges, oft Tüchtigeres leisten als die Vertreter des Bürgertums. Erst unlängst wurde in Magdeburg anerkannt, daß von der Sozialdemokratie die Anregung für das Reich von Rechtsanwaltsstellen ergangen ist, die von dem preußischen Staate nun auch finanziell gefördert werden, wenn sie — als Konkurrenten der Schöpfungen der Arbeiter wirken. Die mächtigen Unternehmerorganisationen sind Nachbildungen unserer Gewerkschaften, unsere Genossenschaften haben die bürgerlichen in mancherlei Hinsicht, vor allem in bezug auf die Organisation überflügelt. Allgemein erkennt man an, daß die Vertreter der Arbeiter in den Gewerbegerichten sachkundig, pflichtbewußt urteilen. Unter diesem Eindruck haben erst unlängst die Justizminister Bayerns und Sachsens an die ihnen unterstellten Gerichte die Mahnung ergoßen lassen, daß die Arbeiter bei der Auswahl der Geschworenen und Schöffen nicht übergangen werden sollen. Die ganze Welt beneidet uns um die Intelligenz, die Disziplin, den geistigen Eifer unserer Arbeiterklasse, und diese Leute sollten nicht fähig sein, das gleiche Wahlrecht auszuüben wie diejenigen, die in höhere Steuerstufen eingeschätzt sind?

Wie steht es übrigens um die Intelligenz der vollberechtigten Wähler in Preußen? Hat irgend jemand die Stirn, zu behaupten, daß diese Intelligenz am größten ist in der ersten und daß sie um ebensoviel geringer sei in der zweiten Wählerklasse, als das Recht dort gemindert ist? Ist wirklich die Intelligenz des einen Fräuleins Krupp unendlich größer als die aller Wähler der dritten Klasse in ihrem Wahlkreis? Gerade die kapitalistischen Schichten sind, als Klasse betrachtet, in ihrer geistigen Betätigung von größter Einseitigkeit. Erst jüngst klagte ein Vertreter des Bürgertums, ein Lehrer an der Frankfurter Handelshochschule, über den völligen Mangel an Ueberblick bei den Vertretern des deutschen Industriekapitals. Es wurde von ihm darauf hingewiesen, daß in den langjährigen Verhandlungen der Regierung mit den Interessententeilen vor der Fertigstellung des

Zolltarifes, jeder kurzfristig nur seine eigenen Interessen vertrat, fast niemand ein Verständnis für das allgemeine Interesse der deutschen Industrie zeigte. Er führte dies zurück auf den Mangel an Bildung innerhalb dieser Schichten!

Hier zeigt sich ein gewaltiger Unterschied zwischen der Schulung des klassenbewußten Proletariats durch die Sozialdemokratie und der der bestehenden Schichten durch den Kapitalismus. Die Sozialdemokratie erzieht die Massen und jeden einzelnen zum Verständnis und zur Vertretung des Gemeininteresses. Sie lehrt die Arbeiter, ihre persönlichen Interessen zu wahren in der Vertretung der allgemeinen Interessen, sie schult sie zur ständigen freiwilligen Betätigung der Solidarität. Der Kapitalismus züchtet nur das eigene Interesse und damit Kurzsichtigkeit in politischer Hinsicht, Kleinlichkeit in allen großen Fragen.

Unsere Gegner jammern über den Opfermut der deutschen Arbeiterklasse für die Partei, für die Gewerkschaften, sie jammern über ihre finanzielle Befundung der Solidarität dem Ausland, so gegenwärtig den Opfern der russischen Revolution gegenüber. Und gleichzeitig beklagen sie die Kleinlichkeit der Angehörigen der bürgerlichen Parteien da, wo es sich um große Opfer für die Vertretung ihrer politischen Grundsätze handelt. So müssen unsere Klassenfeinde selbst bezeugen, daß der Sinn und der Opfermut für das allgemeine Interesse nirgends größer in Deutschland ist als bei der Arbeiterklasse. Wenn dem so ist, dann hat das Proletariat aber selbst nach Auffassung derjenigen, die dem allgemeinen Wahlrecht mißgünstig gegenüberstehen, die Voraussetzungen für eine politische Gleichstellung mehr als genug erfüllt.

In der schon öfter herangezogenen ministeriellen Denkschrift zu der Verordnung vom 30. Mai 1849 heißt es, daß dieses Dreiklassenwahlrecht nur ein vorläufiges Aushilfsmittel sei, daß in absehbarer Zeit eine Revision desselben in Frage komme. Sie sind nun alle gestorben und verdorben, die sich die Schuld für dieses Wahlrecht und für den Verfassungsbruch aufgebürdet haben. Aber diese Schuld ist nicht geföhnt, und diejenigen, welche Vorteile aus dem alten und nicht verjährten Unrecht ziehen, bleiben verantwortlich für ihrer Väter Werk. Die „vorläufigen“ Bestimmungen der Verordnung vom 30. Mai 1849 bestehen nun nach 57 Jahren weiter! Als die Verordnung der beiden Kammern zur Beratung vorlag, hielten sich dieselben die Revision ausdrücklich vor. Tatsächlich aber ist durch den Ausbau der preußischen Einkommensteuer das Wahlrecht nur noch weiter verhärtet worden. Selbst ein früherer nationalliberaler Abgeordneter, der Heidelberger Staatsrechtslehrer Georg Meyer, sagt in seinem Buche über das parlamentarische Wahlrecht: „Die neueren preußischen Steuerreformen haben die Umgestaltung der Vorschriften über die Klasseneinteilung zu einer unabwendbaren Notwendigkeit gemacht.“

Für die im Genusse des Wahlrechtes Lebenden gilt das Wort: Beati possidentes! (Glücklich, die im Besitze sind!) Sie wollen ihre Festung des Unrechts verteidigen so lange es irgend geht. Das Volk aber wird die Vorrechte einer kleinen Minderheit unausgesetzt und ruhelos mit wachsender Energie befehdet, bis ihm eines seiner selbstverständlichen Rechte wird.

Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum preußischen Landtage.

Die Revolution in Rußland.

In Riga dauern einem Telegramm zufolge die politischen Morde fort. Gestern wurde wieder ein Polizist auf offener Straße ermordet. Auch in der Provinz dauern die Unruhen an. Die Güter Sergemetten des Barons Blomberg und Perbonnen des Barons Simolin wurden vorgestern eingekassiert. In Grobin gelang es den Truppen, die Ruhe herzustellen. Der Führer der dortigen Revolutionäre, Ramid, wurde standrechtlich erschossen.

In Pensa wurde der Kommandeur des 78. Infanterie-Regiments, Generalleutnant Lifjowski, am 15. Januar auf der Straße durch drei Revolverschüsse getötet. Der Mörder entkam.

Kirchenspaltung.

Aus Tiflis wird gemeldet, die armenische Geistlichkeit habe sich für Unabhängigkeit und Selbständigkeit der armenischen Kirche entschieden und beschlossen, am 27. Januar die Beziehungen zum Synod abzubrechen. Wie die Petersburger Telegraphenagentur hierzu bemerkt, fehlen an zuständiger Stelle in Petersburg Nachrichten über diesen Vorgang.

Die Revolution gebrochen?

Der „Ross. Btg.“ wird aus Petersburg vom 15. Januar geschrieben:

„Die Revolution ist völlig gebrochen“ ... so lesen wir in ausländischen Blättern, denen die Neuigkeiten der offiziellen russischen „Telegr.-Ag.“ zugefleht werden. Hier in Rußland werden trotz aller Einwirkungen der Reaktion allzu grobe Unwahrheiten des offiziellen Dementiapparates von der Presse vielfach ignoriert. Und sie tut recht damit. Denn von einer Zerückung des Landes ist nicht die Rede. Die Leser der „Ross. Btg.“ werden sich meiner Meinung erinnern, daß sämtliche mit der Fortschrittibewegung sympathisierenden Beamten auf Befehl des zuständigen Ministers aus den Telegraphen-Agenturen entlassen worden sind. Diese Maßregelung

erstreckte sich natürlich auch auf die Provinz-Korrespondenten. Wie früher zu Wehres Zeiten sind auch heute wieder diese Provinz-Korrespondenten Angestellte der Gouvernements-Kanzlei und ähnlicher Kanten. Wenn also früher die Nachrichten über die Unruhen in Rußland übertrieben waren, so sind sie heute im entgegengesetzten Sinne unrichtig. Sie sind lediglich darauf berechnet, im Auslande den Glauben zu erwecken, als sei die russische Regierung soweit erstarbt, daß sie das Heft in den Händen halte. Dadurch soll das Vertrauen der westeuropäischen Finanzwelt gewonnen werden.

Gerade in diesem Augenblicke scheint es mir Pflicht zu sein, darauf hinzuweisen, daß die Regierung durchaus nicht Herr der Situation ist. Selbst in Petersburg leben wir in Zuständen, unter denen die Selbsthilfe das einzig wirklich geltende Gesetz zu sein scheint. Man bedenke, daß in einem der ersten und vornehmsten Restaurants ein Beamter sieben Schüsse auf einen Studenten abfeuert, der nach seiner Meinung der Nationalhymne nicht genügend Ehrerbietung erwiesen hat. Und in einem der ersten Hotels wird der Militärvertreter einer auswärtigen Macht schwer verwundet.

Wie steht es in der Provinz aus? Während über das ganze Land Truppenabteilungen verstreut sind, um die wildgewordenen Bauern zur Ruhe zu bringen, während sämtliche Gefängnisse überfüllt werden, tritt die Terroristenpartei wieder in Tätigkeit. Das neue Jahr wurde eingeleitet durch den Anschlag auf den wenig beliebten Gouverneur Chvostow in Tschernigow.

Das sind so die ersten Anzeichen des heraufziehenden Gewitters! Gewiß wird die Regierung in ständiger, größerer Volkswut zu unterdrücken (?), aber Menschenmorden, mit denen die russische Gesellschaft aller Schichten sehr wohl zu arbeiten weiß, kann sie heute weniger vorbeugen, als zu Wehres Zeiten. Die Behauptung, die russische Revolution sei gebrochen, ist unhaltbar! Sie steht für kurze Zeit still, um Atem zu holen für neue Taten. Was gegenwärtig geschieht, sind Vorpostengefechte vor der Schlacht. Man glaube nicht, die Ströme Blutes, die in Petersburg, Barikaden, Moskau und an hundert anderen Orten geflossen sind, hätten die revolutionäre Anfechtung entmündigt. Im Gegenteil! Gerade durch die furchtbaren Missetaten haben sich Kreise, die früher den Nord verdammt, an Menschenblut gewöhnt. Bürger, denen allmählich das Bewußtsein gekommen ist, daß ein großer Teil der zwischen der Regierung und dem Volk geschlagenen Schlachten von einer reaktionären Clique herausgefordert oder, wie die Judenmegeleien von Anfang November, organisiert waren, scheuen sich heute nicht, auszusprechen, daß der politische Nord an einem Vertreter der Reaktion notwendig sei, um die Gesamtheit des Volkes vor einem neuen Unglück zu bewahren. Das ist die Frucht der Lügenhaft, die die Nachthaber gesät haben!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Januar.

„Den Kerls auch noch Diäten?“

Der erste Schwerinstag dieser Session war der Diätenfrage gewidmet. Aber dieser Priorität entsprach nicht die Behandlung der Frage, die von den bürgerlichen Parteien zum Teil mit Geflenn über die Nichtbeachtung der bezüglichen Reichstagsbeschlüsse seitens des Bundesrats, zum Teil mit Galgenhumor über die eigene Dummheit behandelt wurde. Der Zentrumsredner Abg. **Kirch** vertrat den Antrag seiner Fraktion kraft- und softly, ja — er bot schier dem Reichskanzler in kindlichem Spiel Verzeihung für seine Duell-erklärung an, wenn er den Diätenbeschuß akzeptiere! Darob von anderen Rednern ironisiert, deutete er zwar an seinen Äußerungen herum, aber das änderte nichts an seiner unzureichenden Vertretung des Antrages. Für den national-liberalen Diätenantrag trat **Basermann** in die Schranken. Charakteristisch ist, daß Basermann von der Zahlung von Diäten eine Einschränkung der Beratung sozial-politischer Fragen und Gesetze — erhofft. Genosse **Singer** bedeutete ihm, daß — wenn man solche Absichten hege — die sozialdemokratische Fraktion sich veranlaßt fühlen könnte, gegen die Diätenanträge zu stimmen; denn die Sozialpolitik betreffe das Wohl und Wehe von Millionen Arbeitern. **Singer** geißelte auch verdientermaßen die Heulmeierei über die schlechte Behandlung des Reichstags durch die Regierung, weil es ja in der Hand des Reichstags selbst liege, sich Respekt zu verschaffen.

Der Konservative v. **Staudy** will für die Diätengewährung die Kompensation einer Minderung der Geschäftsordnung des Reichstags; er unterließ es aber, den geheimen reaktionären Wünschen bestimmten Ausdruck zu geben. **Liebermann v. Sonnenberg**, Antisemit, erklärte zwar, keine Kompensationen für Diäten zu fordern, aber er empfahl nichtsdestoweniger eine Minderung des Wahlgesetzes, wonach nur derjenige wahlberechtigt sein soll, der einen dreimonatlichen Wohnsitz an dem Wahlorte nachweisen kann. Der reaktionäre Antisemit hält das für keine Verschlechterung des Wahlrechts! — Die freisinnigen Redner fanden ebenfalls keinen rechten rhetorischen Aufschwung für die von der Regierung so wegwerfend behandelte Forderung, und so verlief denn die Beratung ziemlich interesselos. An die erste Lesung wurde sofort die zweite geknüpft und erledigt. Zwei an den Bundesratsitzung beschlossene Geheimräte aus dem Ressort des Inneren gaben durch ihre tatenlose Anwesenheit dem Spott über die Rücksichtslosigkeit der Regierung gegenüber dem Reichstage neue Nahrung.

Gesegentwurf zur Eröffnung der freien Hilfskassen.

Der Hilfskrankenkonferenz hat nach erster, sachlicher imponanter Diskussion sich mit Einhelligkeit gegen den Gesegentwurf über die Hilfskassen ausgesprochen.

Der Gesegentwurf ist ein tolles Machwerk. Er behauptet die Schwindkassen tatsächlich zu wässern und schlägt ein Mittel vor, das die Schwindkassen ruhig bestehen lassen, aber den soliden Hilfskassen, insbesondere den Berufskassen, deren Richtigkeit der Gesegentwurf selbst anerkennt, den Garau machen und den ersten Schritt zur vollständigen Vernichtung der Selbstverwaltung aller Krankenkassen und zur Vernichtung einer segensreichen Wirkung aller Krankenkassen bedeuten würde.

Gegen Schwindkassen ist vornehmlich die Arbeiterpresse und sind die Arbeitervertreter stets eingetreten. Bei der Beratung der Krankenversicherungnovelle wurden dem Regierungsvertreter von sozialdemokratischer Seite einige Duzend Schwindkassen genannt, vor denen die Arbeiterpresse gewarnt hatte. Durch diese Kassen waren Tausende um ihr Geld geprellt. Die Kassen selbst waren später kaputt gegangen. Selten erhob sich die Staatsgewalt gegen diese Betrüger. Wohl aber wurden sozialdemokratische Redakteure wegen der lebhaften Form, in der sie vor den Betrügern gewarnt hatten, durch die Staatsgewalt bestraft! Der

Bundesratsvertreter versprach im Frühling 1903 bei der Beratung der letzten Krankenversicherungnovelle, in Preußen würden die Schwindkassen mit dem 1. Oktober 1903 veräußert werden. Daraufhin wurden auch die zur Veräußerung der Schwindkassen von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Anträge abgelehnt. Und was wurde aus der Prophezeiung des Bundesratsvertreters Geh. Reg.-Rat **Hoffmann**? Die Schwindkassen blühten weiter. Sozialdemokraten wurden abermals verurteilt, weil sie an dem Schwindgehabenen berechnigte Kritik übten. Wir erinnern daran, daß z. B. der Redakteur des „Hannoverschen Volkswillen“ zu hoher Geldstrafe verurteilt wurde, weil das gelehrte Landgericht in dem Glanben an die Solidität der Schwindkassen „Thalia“, deren Geschäftsbücher kritisiert war, nicht erschüttert war. Erst der behördlichen Arbeit einiger Jahre bedurfte es, bis dann endlich die Leiter der „Thalia“, die selbstredend verurteilt, von der Staatsanwaltschaft und der Strafkammer zu Gefängnisstrafen wegen Untrue verurteilt wurden. Wir berichten über den fünfjährigen Prozeß anfangs November vergangenen Jahres.

In erster Reihe Schutz gegen Schwindkassen bietet die freie Kritik. Diese zu schälen ist, wie wir anführten, die Staatsgewalt weit entfernt. Aus ihrem Vorgehen gegen die freie Kritik schöpfen die Schwindler Ermutigung zu neuen Schwindtaten. Den Schwindkassen kann auch die Gesetzgebung zu Leibe gehen. Der Gesegentwurf gibt keinerlei Andeutung, woran die Schwindkassen zu erkennen sind. Er hilft sich überhaupt, Material aus den tatsächlichen Verhältnissen heraus zu geben, weil daselbe dem Gesegentwurf den Garau machen müßte. Auch auf dem Kongreß der Hilfskassen gibt. Ungeheuer hohe Verwaltungskosten, Fragebogen bei der Aufnahme mit Forschungen nach früheren Krankheiten, Anberaumung von Generalversammlungen zu Zeiten, an denen die Mitglieder nicht teil nehmen können, fast unbefristete Macht eines wohnlich an Lebenszeit gewählten Vorstandes und dergleichen sind Kriterien für das Befolgen einer Schwindkasse. Wenn der Gesegentwurf auf diesen Gebieten, die der Regierung doch bekannt sein müßten, Forderungen gebracht, so hätte man an die Absicht der Regierung, gegen Schwindkassen einzuschreiten, vielleicht glauben können. Schon das bestehende Gesetz gibt ja hinreichende Handhaben, Schwindkassen in der Geburt zu ersticken. Auf Hamburg wurde im Kongreß hingewiesen, wo es der Behörde gelungen ist, Schwindkassen nicht aufkommen zu lassen.

Die eigentlichen Mängel der Schwindkassen liegen aber in den Mängeln unserer Krankenversicherungsgesetzgebung. Der Mangel einer Einheitlichkeit in der Organisation der Kassen, die Vergünstigung von Zueignungen in der Form der Zuzugs- und Vertriebskrankenstellen, die Verbeibaltung der absolut unzulänglichen Gemeinde-Krankenversicherung, insbesondere in Bayern, der Mangel der Ausdehnung des Kreises der Versicherten begünstigen wesentlich das Emporkommen von Schwindkassen. Wäre die sozialdemokratische Forderung, einer einheitlichen, alle Erwerbstätigen bis 3000 Mark Jahreseinkommen umfassenden Krankenversicherungsgesetzgebung mit vollem Selbstverwaltungsrecht der Versicherten erfüllt, Tausende und Abertausende Arbeiter, Handwerker und kleine Gewerbetreibende wären nicht in die Reue von Schwindkassen geraten. Der Boden zum Gedeihen schwindhafter Krankenkassen wäre nicht mehr vorhanden.

Warum befreit die Regierung diesen Weg nicht? Weil sie das Versprechen des Reichskanzlers erfüllen will, das dieser dem Herrenhaus bei Gelegenheit der Beratung der Verzeihungsnovelle gab. Das Versprechen ging, wenn man es aus feiner Einleitung heraushebt, dahin: die Kassen der Verwaltung der Arbeiter zu entwenden.

Die letztersehene Statistik über die Krankenversicherung bestritt das Jahr 1903. Danach waren durchschnittlich insgesamt 10 224 297 Mitglieder auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes jährlich versichert. Von diesen entfielen auf den § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechende eingeschriebene Hilfskassen: 887 130, auf landesrechtliche Hilfskassen: 41 597 Mitglieder. Insgesamt gab es 22 842 Kassen, darunter 1620 Hilfskassen, nämlich 1421 eingeschriebene und 199 landesrechtliche. Die Hilfskassen hatten 16 613 928 M. für Arzt, Arznei, Krankengelder, Wächnerinnen, Sterbegelder, Krankenanstalten und Rekonvaleszenten ausgegeben. Auf ein Mitglied kam im Durchschnitt des Jahres 18,92 bei den eingeschriebenen, 15,18 M. bei den landesrechtlichen Hilfskassen. Die Verwaltungskosten betragen auf den Kopf des Mitgliedes berechnet 2,14 bis 1,39 M.

9,1 Proz. aller dem Krankenversicherungsgesetz unterstehenden Kassenmitglieder befanden sich also in den freien Hilfskassen. Diese haben, wie amtlich anerkannt wird, ihre Verpflichtungen über das Gesetz hinaus erfüllt. Weshalb will man sie jetzt dem Privatversicherungsgesetz unterstellen? Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben unter dem 3. Januar: „Das neue Gesetz ist für die Hilfskassen von der einfachsten Bedeutung; sie müssen mit allen gesetzlichen Mitteln dahin streben, daß auch ihre Konkurrenten (die Orts- und Betriebskassen) nach denselben Grundsätzen beaufsichtigt werden. Will die Regierung dieses Zugeständnis den freien Hilfskassen nicht machen, dann sollte sie aber die bisherigen Bestimmungen, nach denen die Beitragsberechnung reguliert wird, auch für die Hilfskassen bestehen lassen.“

Die sämtlichen gut fundierten, eingeschriebenen Hilfskassen müßten sich verbinden, um gemeinsame Schritte bei der Regierung und den Reichstagsabgeordneten zu unternehmen, die darauf hinführen, daß in erster Linie auch die übrigen Krankenkassen unter das Gesetz gestellt werden und daß das Gesetz ausdrücklich das System der Beitragsberechnung für alle Kassen gleichmäßig vorschreibt. Gelingt das nicht, dann ist das Schicksal der freien Hilfskassen besiegelt.“

Das Scharfmacherblatt deutet mit diesem lebendwärtigen Appell an die Kurzsichtigkeit von Arbeitervertretern an, wohin die Reise gehen soll. Es ist das vorgelegte Gesetz der erste Schritt zur völligen Vernichtung der Selbstverwaltung der Kassen überhaupt. Die Tagung des Hilfskassenkongresses möge dazu beitragen, diese die Gesundheit der Arbeiter schwer gefährdende Minorarbeit zu zerstören. Ueber die gemeingefährlichen Schreibungen der Scharfmacher und ihrer Handlanger in Regierungskreisen hat er hoffentlich weite Kreise aufgeklärt.

Die Marokkokonferenz.

Die Marokkokonferenz hielt am Dienstag ihre erste Sitzung ab. Der zum Präsidenten gewählte spanische Delegierte, Herzog von **Almodovar**, proklamierte in seiner Begrüßungsansprache folgende drei Punkte: 1. Souveränität des Sultans, 2. Unabhängigkeit des Kaiserreiches Marokko, 3. offene Tür für den Handelsverkehr aller Nationen.“ Sobald er geendet, erhob sich der französische Vertreter **Réboil** und ersuchte die Konferenz im Namen Frankreichs um Zustimmung zu den vom Vorsitzenden im Namen Spaniens aufgestellten Prinzipien. Nachdem Herr v. **Radowitz** im Namen Deutschlands das Wort und stellte die deutsche Anerkennung jener drei fundamentalen Grundsätze offiziell fest. Hiermit war das Pensum des ersten Tages erledigt.

Dieser Verlauf der ersten Sitzung soll bei allen Vertretern der Mächte einen „angenehmen Eindruck“ hervorgerufen haben. Speziell der marokkanische Vertreter soll beim Auseinander-

gehen zum Herzog von **Almodovar** gesagt haben: „Ich danke offen für die Anerkennung der Rechte meines Herrn und der Integrität des Reiches gleich in der ersten Sitzung.“

Wie jetzt herrschen also in der Konferenz holde Freude und süße Eintracht. Man sollte meinen, daß nach dieser anmutigen Einleitung die Einzelheiten des Uebereinkommens in wenigen Tagen erledigt sein könnten. Das wird freilich nicht der Fall sein. Das Diplomatenhandwerk hat gleich den Besitzenen der edlen Hof-tauscherkunst einen wahren Abdruck vor jedem geraden und ehrlichen Wege. Man wird in Algerias jetzt erst recht versuchen, sich unter der Maske der Biedermeierei einander gründlichst über's Ohr zu hauen.

Die englischen Wahlen.

Auf der ganzen Linie siegen die Liberalen. Alle konservativen Hochburgen fielen in die Hände der Freihändler und Sozialisten. Die größte Ueberrumpfung bot Manchester (Osten), wo der frühere Premierminister **Balfour** einem unbekanntem liberalen Staatsanwalt unterlag. Die Kunde davon wurde abends um 10 Uhr in Fleet-Street — der Straße der Zeitungen — bekannt und wirkte auf die dort versammelte Menge wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel. Die Nachricht klang so unglücklich, daß das Publikum im ersten Augenblicke wie betäubt war und jede Kundgebung vergaß. Erst als sie sich als wahr herausgestellt hatte, brachen die Massen in einen Verfallsturm aus.

In Bradford (Westen) stand Genosse **Jowett** einem konservativen und liberalen Kandidaten gegenüber und siegte über beide; der Wahlkreis war konservativ. In Manchester (Nordosten) stand Genosse **Clynes** dem konservativen **Sir James Ferguson** gegenüber und siegte mit 5936 Stimmen gegen 2934; der Wahlkreis war konservativ. In Manchester (Südwesten) stand der Kandidat der Arbeiterpartei **Kelly** dem konservativen **Galloway** gegenüber; der Arbeiterkandidat siegte über **Galloway**, der im letzten Parlament den Wahlkreis vertrat und bei Beratung der Gewerkschaftsreform einig gegen die Arbeiter antrat. Unterlegen ist **Mitchell**, der Arbeiterkandidat in Dorlington; an ihn verliert indes die Partei nichts, da er liberal ist.

Leider sind auch einige Kandidaten der Sozialdemokratischen Föderation unterlegen. Das Wahlergebnis in Burnley, dem man in London mit Spannung entgegen sah, ist folgendes: Genosse **Hudman** 4982 Stimmen; **Arbuthnot** (konservativ) 4064; **Maddison** (liberaler Arbeiterkandidat) 2888; letzterer wurde somit gewählt. In Bradford erhielt Genosse **Hartley** 3100 Stimmen, gegen 4277 konservative und 6100 liberale. In Rochdale, der Pionierstadt des Gewerkschaftswesens, kandidierte Genosse **Hobson**, der auch der Fabian Society angehört und von den Sozialisten der verschiedenen Richtungen geachtet wird. Aber die Rochdaler Pioniere zogen einen Liberalen dem Sozialisten vor! In dessen wird allgemein zugegeben, daß die Zahl der auf die Sozialdemokraten entfallenen Stimmen überaus hoch ist. Das Wahlergebnis **Hudmans** war durch und durch revolutionär.

In Dewisford (London) kandidiert **Bowman**, der Sekretär der Londoner Buchdrucker, gegen einen Liberalen und einen Konservativen. Er hat jedes Kompromiß mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. In Südwest-Ham (London) kandidiert Genosse **William Thorne**, der Sekretär der Gasarbeiter, gegen einen konservativen **Schnitzhölzner**. In Southampton kandidiert Genosse **Duelch**, Mediziner der „Justice“ und Vorsitzender des Londoner Gewerkschaftskartells; er hat einen Liberalen und einen konservativen Gegenkandidaten. In Aberdeen kandidiert Genosse **Kennedy** gegen einen Liberalen und einen Konservativen; der konservativen Kandidat ist der Staatssozialist und Schriftsteller **Wattman** **Warr**, dessen sich **Karl Marx** zu bedienen pflegte, um seine Ansichten in der englischen Presse zu verbreiten. **Warr** ist sehr stolz auf seine Bekanntheit, aber er ist auch bescheiden genug zuzugeben, daß er nichts weiter als ein Werkzeuge war. Zur Charakteristik **Warrs** folgende Geschichte: Vor einigen Zeit trat unser Londoner Korrespondent ihn in einer Versammlung und fragte ihn über **Marx** aus, worauf **Warr** erwiderte: „Es gibt drei Personen, die ich hasse: den Juden, den Deutschen und den Atheisten. **Marx** war alles drei, aber als ich vor ihm stand, vergaß ich alle meine Vorurteile. In meiner Eigenschaft als Staatssozialist und konservativer Politiker bin ich mit den meisten englischen Politikern zusammengetroffen, ich habe mich indessen vor keinem gebeugt. Vor **Marx** aber empfand ich, wie unbedeutend ich bin.“

Nach den zuletzt vorliegenden Ergebnissen sind bis jetzt gewählt: 108 Liberale, 52 Unionisten, 40 Nationalisten, 30 Arbeitervertreter der verschiedenen Richtungen.

Die genaue Gruppierung wird sich erst ein paar Tage nach Erledigung sämtlicher Wahlen feststellen lassen.

Deutsches Reich.

Erboite Scharfmacher.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ärgert sich grün und blau über die Erklärung des Parteivorstandes, daß man überhaupt gar nicht daran gedacht habe, Straßendemonstrationen am 21. Januar zu veranstalten. Das Blatt für Brotwucher und Landarbeiternebelung schilt auf die erbärmliche Feigheit der Sozialdemokratie, die im Ernst nicht wage, ihre „blutrünstigen Drohungen“ wahr zu machen. Denn es scheint wirklich so, als sei es der Partei oder den Parteiführern mit ihrer „Jahrmarttskollane“ der Waffen- und Gefährdungen nicht Ernst gewesen. Solche Dinge bereite man, wenn man sie wirklich auszuführen beabsichtige, in der Stille vor und posame sie nicht in alle Welt hinaus. Trete man sie mit dem „größten Trampselgeräusch“ breit, so betreibe man nur eine „Theatermache“. Die „Großherren der Sozialdemokratie“ hätten offenbar nur so großen Lärm vorher geschlagen, um durch die Maßnahmen der Behörden an der Veranstaltung von Straßendemonstrationen verhindert zu werden. Es handelt sich also nur um „Kindereien und dumme Jungensstreiche“.

Dieser Wuterguß wird von der Arbeiterklasse mit der gebührenden Heiterkeit aufgenommen werden.

Da man nun allgemein einzusehen beginnt, daß man sich mit der Hoffnung auf Proletarierschlächtereien am 21. Januar gründlich verspekuliert hat, hat ein Pfiffikus ein neues Pländchen ausgedacht, wie man trotz alledem die Arbeiterklasse provozieren und möglichst in die Bajonette treiben könne. Die „Antisozialdemokratische Korrespondenz“ macht nämlich den Vorschlag, daß man am 21. Januar auch die Versammlungen verbieten solle. Das preussische Versammlungsrecht biete ja leider keine Handhabe, die Versammlungen aus politischen Gründen zu verhindern, doch sei zu erwägen, ob man nicht ein Verbot aus verkehrspolizeilichen Gründen verhängen könne. Solche verkehrspolizeilichen Gründe könnten leicht geltend gemacht werden, da ja die Versammlungsorte bei weitem nicht ausreichend seien, um die Zahl der Versammlungsbesucher zu fassen. Voraussetzlich würden also viele Tausende keinen Einlaß finden, die sich dann vor dem Lokal anstauen und Verkehrsstörungen hervorrufen würden. Man möge deshalb wenigstens für Berlin die Versammlungen verbieten. Die Sozialdemokratie möge über das Polizeiverbot dann „schimpfen“, so viel sie wolle. Dränge sie dann die Arbeiter auf die Straße, so sei damit „der sozialdemokratischen Partei Wille aller Welt kundgetan, daß Arbeiterblut fließen solle“.

Auch wenn man nicht wüßte, daß kein anderer als der

Berühmte Max Lorenz diesen provokatorischen Vorschlag macht, würde man die Absicht dieser Scharfmacherei zu deutlich merken, um darüber verstümmelt zu sein! —

Ein Röder für das Zentrum.

Ein Nachtrag zu der amtlichen Denkschrift über die deutschen Seerestellen ist soeben dem Reichstage zugegangen. Er enthält statistische Aufstellungen über die Beteiligung der evangelischen Kirchen sowie der katholischen Ordens- und Missionsgesellschaften an der Mission in den deutschen Kolonialgebieten. Offenbar glaubt man dadurch namentlich bei dem Zentrum eine größere Begeisterung für den Marimismus und die Weltpolitik entfachen zu können. Diese Spekulation wird ja auch keine verfehlte sein, wie schon ein Leitartikel in der heutigen Abendnummer der „Germania“ beweist, der sich „Katholische Seerestellen“ betitelt. Trotz der entsetzlichen Kolonialbestimmungen, die im Laufe der Zeit, und gerade auch der letzten Zeit, enthalten worden sind, trotz der Klage einzelner Zentrumsglieder über die furchtbare Ausbeutungswirtschaft in unseren Kolonien wird das Zentrum am künftig im angeleglichen Interesse der „Heidenmission“ für die deutsche Weltpolitik zu haben sein, obwohl doch erst die Duelldebatte wieder so dräuisch bewiesen hat, daß die Verbreitung wahrhaft christlicher Grundsätze im eigenen Lande viel näher läge! —

Grande Duchefei.

Die Presse unseres offiziellen Christentums ist begreiflicherweise höchst entsetzt über die blamablen Erklärungen, die von den Regierungsvertretern über die Duellfrage abgegeben worden sind. Das „Reich“ wehlt, der Kriegsminister habe eine „doppelte Sittlichkeit“ formuliert. „Grundzüge für die Masse und Grundzüge für die Herrschenden, die Satisfaktionsfähigen“. Wer aber die „Autorität“ vertritt, müsse vor allem die Geleise beachten. Namentlich aber dürfe, wer christlicher Sittlichkeit Raum schaffen wolle, nicht die Einwirkung des privilegierten Nordes vertreten. Herr v. Einem dagegen falle das Duell als „Verstoß gegen Gottes Gesetz“ auf und verlange demnach von den Offizieren, daß sie diesen Verstoß, den furchtbaren Frevel, den es gäbe, begingen. Wenn diese Auffassung die einzig zulässige und maßgebende werde, so dürfe in der Tat „kein Christ mehr Offizier und kein Offizier mehr Christ werden“. Mit solchen Phrasen richtet man gegen das Duell natürlich nicht das geringste aus. Wenn die Stöcker und Konforten es mit Gottes Geboten wirklich ernst meinten, so müßten sie einfach dem Militarismus solange alle Mittel verweigern, bis auf das Duell die Strafe der Ausstoßung aus dem Heere gesetzt wäre! Außerdem sollten die Herren doch einmal die Frage unterfragen, ob denn auch nicht der Krieg, dieser privilegierte Massenmord, „wider Gottes Gebote“ verstößt.

In ähnlicher Weise wertet auch die ultramontane „Germania“ über die Reichstagsdebatte. Es sei „Umsturz von oben“, wenn dergestalt eine Verletzung der göttlichen Gebote und eine Verletzung der staatlichen Geleise für das Offizierskorps durch den militärischen Zwang einer Entlassung gefordert werde. Dann schwingt sich das Blatt sogar zu einer Drohung auf. Vielleicht, schreibt es, bietet sich schon bei den Militärpensionsgesetzen Gelegenheit, der Frage näher zu treten, eventuell ließe sich hier ein Duellparagrafen anbringen oder auch eine Klausel dahin, daß die neuen Militärpensionsgesetze gleichzeitig mit einem einzubringenden Gesetze über das Verbot des Duells im Heere in Kraft treten sollten.

Daß diese Drohungen ebensowenig ernst gemeint sind, wie die Heulmeierei des „Reich“ wird ja die Zukunft lehren. —

Staatsanwaltschaftliche Ordnungsbrettung.

Wir lesen in unserem Leipziger Bruderorgan: „Nicht fünfzehn, sondern fünfundsiebzig Artikel der Leipziger Volkszeitung“ aus den letzten fünf Wochen sind unter Anklage gestellt worden; zu diesen „Artikeln“ gehört u. a. eine „König im Tageskalender und eine Buchhandlungs-annonce“.

Bildet man sich wirklich ein, durch einen Plakregen von Anklagen die Flammen der Empörung erlöschen zu können, die die Gemüter der schamlos entrechteten und von den Scharfmachern obendrein frech verhöhnten Arbeiterklasse durchlodern? Wie schlecht muß es doch nach der Ansicht der Ordnungsbretter selbst um das Klassenregiment bestellt sein, daß es nicht einmal eine freie Kritik verträgt. —

Sächsisch!

Dresden, 16. Januar. (Eig. Ber.)

Die sächsische Regierung kneift vor dem Forum der Öffentlichkeit! Der leitende Minister von Meyß hat nicht die Courage, die kürzlich beliebte Vernichtung des Versammlungswesens in Sachsen offen zu vertreten. — Mitte voriger Woche wollte der hiesige Liberale Verein, der aus früheren Nationalsozialen besteht, und von dem Privatgelehrten Dr. von Wangold, bekannt durch seine wissenschaftlichen Untersuchungen über Wohnungsweisen, geleitet wird, in Dresden eine Wahrscheinlichkeitsammlung abhalten, die von der Polizeidirektion Dresden verboten wurde. Daraus hervorgegangen die drei freisinnigen Abgeordneten in der Zweiten Kammer des Landtages folgende Interpellation ein:

Nach übereinstimmenden Berichten in der Tagespresse hat die königliche Polizeidirektion die vom Liberalen Verein in Dresden und Umgegend für Mittwoch, den 10. Januar, angemeldete öffentliche Versammlung verboten.

Die Unterzeichneten erkliden in diesem Verbote eine polizeiliche Willkür entsprungenen Maßregel, die geeignet ist, das Vereins- und Versammlungsrecht für die Staatsbürger illusorisch zu machen.

Wir richten an die königliche Staatsregierung die Anfrage, welche Maßnahmen sie anzuordnen gedenkt, um solche polizeiliche willkürliche Verbote in Zukunft unmöglich zu machen.

Diese Interpellation stand auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer. Wie die Regierung diese Anfrage beantworten würde, war für jeden in sächsischer Politik einigermaßen Erfahrenen ohne weiteres klar. Es kam anders. Herr von Meyß lehnte im Namen der Regierung die Beantwortung überhaupt ab, weil — die Frist zur Einlegung der Beschwerde gegen das Verbot noch nicht abgelaufen sei. Das ist in der jetzigen Situation ein außerordentlich auffälliges und außergewöhnliches, aber sehr begreifliches Verfahren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Antwort der Regierung das Verbot nach jeder Richtung hin gebredt hätte, wie ja bereits das Dreinhauen der Wendbarren auf friedliche Demonstrationen die ganze Willkür der Regierung gefunden hat.

Die Sache liegt so: Der Minister will warten, ob Beschwerde eingereicht wird, was, wie wir wissen, inzwischen geschehen ist. Ehe eine solche Beschwerde bis eventuell an die letzte Instanz zur Entscheidung gebracht ist, vergehen nach der herrschenden Praxis Monate. So lange schweigt sich also der Minister der Volksvertretung gegenüber aus! Wird aber keine Beschwerde erhoben, dann erklärt natürlich die Regierung, keine Verantwortung zum Eingreifen zu haben, weil der vom Verbot Betroffene sich des ihm zustehenden Rechts beggeben hat. Also ist das Versammlungsrecht zurzeit vogelfrei in Sachsen! Unterdessen geht der Landtag auf zwei Jahre auseinander.

Die Zweite Kammer lehnte gegen nur neun Stimmen eine Besprechung der Interpellation auch ohne die Regierungsantwort ab! Die Mehrzahl der Nationalliberalen ist also auch dafür zu haben gewesen. Höchstens fünf von ihnen können unter dem neun sein.

Und das nennt sich „liberales Bürgerthum“! Das sucht dem sächsischen Volke Kampf gegen die Konserverativen vorzuspiegeln. Eine so unsagbar traurige und erbärmliche Rolle hat noch niemals eine politische Partei gespielt. Der Wahlrechtskampf in Sachsen zeigt die eine reaktionäre Rolle in Reinkultur.

Warnung oder Provokation?

Man schreibt uns: In Hannover wird es am Sonntag fürchterlich werden! So raunen sich die Philister der Peinestadt gegenseitig zu. Warum — wissen sie selbst nicht, denn noch weiß niemand, was die Sozialdemokratie am Sonntag beginnen wird. — Trotzdem sind bereits im Laufe der vorigen Woche sämtliche Schuhmannsäbel geschliffen worden, und jetzt sollen die Schutzleute noch Revolver erhalten! Man spricht in den Klammern schon vom „Roten Sonntag in Hannover!“ Statt von einer Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht redet man absichtlich von einer „Jahresfeier des blutigen Sonntags in Petersburg“. Und dem folgen die wehleidigsten Warnungen vor Straßenunordnungen, Missethungen — mitgehungen, heiße es bei solchen Anlässen! Diese Warnungen werden noch mit besonderem Hinweis auf die Straßwalde beim Straßenbahnarbeiterstreik sensationell zugestuft und offenbaren nur die niedrigste Heuchelei der bürgerlichen Presse. Gerade die Straßenbahnstraßen in Jahre 1900 hatten ihre Ursache in der ungeheuren Draufgängererei der Polizei, die abendlich unter Aufgebot der gesamten Schutzmannschaft und Dinzuziehung auswärtiger Gendarmen zu wahren Straßenschlachten führte. Einmütig stand damals die Presse — mit Ausnahme der agrarischen — auf dem Standpunkt allerhöchster Verurteilung des polizeilichen Verhaltens. Und heute! Durch alle Zeiten klingt das Lob für die Polizei hervor, daß sie „jede Störung der öffentlichen Ordnung so wirksam unterdrückt“ will! Die Polizei kann jedoch eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung durch aktives Eingreifen in Hannover gar nicht unterdrücken. Sie kann sie aber provozieren. Zur Genüge bewies das die mindestens überflüssige jahrelang geübte Straßenabsperzung in der Silberstraße. Zu Tausenden zogen nur deshalb die Leute vor den abgesperrten Platz an der Bahnhofsstraße. Die Polizei hatte übermenschlich zu tun mit Verhaftungen und mit dem Säbel! Im letzten Jahre vor nun zum ersten Male wieder abgesperrt noch waren Häufen von Schutzleuten auf den Beinen. Jetzt soll noch das Militär mobil gemacht werden, um sofort mit eingreifen zu können. Auch in Hannover werden trotz alledem natürlich die Scharfmacher nicht auf ihre Rechnung kommen! —

Weitere Mobilmachungen!

Ein bürgerliches Blatt in Stettin berichtet:

„Bevorstehende Wahlrechtsdemonstrationen? Behufs Vermeidung von Ausschreitungen am 21. Januar hat die gesamte Stettiner Garnison Befehl zur Alarmbereitschaft an diesem Tage erhalten. Die Truppen erhalten keinerlei Urlaub und dürfen die Kasernen ohne Erlaubnis nicht verlassen.“

Es liegt also in der Tat ein Mobilmachungsbehl für das ganze Reich vor! Die Scharfmacher gehen sich den Ansehen, als beweise die Regierung durch dies lächerliche Truppenaufgebot ihre unerschütterliche Macht gegen den „inneren Feind“. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Mit Recht weist ein bürgerliches Blatt darauf hin, daß sich die deutsche Regierung durch solche Maßnahmen nur dem Ausland gegenüber Bloßstelle und eine Furcht vor dem eigenen Volke offenbare, die ihr Ansehen wahrhaftig nicht zu erhöhen vermöge! —

Aus dem bayerischen Landtag.

München, den 17. Januar. (Eig. Ber.) Einen unerhörten Fall von Soldatenschänderei unter den erschwerendsten Umständen brachte am Mittwoch bei der Spezialberatung der Abgeordnete Dr. Heim beim Kapitel des Militär- und Medizinärztes zur Sprache. Der Soldat Feuer der vierten Kompagnie des 19. Infanterieregiments in Erlangen hatte am 6. März eine Felddienstaube mitgenommen, wobei sich die Mannschaften ins Gras legen mußten. Er sei sehr erregt gewesen und habe gleich beim Aussteigen Schmerzen auf der Brust und Atmungsbeschwerden verspürt. Als er sich beim Oberarzt krank meldete, habe dieser erklärt, es fehle ihm nichts. Bei wiederholten Meldungen nach vier Tagen habe ihn dieser Arzt einen frechen Kerl genannt, der sich vom Dienst drücken wolle und eingesperrt gehöre. Auch der Oberarzt habe ihn bei der Untersuchung beschimpft und erklärt, daß er ihm nichts glauben wolle. Er sei auch sonst schikaniert worden und habe auf Befehl des Feldwebels zwei Eimer voll Wasser über sechs Treppen hinauf tragen müssen, und dann habe er auf Befehl des Oberarztes noch einmal die Treppe hinaufsteigen müssen, was er aber nur mit großer Mühe habe tun können, wobei der Arzt gejagt habe, er übertreibe nur. Endlich am fünften Tage hätten die Ärzte entbedt, daß er doch krank sei. Der Mann, Feuer, wurde dann im Lazarett an der linken Brustseite operiert, am 1. Juli entlassen und liege seitdem im Hause seiner Mutter lungenleidend hoffnungslos darnieder. Die Angaben habe der Soldat auf seinem Sterbebette nach Empfang der Sterbefrauentante zu Protokoll gegeben. Jetzt sei er bereits begraben. Es habe sich um eine Lungenentzündung mit bereits vorgeschrittener Rippenfellentzündung gehandelt, die die Ärzte seinerzeit nicht entbedt haben. Dr. Heim meinte, es handle sich da um eine geradezu infernalische Rohheit. Kriegsminister v. Horn erbat sich das Material über den Fall, und er versprach, er werde den Fall natürlich sofort untersuchen lassen.

In der gleichen Sitzung besprach unser Genosse Adolf Müller die allgemeinen Sanitätsverhältnisse in der bayerischen Armee und wies an der Hand des amtlichen Sanitätsberichts nach, daß Bayern relativ einen wesentlich höheren Krankenstand habe, wie die preussischen Truppenteile. Auch die Zahl der Todesfälle und der Selbstmorde sei höher. Er besprach dabei auch das Gebiet der Geschlechtskrankheiten. Die Militär-sanitätsverwaltung solle sich zur Aufgabe stellen, den Geschlechtskrankheiten durch Wehrung der Mannschaften und auch der Offiziere entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, daß die Jote mehr als bisher aus der Armee verschwindet und der Soldat im allgemeinen befehlet werde, der Frau eine größere Achtung entgegenzubringen, auch wenn sie nicht zu denen gehöre, die die vorgeschriebene Skantion stellen können. Der Chef der Sanitätsverwaltung, Generalstabarzt Dr. v. Pöschelmeier, entgegnete auf diese Warnung der Auffassung, über die Wehrung des außerehelichen geschlechtlichen Verkehrs sei eine gewisse Grenze gezogen durch den „sittlichen Standpunkt“. Es ist dies eine Antwort, die bei allen, die mit den Verhältnissen unserer Armee einigermaßen vertraut sind, nur eine ungemene Heiterkeit erwecken kann. —

Ausland.

Ungarn.

Volksbetrug.

Die vereinte Opposition Ungarns argumentiert stets, daß das allgemeine Wahlrecht derzeit nicht eingeführt werden kann, weil das Volk noch immer nicht die genügende Reife besitze, um die wirkliche Tragweite dieses Gesetzes gebührend würdigen zu können und weil durch die Einführung das „intelligente Element“ — welches besonders in großer Minorität ist — unbedingt benachteiligt würde. Sehen wir uns einmal die jüngsten Begebenheiten an, die ausschließlich durch das so gefürchtete „intelligente Element“ herbeigeführt wurden: Dieses Element hat die Eidesleistung fast sämtlicher neuernannten Obergespanne bereitwillig und hat nach Kräften dazu beigetragen, daß einige derselben tätlich insuliert wurden. Dem Debreziner Obergespann wurden ja sogar bei seinem Einzuge die Juwelen ent-fremdet.

Jetzt entlarvte unser Bruderorgan „Közszabó“ auch das Geheimnis der in Wien mit dem gemeinsamen Kriegsminister Pitreich stattgefundenen Besprechung des Grafen Julius Andrássy. Diese

Nachricht — welche wie bereits registriert haben — hat die Koalitionsführer, hauptsächlich aber den Grafen Andrássy, fast außer Rand und Band gebracht, da von dieser Wiener Reise doch nur wenige wußten und wissen sollten. Sowohl Andrássy als auch die Koalitionspresse haben die Andrássy-Nachricht einfach demontiert, da eine solche Konferenz gar nicht stattgefunden habe! Zum Glück hat ein bürgerliches Organ, welches in sehr naher Beziehung zur Regierung steht, sogar das Ergebnis veröffentlicht, welches jene Konferenz hatte.

Die Bedingungen sollen sogar vom Ministerpräsidenten bereits dem Könige unterbreitet sein:

1. Die Koalition übernimmt die Regierung.
2. Bezüglich der militärischen Fragen stellt sie sich auf den Standpunkt des Reumerschusses; die ungarische Kommandosprache wünscht sie nicht, resp. anerkennt sie als ein konstitutionelles Majestätsrecht, das nur dann geändert werden kann, falls der König und das Parlament dies vereint wollen.
3. Vor dem Jahre 1917 wünscht die Koalition das selbständige Zollgebiet nicht. Die seitens der Regierung Fejérváry's geschlossenen Handelsverträge erkennt sie an.
4. Die Revision des parlamentarischen Hausordnungsgesetzes führt sie durch.
5. Sie votiert die Steuer und Rekruten; ebenso stimmt sie für die militärischen Mehrausgaben von 400 Millionen Kronen und für die Erhöhung des Rekrutenkontingents!
6. Sämtliche Anordnungen der Regierung Fejérváry's werden gutgeheißen.

Dies wären die wichtigsten Punkte, welche eine Koalitionsabstimmung ermöglichen würden. Auf Grund dieser Proposition wird der König namentlich Fejérváry damit betrauen, mit der Koalition offiziell zu verhandeln.

Bereits werden Gegenbedingungen zitiert, die der König der Koalition als Friedensbasiß zu unterbreiten gedenkt. In diesen Bedingungen aber ist nirgends vom allgemeinen Wahlrecht die Rede! Und einen solchen Frieden nennt die Koalitionsbande dann: „ehrlich“, ihr Vorgehen „patriotisch und volksfreundlich“, wo doch gerade das Gegenteil festzustellen ist. —

Frankreich.

Verfaillé, Mittwoch, 17. Januar. Fallières ist zum Präsidenten der Republik gewählt mit 449 Stimmen gegen 371 Stimmen, die auf Doumer fielen.

Das Wahlmanifest der französischen Sozialisten.

Paris, 14. Dezember. (Eig. Ber.)

Das Nationalkomitee der sozialistischen Partei hat in seiner heutigen Sitzung den Aufruf für die bevorstehenden Kommunalwahlen beschlossen, der von allen Kandidaten der Partei plakatiert werden muß. Er beginnt mit der Erklärung, daß die Befreiung des arbeitenden Volkes von jeglicher Ausbeutung und durch die Ersetzung des kapitalistischen Eigentums durch das kollektive erfolgen könne. Die sozialistische Partei allein, sagt das Manifest weiter, erkennt diese einzige Lösung an und strebt, sie zu verwirklichen. Die anderen Parteien kämpfen gegen das Volk oder suchen es zu überlisten. Allen diesen Parteien lehnte ihr, Arbeiter und Bauern, die unerhörte Forderung des Proletariats, die große revolutionäre Idee der souveränen Arbeit entgegen! Als Republikaner entschlossen, die allzubüßigen Freiheiten des Proletariats gegen jeden Anschlag zu verteidigen, gebet kund, daß die politische Republik durch die ökonomische ergänzt werden muß, daß die Freiheit des Bürgers erst dort gesichert ist, wo die Freiheit des Produzenten verbürgt ist.

Der Aufruf stellt sodann die von der Partei geforderten unmittelbaren Reformen zusammen. Es sind: Der Achtstundentag; die Koalitionsfreiheit für alle öffentlichen Beamten; die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und Krankheit; progressive Einkommen- und Erbschaftsteuer; Rationalisierung der vom Kapital ausgebeuteten Monopole; Listenabstimmung mit Verhältniswahl.

Ueber die auswärtige Politik sagt das Manifest: Der Sozialismus, der allein die Gerechtigkeit unter den Menschen zu begründen vermag, ist allein im stande, die Gerechtigkeit und den Frieden unter den Nationen zu verwirklichen. Zur Stunde, wo die dunklen Kombinationen der Diplomaten und die Habgier der besitzenden Klassen die Gefahren des Konflikts vervielfachen, werdet ihr euch nicht nur ehren, indem ihr allen — den Regierenden und den Besizenden — zeigt, daß ihr den Krieg nicht wollt, der nur der verbrecherische Ausweg der bedrohten herrschenden Klassen wäre. Ihr werdet den Krieg unmöglich machen, indem ihr diejenigen, die an ihm ein Interesse haben, von der Regierung verjagt und eure eigene Klasse zur Herrschaft bringt. Es ist notwendig, daß die proletarische Internationale handle und sich erhebe, um zugleich die Unabhängigkeit der Nationen und den Frieden der Welt zu retten!

Italien.

Die antimilitaristische Propaganda in Italien.

Rom, den 15. Januar. (Eig. Ber.)

Um die antimilitaristische Propaganda systematisch zu betreiben, unter möglichster Vermeidung der unethisch-mäßig zahlreichen Opfer, die die direkte Agitation in den Kasernen fordert, hat der Verband der sozialistischen Jugend die Gründung eines Landesverbandes der künftigen Rekruten“ beschlossen. Dieser Landesverband will sich Jahrgang für Jahrgang an alle vor der Einberufung stehenden Rekruten wenden und ihnen sozialistische und antimilitaristische Broschüren zufellen.

Zu diesem Zweck wird der Verband der sozialistischen Jugend einige seiner Mitglieder in allen Städten beauftragen, die Namen und Adressen aller Rekruten des Jahrganges zu beschaffen und dem römischen Zentralkomitee zu übermitteln. Da die Listen der Namen öffentlich angeschlagen werden — zum Zweck der Einberufung — ist es durchführbar, überall Namen und Adressen aufzutreiben.

Allen jungen Leuten, über 500 000 jährlich, sollen dann die Broschüren zugestellt werden. Bis jetzt sind die Genossen Giore Cicotti, E. Lazzari, A. della Seta und Elio Varto lini für die Abfassung der ersten Broschüren gewonnen worden.

Um das nötige Geld aufzubringen, rechnet der Verband der sozialistischen Jugend auf einen regelmäßigen Beitrag der Arbeitskammern, ferner auf das Ergebnis aus Vorträgen, die der Verband gegen Eintrittsgeld veranstaltet wird. Als Redner hat bereits Enrico Ferri eine Vortragsreihe zugefagt. Die erste Broschüre, von E. Cicotti, wird auf Kosten des Parteivorstandes gedruckt.

Am 1. Februar wird die erste Verteilung begonnen, und zwar wird sie persönlich von den „jungen Sozialisten“ ausgeführt, um die großen Kosten und auch das Risiko der — Postverteilung zu vermeiden. —

Dänemark.

Für eine gerechte Wahlkreiseinteilung.

Wie erinnerlich sein wird, brachte die dänische Regierung im Herbst vorigen Jahres einen Vorschlag zur Abänderung des § 32 der Verfassung ein, wonach der Satz: „Die Anzahl der Volkskammermitglieder soll ungefähr dem Verhältnis von einem Mitglied zu 10 000 Einwohnern entsprechen,“ durch die Worte: „Die Anzahl der Volkskammermitglieder ist 132“ ersetzt werden sollte. Dies wurde als die Erfüllung eines im Frühjahr gegebenen Versprechens gerechter Wahlkreiseinteilung bezeichnet! Nach einer scharfen Kritik von Seiten der Sozialdemokraten und der Radikalen im Folketing wurde die Angelegenheit einer Verfassungsänderungskommission überwiesen. Diese hat nun am 13. Januar ihre Gutachten abgegeben und schlägt — nur mit Ausnahme der Vertreter der Konserverativen — eine Fassung des Paragraphen vor, wonach die Zahl der Volkskammermitglieder mindestens 124 und höchstens 132 betragen und die Wahlkreise der Einwohnerzahl nach ungefähr gleich groß sein sollen. Die Kreiseinteilung selbst soll durch das Wahlgesetz bestimmt werden. Das Ministerium des Innern hat bereits Vorschläge hierzu ausgearbeitet

Kopenhagen soll 6 bis 7 neue Wahlkreise erhalten, Aarhus, Kolboeg und Esbjerg je einen; außerdem werden einige neue Wahlkreise gebildet, indem ländliche Bezirke, die jetzt mit Städten zusammen einen Kreis bilden, von diesen getrennt werden. Die Kommissionsmehrheit erklärt es für wünschenswert, daß alle zehn Jahre eine Revision der Wahlkreiseinteilung stattfinden und eine Bestimmung über Stichwahlen ins Wahlgesetz aufgenommen werde.

Die Vertreter der Sozialdemokraten und die der Radikalen in der Kommission sind mit der von der Mehrheit vorgeschlagenen Form der Verfassungsänderung nicht durchaus einverstanden und begründen dies in einer längeren Erklärung. Sie wünschen namentlich, daß das Prinzip, eine bestimmte Einwohnerzahl als Grundbedingung der Wahlkreiseinteilung festzusetzen, beibehalten werde, außerdem eine Herabsetzung des Wahlrechtsalters und Einführung des Geschlechtswahlrechtes wie des Frauenwahlrechtes erfolge. Aus taktischen Gründen haben sie sich jedoch den Vorschlägen der Mehrheit angeschlossen.

Schweden.

Vom Budget.

Im Budgetvorschlag, der mit der Bilanzsumme von 193583000 Kronen schließt, ist eine Erhöhung der Volksschullehrer-Gehälter vorgesehen, für die gegen 2 Millionen ausgesetzt sind. Für Heer und Marine sollen im ganzen 78 700 700 Kronen aufgewandt werden; das sind ungefähr 5 Millionen mehr, als der Reichstag im vorigen Jahre bewilligte! Es sollen drei neue Torpedojäger und ein Torpedoboot angeschafft werden. Zwecks Steigerung der Staatseinkünfte wird eine Erhöhung der Stempelsteuer für Grundstücksverkäufe sowie die Einführung einer Aktiensteuer vorgeschlagen. Dagegen soll bei der Einkommensteuer der steuerfreie Abzug erhöht werden, also eine Erleichterung für die Steuerzahler eintreten.

Hamburg im Zeichen des politischen Kampfes.

Wenn die Hamburger Kaffee- und Pfefferläde sowie der von ihnen ausgehaltene Adelpatenklub geliebt haben, die Hamburger Arbeiterschaft werde sich ihre winzigen politischen Rechte widerspruchslos rauben lassen, so haben sie sich gewaltig getäuscht, und manch ein republikanischer „Diktator“ oder früherer Befürworter des Wahlrechtsraubes hat inzwischen einsehen gelernt, daß es besser gewesen wäre, an dem bestehenden Wahlrecht, das sowieso die breiten Schichten der Bevölkerung dauernd zur politischen Einflußlosigkeit verdammt, nicht zu rütteln. Der wichtige Protest der Volksmassen vom 5. Januar gegen die beabsichtigte brutale Volksentrechtung ist nicht ganz ungehört verhallt, wie der Umschwung der Stimmung in den Bürgervereinen deutlich beweist. An der Haltung der Bürgervereine zu den die Plutokratie-republik beschäftigenden politischen Fragen konnte man ersehen, wie der Beschluß der gesetzgebenden Körperschaft, der Bürgerschaft, ausfallen werde. Von den 28 Bürgervereinen, die bisher zur Wahlrechtsvorlage Stellung nahmen, haben sich 19 für die Verwerfung und nur 9 für die Annahme des Ausschufentwurfes erklärt. Allerdings muß in Betracht gezogen werden, daß viele „Volkswortführer“ aus Furcht vor dem Verlust ihrer Mandate sich nicht mit „ihren“ Bürgervereinen, von denen sie auf den Schild erhoben worden sind, identifizieren. Die Wahlrechtsräuber sehen trotzdem mit einiger Beklemmung der parlamentarischen Verhandlung der Wahlrechtsvorlage entgegen, weil sie im Zweifel sind, ob sich die nötige Dreiviertelmehrheit zur Verfassungsänderung finden wird.

Gestern, Mittwoch, war der Tag, an dem in der Bürgerschaft die Kämpfe um das Wahlrecht begannen. Als Oubertüre zu denselben fanden am Nachmittag acht große Protestversammlungen statt, über deren Verlauf wir weiter unten berichten werden. Als am Dienstagabend ein kurzes Flugblatt mit der Aufforderung zum Versammlungsbesuch zur Verteilung gelangte, soll sofort der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona, in dem die Matadore der Wahlrechtsräuber und Schornmacher ihr Unwesen treiben, Stellung dazu genommen und die Frage der *allgemeinen Auszusperrung* erörtert haben. In den großen Etablissements und Fabriken, auf den Bauplätzen usw. beschloßen gestern morgen die Arbeiter, am Nachmittag die Arbeit ruhen zu lassen und in Massen in den Versammlungen zu erscheinen.

Zum besseren Verständnis der parlamentarischen Erörterung der Angelegenheit wollen wir nochmals kurz die Beschaffenheit des jetzigen Wahlrechts und die der Senats- und Ausschufsvorlage schildern. Die Bürgerschaft besteht aus 160 Abgeordneten, von denen die Hälfte durch die Privilegierten (Notable und Grundeigentümer je 40) und die andere Hälfte von den „einfachen“ Bürgern gewählt wird. Das bestehende Bürgerrecht ist an einen Zensus von 1200 M. und an eine ununterbrochene Steuerleistung von 5 Jahren gebunden. Die Senatsvorlage will die Privilegiertenwahlen bestehen lassen, dagegen die allgemeine Wählergruppe in drei Klassen — bis 3000 M., von 3000 bis 6000 M. und über 6000 M. — nach dem Proportionalwahlrecht wählen lassen, mit der Maßgabe, daß jede Gruppe 24 Abgeordnete wählt, während die übrigen acht Abgeordneten vom Landgebiet zu wählen sind. Der *Ausschufentwurf* unterscheidet sich von der Senatsvorlage nur dadurch, daß für die allgemeinen Wahlen *drei Klassen* — bis 2500 M. Einkommen und über 2500 M. — vorgesehen sind, von denen die Klasse mit über 2500 M. Einkommen 48 und die „Armeneklasse“, wie im Volksmunde die armen Schlucker unter 2500 M. Einkommen genannt werden, 24 Abgeordnete zu wählen haben soll. An den Bestimmungen über den Erwerb des Wählerrechts wollen beide Vorläge nichts geändert wissen.

Durch „Wolfs Bureau“ erhielten wir im Laufe des Tages folgende zwei Depeschen:

Hamburg, 17. Januar. Von der hiesigen sozialdemokratischen Partelleitung sind die Arbeiter zum Massenbesuch von acht Protestversammlungen gegen das neue Wahlgesetz, die heute nachmittags 4 Uhr stattfinden sollen, aufgefordert worden. Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs hat daraufhin, wie die „Hamburger Nachrichten“ melden, durch Anschlag bekannt gegeben, daß jeder Arbeiter, der heute unentschuldig nicht zur Arbeit erscheint oder diese vorzeitig verläßt, sofort entlassen und vor dem 22. Januar (!) nicht wieder eingestellt wird.

Hamburg, 17. Januar. Auf der Werft von Blohm u. Söhne der Reichswerke haben mehrere Tausend Arbeiter nach der Mittagspause die Arbeit verlassen. Von einer Reihe anderer Industriebetriebe wird das gleiche gemeldet. Auch die Besatzungen der Alsterdampfer haben heute mittag den Dienst eingestellt.

Die Hamburger Schornmacher dürften sich in der Beurteilung dessen, was die Arbeiterschaft sich gefallen läßt und was nicht, doch wohl etwas sehr getäuscht haben.

Aus einem längeren Privattelegramm, das wir am Abend erhalten, geht hervor, daß die Arbeiter in überwältigender Menge in die Versammlungen strömen. Die Passage ist freigegeben

bis zum Rathausmarkt; dieser selbst ist abgesperrt. Ob man einen Sturm aufs Rathaus befürchtet?

Ein zweites Privattelegramm meldet uns:

Die Versammlungen sind sämtlich überfüllt; in der inneren Stadt erweisen sich die Lokale als viel zu klein. Zu Tausenden strömen die Wahlrechtsdemonstranten von der Wasserfront, aus den Fabriken, Werkstätten, Bauen usw. herbei. Bei Lütge (Valentinsdamp) war das Lokal schon kurz nach drei Uhr besetzt, und viele hundert Personen wendeten sich anderen Lokalen zu. Das Personal der Alster-Dampfschiffahrt stellte mittags 12 Uhr die Fahrten ein; die Dampferflotte wurde am Jungfernstieg-Ponton befestigt. — Sämtliche Polizeibeamte haben Dienst, die Kriminalbeamten sind bis auf den letzten Mann im Stadthause versammelt.

Ein drittes Privattelegramm lautet:

Alle acht Versammlungen waren überfüllt. Tausende fanden keinen Einlaß. Auf den Straßen stauten sich große Menschenmengen. Unter stürmischer Zustimmung protestierten die Redner gegen den Raub der Volksrechte. Nach Schluß der Versammlungen zogen Zehntausende spontan nach dem Rathaus, dessen Zugangsstraßen durch starke Schutzmannschaften abgesperrt waren. Die Polizei hielt sich im übrigen zurecht.

Die Abendblätter konstatieren, daß die Arbeitsruhe heute größer war als an Sonntagen! Ramentlich machte sich die Arbeitsruhe am Hofen bemerkbar, den am Vormittag zwei Dampfer mit Riesenplakaten befahren hatten, auf denen nichts weiter stand als:

Heute 4 Uhr Volksversammlungen!

Von den Dampfern aus waren auch Flugblätter an die auf den Schiffen Arbeitenden verteilt worden. Ueberall erscholl die Antwort:

Wir kommen!

Viele Arbeiter hatten die Arbeit schon am Vormittag niedergelegt. Nachmittags stockte die Arbeit auf allen Werften, in allen Etablissements trotz der Drohung des Verbandes der Eisenindustriellen von Hamburg-Altona: die Feiernden bis zum 22. Januar auszusperrn.

Auch am Neubau des Zentralfahnhofes ruhte die Arbeit gänzlich.

Beim Beginn der Parlamentsverhandlung am Abend ist die Umgegend des Rathauses von riesigen Menschenmassen belagert.

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir noch folgende Privatdepesche über die

Sitzung der Bürgerschaft.

Die Bürgerschaft ist beinahe vollzählig besetzt, die Logen und die Tribünen sind überfüllt. Dr. Zacharias verteidigt den Ausschufentwurf, seine Statistil und seine Staatszweck-Theorien. Er empfiehlt die Annahme des Ausschufentwurfes. Dr. Wolfson legt in glänzender Rede dar, daß es sich um die *Beschränkung eines beschränkten Wahlrechts* zugunsten einer politischen Partei handle. Solche Maßregel sei ungerecht und unflug. Es sei eine abschüssige Bahn, wenn die jeweilige Mehrheit die Minderheit in ihren Rechten beschränke. Es handle sich um ein *Kampfgesetz* gegen die Sozialdemokraten. (Widerspruch und Beifall.) Redner ironisiert den Passus des Ausschufberichts, in welchem gesagt wird, daß die Sozialdemokraten den Handel zerstören wollen. Die Sozialdemokraten würden sich hüten, die Quellen ihrer Existenz zu zerstören. Sie wollen nur die *Formen* des Handels ändern. Treten doch sogar viele „*Staatserhaltende*“ für die Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Verkehrsmittel usw. ein, z. B. der konservative Oberbürgermeister Adikes in Frankfurt a. M. Man sollte den Sozialdemokraten dankbar sein, daß sie die Besitzenden an ihre Pflicht mahnen. Redner schließt mit den Worten: „*Fort mit der Vorlage!*“

Nach ihm spricht Brindmann für und in später Nachtstunde Fischer (Soz.) gegen die Vorlage. Die Verhandlung dauert fort.

Gewerkschaftliches.

Au die Tabakarbeiter Berlins und Umgegend!

Indem die Zentralkommission nochmals auf den am 29. Januar und folgende Tage zu Berlin stattfindenden Tabakarbeiter-Kongress hinweist, gibt sie gleichzeitig bekannt, daß zu diesem Zweck am 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35, eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen stattfindet, in der auch gleichzeitig die Delegiertenwahlen zu diesem Kongress vollzogen werden. (Näheres über Tagesordnung usw. siehe das Inserat in heutiger Nummer.)

Die Zentralkommission.

J. A.: C. Butry.

Berlin und Umgegend.

Im Verband der Fabrik-, Land- und Häufelarbeiter hat kürzlich eine Verdrängung der Zahlstellen Berlin und Ober-Schöneeweide stattgefunden. Der Sitz der Ortsverwaltung bleibt nach wie vor in Berlin. Für Ober-Schöneeweide ist aber in der Person des dortigen bisherigen Zahlstellen-Verwalterin Berlin ein besoldeter Bezirksleiter angestellt worden. Durch den Uebertritt der Schöneeweider Mitglieder ist die Zahlstelle Berlin jetzt auf circa 5000 Mitglieder angewachsen.

Deutsches Reich.

Wäutung, Schlächtergesellen! Zum zweiten Male ist in Neumünster ein großer Streik der Schlächtergesellen ausgebrochen. Warum? Weil die Gesellen die daselbst vorherrschende lange Arbeitszeit bei geringem Lohne, speziell bei der Firma Winter, nicht länger ertragen konnten. Alle Vorstellungen um Mäßigung resp. Regelung der Arbeitszeit halfen nichts. Im Gegenteile! Der Herrenstandpunkt der Fleischmeister kennt keine Grenzen. Gleichgültig werden die Gesellen auf das Straßengestühl geworfen, einer wie der andere. Zur Antwort hierauf legten alle Gesellen die Arbeit einmütig nieder, um dadurch die Meister zu zwingen, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. An Euch, Kollegen, ergeht der **Ruf**: **Halte den Kollegen in Neumünster in ihrem Kampfe nicht in den Rücken, laß Euch nicht als Streikbrecher anwerben, fahre nicht nach Neumünster in Arbeit, sondern unterstütze den Streik.**

Zentralschlichter und Verusgenossen Deutschlands.

Steigende Preise — Lohnkürzungen! Die Verwaltung der Westfälischen Stahlwerke bei Bochum verläßt während des Vergarbeitsstreiks sich den Arbeitern gegenüber als besonders human zu geben. Allerdings in einer Weise, die beinahe zu einem Konflikt führte. Jetzt, wo die Unternehmen bei anhaltend steigenden Preisen günstig prosperieren, betandete die Verwaltung ihre Humanität durch Herabsetzung der **Arbeitspreise** im Bergwerke. Die Arbeiter haben diesen Angriff durch Einreichung der Kündigung beantwortet.

Konferenz der bayerischen Textilarbeiter.

In Nürnberg tagte am 14. und 15. Januar eine Konferenz des Textilarbeiterverbandes, Gau Bayern (ohne die Rheinpfalz). Im Geschäftsbüro wurde konstatiert, daß seit der Anstellung des besoldeten Gauleiters Brügge mann (1. Oktober 1904) der Gewerkschaftsstand gute Fortschritte gemacht hat, die Zahl der Mitglieder im Gau ist von 1897 auf 4194 gestiegen. Im ganzen rechtsrheinischen Bayern sind nach den Aufstellungen der Gewerbeinspektion etwa 48 000 Personen in der Textilindustrie beschäftigt, davon gehören circa 30 000 dem weiblichen Geschlechte an! — Interessant waren die Situationsberichte der einzelnen Delegierten über die Verhältnisse an ihren Vertretungsorten. Sie ergaben ein wichtiges Material und lieferten ein anschauliches Bild von den trostlosen Zuständen, wie sie in der bayerischen Textilindustrie herrschen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind durchaus ungünstig; allgemein wurden die sogenannten Wohlfahrtsbeihilfen als ein schwerer Krebsgeschwür bezeichnet, da sie die Arbeiter an das Unternehmertum fesseln und sie unfähig machen, sich tatkräftig um eine Verbesserung ihrer Lage zu rühren. Es wurde empfohlen, allenfalls die Aufführung über die Schäden dieser Art Arbeiterfürsorge zu verbreiten. Auch über die verschiedenartigen Lohnsysteme, die häufig sogar innerhalb eines Betriebes existieren, wurde vielfach geklagt, ferner über das Prämienystem und die sonstigen bekannten Auswüchse in dieser Branche. Vielfach wurde verlangt, daß der Frauenagitation ein größeres Augenmerk zugewendet und daß sie durch weibliche Redner betrieben werden müsse. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach die Generalversammlung ersucht werden soll, den Zentralvorstand zu beauftragen, er möge Material sammeln über den Umfang des Prämienystems, der Wohlfahrtsbeihilfen, Fabrikwohnungen und Fabrikparksassen und über die daraus folgenden Schädigungen für die Arbeiterschaft. Das Material solle in geeigneter Weise publiziert werden.

Ein Antrag Augsburg verlangte, es solle innerhalb des Verbandes die Invalidenunterstützung eingeführt werden. Der Antrag wurde damit begründet, daß in Augsburg ein großes Unternehmen einen „*Verein der Nichtorganisierten*“ ins Leben gerufen hat, der vom Unternehmer mit Hunderttausenden von Mark subventioniert und dazu benützt wird, die Arbeiter aus den Gewerkschaften herauszugiehen. Die „*Arbeitsbereitschaft*“ hat empfohlen, diesen Augsburger Verein der Nichtorganisierten zu verallgemeinern, diesen schönen Plan glauben die Antragsteller durch Ausbau des Unterstützungswezens durchzuführen zu können. Von Hof wurde mitgeteilt, daß bereits ein Sendbote des Augsburger Unternehmertums nach Hof gekommen ist, um die „*liberalen Arbeiter*“ zu überzeugen, daß das Augsburger Beispiel nachahmenswert sei. Der Antrag wurde als Anregung dem Zentralvorstand überwiesen.

Nach ausgedehnter Beratung sprach sich die Konferenz für Schaffung eines Gehaltsregulativs für sämtliche Verbandsbeamte aus. Ferner sprach die Konferenz den Wunsch aus, daß das Fachorgan an den Sitz des Verbandes (Berlin) verlegt und vom Verband in eigene Regie genommen werde.

Eine lange und anregende Diskussion entspann sich über die Frage der Agitation. Vielfach wurde der Wunsch laut, daß die Frauenagitation energischer zu betreiben sei. Der Vertreter des Zentralvorstandes Köpf-Berlin erklärte, man werde bald dazu übergehen müssen, im Zentralvorstand eine Frau als Agitatorin anzustellen, die in die einzelnen Gauen auf Agitationsreisen dirigiert werden solle. Kurz die Verbandsfrage bereite noch Schwierigkeiten. Ein Antrag, der Generalversammlung zu empfehlen, eine weibliche Agitationkraft anzustellen, wurde einstimmig angenommen.

Als besoldeter Gauleiter wurde einstimmig Brügge mann wiedergewählt. Drei Anträge aus Hof, Augsburg und Konreuth forderten die Beurlaubung des Sitzes des Gauleiters von Nürnberg. Augsburg brachte hierfür Hof in Vorschlag. Begründet wurden die Anträge damit, daß Nürnberg kein genügendes Arbeitsfeld biete, da keine ausgebildete Textilindustrie vorhanden sei. Nachdem Köpf-Berlin empfohlen hatte, diese Anträge auf zwei Jahre zurückzustellen, da Aussicht vorhanden sei, daß Bayern in zwei Gauen geteilt werde, wobei man allerdings einen Teil des sächsischen Textilbezirkes an den Gau Nordbayern angliedern müsse, wurden die Anträge abgelehnt und beschloßen, die Generalversammlung zu ersuchen, sie möge erwägen, ob es sich nicht empfehle, den Gau zu teilen und in möglichst kurzer Zeit einen zweiten besoldeten Beamten anzustellen.

Böttcheranzusperrung. Die feinerzeit berichtet, traten die nicht in den Brauereien beschäftigten Böttcher Kulmbachs in den Ausstand, weil die Unternehmer geringfügige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht zugesprochen wollten. Nach mehrmonatlicher Dauer mußte die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werden, da der Zugang von auswärtigen Streikbrechern außerordentlich groß war. Trotz der schlechten Erfahrungen, die die Unternehmer mit ihren Arbeitswilligen gemacht haben, ist ihnen ihr „*Sieg*“ betarr zu Kopf gestiegen, daß sie nicht davor zurückschrecken, einen neuen Kampf zu provozieren. Sie stellen an die Arbeiter die Forderung, daß sie dem Verbands den Rücken kehren sollten, und als dies zurückgewiesen wurde, sperrten sie auf neue sämtliche Böttcher aus.

Ausland.

Die **Buchbinder** in St. Gallen verlangten durch eine friedliche Lohnbewegung die Verkürzung der 10stündigen Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden und 5 Prozent Lohnhöhung.

Der **Buchdruckerkonflikt** in der welschen Schweiz ist zur Zufriedenheit der Gehälften erledigt worden. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde von 54 auf 53 1/2 Stunden reduziert bei Zahlung des bisherigen Lohnes, am Sonnabend beträgt die Arbeitszeit 8, in einigen Druckereien nur 7 1/2 und 7 Stunden ohne Lohnabzug.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unnütze Übungen.

Görlitz, 17. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Für Sonntag wird hier das Militär in der Kaserne gehalten, **nennte Kompanie marschbereit.** Heute wurden 20 Dragonerperde angeladen. Die Polizei äbt sich gegen **Bayerische** im Revolverstechen. Sämtliche Säle sind durch **Oberbürgerliche** Anordnung mit **Zehnhundert** bedroht.

Hamburger Wahlrechtsverhandlungen vertagt.

Hamburg, 17. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Nach der Rede Brindmanns wurden die Verhandlungen bis zum nächsten Mittwoch vertagt. Genosse Fischer kam nicht mehr zum Wort.

Staatsminister v. Richthofen 7.

Berlin, 17. Januar. (B. T. B.) Staatsminister Staatssekretär **Frhr. v. Richthofen** ist heute abend 11 1/2 Uhr verchieden.

Die „gefährdete Ordnung“ vor Jena!

Jena, 17. Januar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der **Gemeindevorstand** in **Neustadt a. d. Orla** verbot eine **Versammlung**, in der **Genossin** **Fisch** als Referentin über das Thema „**Revolution überal!**“ sprechen wollte. Das genannte Thema sei durch die **Behandlung** seitens sozialdemokratischer **Agitatoren** geeignet, die **öffentliche Ordnung** zu gefährden.

Schnäffler.

Lodz, 17. Januar. (B. T. B.) Heute wurden hier fast alle **Bauarbeiten** von der **Polizei** durchsucht. Einige Personen wurden dabei verhaftet.

Reichstag.

22. Sitzung vom Mittwoch, den 17. Januar 1906, nachmittags 3 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Kommissare. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des von dem Abg. Graf v. Humpelshausen eingebrachten Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Artikels 92 der Reichsverfassung in Verbindung mit der Beratung des Antrages des Abg. Waffermann (nl.) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Einführung von Anwesenheitsgeldern und freier Eisenbahnfahrt für die Mitglieder des Reichstages.

Der Gesetzentwurf des Abg. Graf v. Humpelshausen hat folgenden einzigen Paragraphen: Der Artikel 92 der Verfassung wird durch folgende Bestimmungen ersetzt: Die Mitglieder des Reichstages erhalten aus Reichsmitteln während der Legislaturperiode, und zwar solange der Reichstag verammelt ist sowie acht Tage vor Eröffnung und acht Tage nach Schluß desselben freie Fahrt auf den Eisenbahnen und für die Dauer ihrer Anwesenheit bei den Sitzungen des Reichstages Anwesenheitsgelder in Höhe von 20 M. für den Tag.

Der Antrag Waffermann lautet: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf wegen Einführung von Anwesenheitsgeldern und freier Eisenbahnfahrt für die Mitglieder des Reichstages vorzulegen.

Zur Begründung des Zentrumsantrages erhält das Wort Abg. Kirsch (Z.):

Auch ein parlamentarischer Antrag kann eine Leidensgeschichte haben, das zeigt unser heutiger Antrag. (Sehr richtig!) Im Jahre 1901 ist eine Resolution unserer Partei hier angenommen worden, in der die verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzes im Sinne unseres heutigen Antrages ersucht wurden. 1903 erklärte Graf Bülow, daß die verbündeten Regierungen noch keine Stellung zu dem Antrage genommen haben. (Hört! hört!) Auch ein Antrag des Grafen Humpelshausen auf Gewährung von Diäten, den der Reichstag 1904 angenommen hat, fand nicht die Billigung der Regierungen.

Der Reichsgegenstand in Süddeutschland kann nur dadurch gewinnen, daß den süddeutschen Abgeordneten es infolge der Gewährung von Diäten ermöglicht würde, den Verhandlungen hier in Berlin beizuwohnen. Die Regierung sollte doch einmal eine Statistik aufmachen, in welchen Parlamenten der Welt noch keine Diäten bestehen! (Sehr richtig! im Zentrum.) Nur in England liegen die Verhältnisse ganz anders. Der Antrag des Zentrums entspricht den früheren Beschlüssen der Reichstagskommission. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag den Vorrang zu geben.

Abg. Waffermann (nl.): Beide Anträge bezwecken die Einführung von Anwesenheitsgeldern, sie unterscheiden sich nur in der Form. Wir sind daher auch in der Lage, für den vom Zentrum eingebrachten Entwurf zu stimmen. Ein Teil meiner Freunde würde auch damit einverstanden sein, wenn an Stelle der Anwesenheitsgelder eine Kaufschale gewährt würde.

Abg. Langemann (fr. Sp.): Früher hatten wir die Fahrkarten über das ganze Reich, man verließ sich damals darauf, daß sie uns nicht mehr genommen werden könnten. Deshalb wurde diese Vergünstigung nicht durch Gesetz festgelegt. Aber Kaiser Wilbrand nahm uns diese Fahrkarten! So wird die Regierung immer rückwärtsgehen. Früher, wenn wir über die Diäten verhandelten, erschien wenigstens der Reichskanzler oder sein Vertreter selbst hier. Jetzt aber ist die Regierung hier nur durch zwei Kommissare vertreten, von denen der eine (Kurze): „Sitz und der andere steht“.

Abg. v. Staudy (L.): Meine Freunde nehmen denselben Standpunkt ein wie früher. Ein Teil ist für Änderung des Artikels 92. Alle sind aber darin einig, daß bei Änderung dieses Artikels gleichzeitig eine Änderung der Geschäftsordnung erfolgen muß, welche gewährleistet, daß die Verhandlungen des Reichstages eine wesentliche Abkürzung erfahren. (Hört! hört! links.)

Abg. Singer (Soz.):

Unsere Partei ist bei früheren Gelegenheiten wiederholt für die Diäten eingetreten und hat diesen Standpunkt ausdrücklich begründet. Wir stehen heute noch auf demselben Standpunkte. Die Verweigerung der Diäten ist nach unserer Meinung eine Vereinträchtigung des freien Wahlrechtes der Wähler. Denn dadurch, daß keine Diäten gegeben werden, ist der Kreis derjenigen, die sich um ein Mandat bewerben können, sehr eingeschränkt. Ich hätte mich auf diese kurze Erklärung beschränken können, wenn mich nicht die Herren Vorredner veranlaßten, etwas gegen sie zu erwidern. Der Abgeordnete Waffermann meinte: infolge der Diätengewährung würde die Macht der Sozialdemokratie beschränkt werden. Die Konsequenz wäre ja dann, daß wir gegen die Anträge stimmen müßten! Wir sind der Meinung, daß gerade die Wählermassen, auf die wir uns stützen, eine sehr starke Vertretung im Reichstage verlangen können, da es ihre Arbeit ist, auf der sich die gesamte Volkswirtschaft aufbaut. Abg. Waffermann führte eine sozialdemokratische Stimme an, welche gesagt haben soll, die Diäten würden für uns schädlich wirken, weil unsere Abgeordneten dann von der Parteileitung unabhängig wären. Ich weiß nicht, wer diese unbekante sozialdemokratische Stimme ist, aber das kann ich sagen: Wenn in der Tat ein Parteigenosse so gesprochen hat, so hat er etwas gesagt, was er nicht vertreten kann. Es ist für unsere Partei ganz gleichgültig, ob unsere Abgeordneten Diäten bekommen oder nicht. Wir machen die Erfüllung unserer Pflicht nicht abhängig von der Gewährung von Diäten. Meine Kollegen und ich, wir sind nicht abhängig von der Parteileitung, aber wir werden immer abhängig sein vom Willen der Wähler. Daß unsere Wähler aber über uns ein anderes Urteil fällen werden, wenn wir Diäten bekommen, als wenn wir keine bekommen, das glaubt doch auch wohl der Abg. Waffermann nicht.

Die Vorredner haben sich auch über die lässige Haltung des Bundesrates zu Beschlüssen des Reichstages geäußert. Bei der Verhandlung von Initiativanträgen glänzt der Bundesrat gewöhnlich durch Abwesenheit. Heute sind ja zusätzlich zwei Vertreter anwesend, aber merkwürdigerweise zeigt der Name des einen der Herren, was dem Reichstage in der Diätenfrage vom Bundesrate befehrt werden wird. (Alle Abgeordneten richten ihren Blick auf den am Bundesratsstische sitzenden Geheimrat Wermuth. — Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Ohne einen Präjudizfall zu statuieren, möchte ich doch bitten, solche Scherze über die Namen von Bundesratsmitgliedern oder Reichstagsabgeordneten zu unterlassen; es könnte das sonst unliebsame Folgen nach sich ziehen. (Erneute Heiterkeit.)

Abg. Singer (Soz.): In dieser ganzen Diätenfrage hat sich recht deutlich gezeigt, welche Verächtlichkeit und Achtung der Bundesrat den Beschlüssen des Reichstages entgegenbringt. Mit der Kompensationspolitik des Abg. Kirsch bin ich durchaus nicht einverstanden. So leicht soll es dem Reichskanzler nicht fallen, seine neuliche Duell-erklärung abzuschwächen, daß er etwa nur Diäten zu bewilligen brauchte, um dadurch die Aufforderung zur Gefekwidrigkeit wieder gut zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wahrscheinlich war es auch bei dem Abg. Kirsch nur ein falscher Jungenschlag. Gutmachen kann der Reichskanzler seine Erklärung nur durch eine offene ehrliche Juridikation. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Der Reichstag hätte gar nicht so behandelt werden können, wie er in der Diätenfrage behandelt worden ist, wenn er nicht viel zu lange sich jede Behandlung hätte gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Reichstag Kraft zeigte und Erkenntnis für das, was er sich selbst schuldig ist, würde eine solche Behandlung durch die Regierung einfach unmöglich sein. (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenden Sie nur einmal die parlamentarischen Mittel im konstitutionellen Staate an, verweigern Sie den Ministern nicht nur die Gehaltserhöhung, sondern auch die Gehälter, und lehnen Sie das Budget ab, dann wollen wir einmal sehen, ob die Regierung eher zum Ziel kommt mit ihrer Mißachtung des Reichstages oder der Reichstag mit der Wahrung seiner parlamentarischen Rechte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Staudy hat — benehnt oder unabsichtlich — die Anschauungen der Regierung in der Frage der Diätenbewilligung ganz zutreffend vertreten, indem er Kompensationen verlangte und andeutete, daß der Regierung an dieser Zahlung viel weniger gelegen sei als an den begleitenden Umständen. Am liebsten wäre ihr wohl eine Änderung nicht nur der Geschäftsordnung des Reichstages, sondern auch der Verfassung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber um diesen Preis wird die Regierung die Diäten nicht verkaufen; denn ich hoffe, daß auch die beiden Parteien, die heute die Anträge gestellt haben, sich diese Wünsche der Regierung nicht zu eigen machen werden. Das wäre allerdings der Gipfel dieser ganzen Verhandlung, wenn der Reichstag, um für seine Mitglieder Diäten zu bekommen, verfassungsmäßige Vollrechte aufgeben müßte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden für die beiden Anträge stimmen, unbekümmert darum, ob der Bundesrat sie annimmt oder ablehnt. Aber ich muß die Herren doch alle bitten, sich von der Wilson frei zu machen, als ob durch so kleine und fleischliche Mittel die Wirksamkeit der Sozialdemokratie irgendwie beeinflußt werden könnte. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Nachdem die Postarbeitskommission Diäten erhalten hat, kam man vollends gegen die vorliegenden Anträge nichts geltend machen. Ein Entgegenkommen gegen die Regierung halte ich für ganz selbstverständlich, namentlich in der Richtung der Änderung der Geschäftsordnung, deren Bestimmungen heute einer Förderung der Geschäfte zum Teil hinderlich sind.

Abg. Schrader (fr. Sp.): Im Gegensatz zu Herrn Kirsch bin ich der Ansicht, daß die vom Reichskanzler durch den Kriegsminister abgegebene Erklärung: es müsse unter Umständen ungesetzlich gehandelt werden, eine Keuschung von solcher Tragweite ist, daß dafür gar keine Genugtuung gegeben werden kann. (Sehr wahr! links.) In anderen Ländern würde eine Regierung, die sich so benimmt wie die unsere, sofort verschwinden. (Sehr wahr! links.) Deshalb ist es bei uns anders? Weil wir keine Reichsregierung, sondern nur einen Bundesrat haben. Wir sehen den Bundesrat höchst selten, die maßgebenden Personen der Einzelstaaten lassen sich nur dann und wann einmal sehen. Keine Behörde ist da, bestimmt, unsere Wünsche entgegenzunehmen. Nicht einmal der Kaiser ist dafür da. Er ist in seinem Hauptamt Präsident des Bundesrats und hat zu tun, was der Bundesrat gebietet. (Sehr wahr! links.) Nur in auswärtsigen Anlässen hat er wirklich eine wichtige Stellung. Nur der Reichstag ist die Stelle, die insonde ist, das Volk mit der Regierung zu verbinden. Deshalb ist der Reichstag eine feierliche Stütze des Reiches, als es irgend eine Regierung sein kann. Und wie behandelt die Regierung den Reichstag? Es ist nicht möglich, einen Initiativantrag hier mit Erfolg durchzuführen; denn fast immer glänzt die Regierung durch Abwesenheit. Unter diesen Umständen muß das Volk denken: Was nützt denn dieser Reichstag, wenn er nur annehmen kann, was ihm die hohen Regierungen vorgelegt haben? Wir seien ja nur, so denkt man, gerade gut genug, die Steuern zu bewilligen. Das muß das Interesse für unsere Verhandlungen immer und außerhalb des Hauses herabsetzen. Und das führt dann dazu, daß wir Vorlagen seitens der Regierung bekommen, die völlig unbrauchbar, und daß Gesetze gemacht werden, die überhaupt nicht durchführbar sind. (Lebhafte Beifall.)

Abg. v. Tiedemann (Sp.): Wir stimmen für den Antrag, von der Voraussetzung ausgehend, daß es durch ein Uebereinkommen unter den Mehrheitsparteien gelingen wird, gewisse Bestimmungen der Geschäftsordnung, die für eine rasche Erledigung der Geschäfte ein Hemmnis bilden und die Aktionsfähigkeit des Reichstages lähmen, zu beseitigen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Sp.): Die Diätenfrage ist nachgerade von einer Opportunitätsfrage zu einer Existenzfrage des Reichstages geworden. Es knüpft sich daran die Erörterung der Frage, ob es gelingen wird, die antiparlamentarische und zum Teil geradezu antikonstitutionelle Stimmung in gewissen Kreisen zu überwinden. Wie wird denn der Reichstag überhaupt behandelt? Im Sommer kamen die Abgeordneten, auch aus Süddeutschland, hierher, um am nächsten Tage wie die Schulbuben nach Hause geschickt zu werden! (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Aber auch berühmte Künstler werden trotz des vielgerühmten Mäcenatentums nach meinen persönlichen Erfahrungen nicht besser behandelt. Von den Künstlern wird ebenso wie von den Abgeordneten verlangt, in Demut zu erstehen. Man wendet das Verhältnis vom Herrn zum Diener auf uns an. (Hört! hört! links.) Aber der Hauptgrund ist: Wir sind zu gute Kerle! (Stürmische Heiterkeit.) Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Ja, Sie auch, Sie sind auch zu gute Kerle! Sie wissen gar nicht, wie gut Sie sind! (Erneute Heiterkeit.) Der Kollege Webel donnert wohl mal los, aber das ist mehr für die Wähler berechnet. Der Reichstag sollte seine Verhandlungen einfach so lange einstellen, bis der Reichskanzler hier wenigstens erscheint. (Lärm bei den Sozialdemokraten: Immer los! — Bewegung.) Heute kommt ein Unterstaatssekretär, morgen wird man uns einen Regierungsoffizier schicken. (Heiterkeit.) In einer Zeit, in der im preußischen Landtage das allgemeine Wahlrecht, das ein bayerischer Fürst als höchst vernünftig und zeitgemäß betrachtet, von Ottavio Fuchs v. Hedlitz als „Etablierung der Souveränität des Proletariats“ und „Hochverrat“ oder „Landesverrat“ gebrandmarkt wird, sollte man sich doch vor dem ersten Schritt zur Reaktion hüten. Gewiß ist eine Revision unserer Geschäftsordnung dringend notwendig, zumal da sie in einem Punkte geradezu verfassungswidrig ist. (Hört! hört! links! und rechts.) Aber man darf sie nicht so tendenziös gegen

die Rechte der Minderheit zuspitzen, zu deren Schutz die Geschäftsordnung hauptsächlich da ist. Schon jetzt sind breite reichstrenne Kreise in Süddeutschland tief verstimmt; einmal über unvorläufige Bemerkungen, die uns in der inneren und äußeren Politik schwer gefährden, sodann über die persönliche Art der Behandlung des Reichstages, die wir in Süddeutschland nicht kennen. Der Reichskanzler hat die Pflicht, an maßgebender Stelle zu erklären, daß es so nicht weiter geht — so wahr er selbst kein Philister ist. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Werner (Reform.) findet den Gedanken sehr sympathisch, den Ministern und Bundesratsmitgliedern die Gehälter zu sperren, bis die Diäten bewilligt sind. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Blumenthal (Südd. Sp.): Auch wir stimmen den vorliegenden Anträgen zu. Ich stimme dem Abg. Müller-Meiningen durchaus nicht darin bei, daß die Abwesenheit von Regierungsvorstretern dem Ansehen des Reichstages schaden könnte. Ich fände es auch gar nicht so horrend, wenn hier einmal statt des Reichskanzlers ein Assessor die verbündeten Regierungen vertrat. (Heiterkeit.) Ich bin von Werte der hierarchischen Abstufung der Beamtenschaft nicht so durchdrungen, daß ich den Wert einer Erklärung nach dem Titel dessen bemesse, der sie abgibt. Ja, eine ungeschickte Erklärung eines Assessors kann sogar viel bequemer zurückgenommen werden, als wenn derjenige, der sie zurücknimmt, die Torkelheiten selbst geredet hat. (Große Heiterkeit.) Fühlen wir uns also nicht dadurch herabgesetzt, daß „nur“ ein Unterstaatssekretär unseren Verhandlungen beizuwohnt. Von den Rednern mehrerer Parteien sind für den Fall fortgesetzter Diätenverweigerung Drohungen ausgesprochen worden. Wenden Sie sie nur an — ich mache mit. (Große Heiterkeit und Beifall links.)

Damit schließt die Debatte. Zunächst wird der Antrag Waffermann gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Antrages Humpelshausen. Abg. v. Strombeck (Z.) beantragt, am Schluß hinzuzufügen: „Die näheren Bestimmungen erläßt der Präsident des Reichstages.“ Abg. Dr. Arendt (Sp.): Ich muß gegen den Antrag Humpelshausen stimmen, weil ich die freie Eisenbahnfahrt für die Abgeordneten nicht bloß während der Session wünsche, sondern während des ganzen Jahres.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Strombeck und der ganze Gesetzentwurf des Abg. Graf v. Humpelshausen wird gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen angenommen. — Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. 1. Erste Lesung der Kamerun-Eisenbahn; 2. erste Lesung des Offizier-Pensionsgesetzes. Schluß nach 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde gestern die Debatte über die Hof-Königsburg fortgesetzt; die Forderung schließlich bewilligt. Zu Vorarbeiten für die Vergrößerung des Koblenz-Kanals wurden 100 000 M. bewilligt, die gleiche Summe soll nach einem Antrag der Abg. Singer, von Kichhofen und Müller-Sagan zur Bekämpfung der Syphilis in den Etat eingestellt werden. Weiter wurden bauliche Veränderungen im Reichskanzler-Palais genehmigt, ebenso eine Repräsentationszulage von 14 000 M. für den Staatssekretär des Reichs-Justizamtes. Die gleiche Zulage erhielt der Reichs-Kassendirektor. Auf der einen Seite wird also der arbeitenden Bevölkerung vom 1. März ab Brot, Fleisch und alles, was zur Ernährung und zum Unterhalt notwendig ist, maßlos verteuert, hingegen wird der Arbeitslohn von 30 000 M. jährlich um 14 000 M. für die armen, notleidenden Staatssekretäre erhöht. Das ist ausgleichende Gerechtigkeit. Eine Forderung von 800 000 M. zum Ankauf eines Grundstücks für den Bau eines Reichsmilitärgerichts wurde zurückgestellt; es soll möglichst billigeres Land gesucht werden.

Nächste Sitzung: heute Vormittag.

Die Petitionskommission des Reichstages verhandelte am Mittwoch über einige von Hotelbesitzern und Gastwirtschaftsgehilfen dem Reichstage zugegangene Petitionen, welche die Ausdehnung der Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 auf alle in Gastwirtschaften und Hotelbetrieben beschäftigten Personen fordern. Im besonderen wird beantragt, den § 105 i der Gewerbe-Ordnung dahin abzuändern, daß allen Angestellten im Gastwirtsberufe an Stelle der Sonntagsruhe ein Erholungstag von 30 Stunden an einem Werktage jeder Woche zu gewährt ist.

Ferner fordern die Petenten, die private Stellenvermittlung gegen Entgelt gesetzlich zu verbieten und die Unfallversicherungspflicht auf alle im Gastwirtsberufe beschäftigten Personen auszuweiten. — Die Kommission beschloß, diese Wünsche der Petenten dem Reichskanzler als Material zu überweisen. — Eine der Petitionen fordert weiter, für die Gastwirtschaften eine obligatorische dreijährige Lehrzeit für Gastwirtsgehilfen gesetzlich anzunordnen und ferner, um der Befehlsjägererei entgegenzutreten, zu bestimmen, daß in den Betrieben nicht mehr Lehrlinge als kleiner beschäftigt werden dürfen, für größere Betriebe aber eine Maximalzahl der Lehrlinge gesetzlich festzusetzen. Diese Wünsche der Petenten erklärte die Kommission für ungeeignet zur Erörterung im Plenum.

Mehrere Petitionen wenden sich gegen die Vivisektion. Teils wird das gänzliche Verbot, andererseits nur die Verhütung von mißbräuchlicher Anwendung derselben verlangt.

Die Kommission beschloß, die Petitionen, soweit es sich um Einschränkung und Verhütung mißbräuchlicher Anwendung der Vivisektion handelt, dem Reichskanzler zur Veranschaulichung, soweit das gänzliche Verbot derselben gefordert wird, als Material zu überweisen.

Der Verein für die Interessen der Hausangestellten in Berlin petitioniert um Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf die im häuslichen Dienst angestellten Personen. Bekanntlich hat der Staatssekretär des Innern, Graf Posadowski, vor längerer Zeit im Reichstage erklärt, daß die Reichsregierung die in der Petition ausgesprochenen Wünsche als berechtigt anerkenne und eine diesbezügliche Vorlage dem Reichstage zugehen würde. Auch der Reichstag hat früher schon eine ähnliche Petition dem Reichskanzler zur Veranschaulichung überwiefen. Die Petition gelangte diesmal mit einer ganzen Anzahl, die Abänderung des Krankentagegeldes betreffenden Petitionen gemeinschaftlich zur Verhandlung in der Kommission.

Der Referent, Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.), beantragte, alle diese Petitionen dem Reichskanzler als Material zu überweisen.

Abg. Tugauer (Soz.) stellt den Antrag, die Petition, die Unfall- und Krankenversicherungspflicht der Hausangestellten betreffend, hiervon auszuschließen und diese dem Reichskanzler zur Veranschaulichung zu überweisen. — Der Antrag Tugauer wurde gegen sechs Stimmen — es stimmten nur die Sozialdemokraten und der Pöle Korfanty dafür — abgelehnt und dem Antrage des Referenten gemäß beschlossen.

Die Finanzreform-Kommission sollte, wie gestern berichtet, erst wieder zur nächsten Sitzung einberufen werden, wenn das Reichskanzleramt das erforderliche Aufklärungsmaterial geliefert hätte. Der Vater der Finanzreform hat's eilig, er hat schon gestern einen Teil des in Aussicht gestellten Materials drucken und den Kommissionsmitgliedern zustellen lassen, nämlich die „Schätzung des Vollertrags auf Grund des Posttarifs vom 25. Dezember 1902 und der Handelsverträge“. Dadurch hat sich der Vorsitzende Waffling veranlaßt gesehen, zu heute wieder eine Sitzung einzuberufen. Müller-

Kulda leitete die Debatte über die Frage des durch neue Steuern anzubringenden Betrags durch ein längeres Referat ein. Auf Grund seiner sorgfältigen Berechnungen sei er zu der Überzeugung gelangt, daß die Schätzungen der Regierung über den Zuwachs der Einnahmen sowohl wie auch über den der Ausgaben nicht ganz einwandfrei seien. Das von ihm erzielte Resultat seiner Berechnung ergebe ein Minus von 180 Millionen Mark. Diese müssen durch neue Steuern aufgebracht werden. Da er nun nicht für die sämtlichen von der Regierung vorgeschlagenen Steuererläge stimmen kann, schlägt er die Reichswehrsteuer vor, die nach seiner Schätzung einen Ertrag von 20 Millionen ergeben würde. Wasing erklärt, seiner Berechnung nach beziffere sich der durch neue Steuern anzubringende Mehrbetrag aber auf mindestens 200 Millionen. Gegen den Vorschlag der Reichswehrsteuer habe er nichts einzuwenden. Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben wie auch der Reichschatzsekretär v. Stengel haben schwere Bedenken gegen die Einbringung einer Wehrsteuervorlage und befrworten zunächst die Durchberatung der Regierungsvorlagen. Gegen das Prinzip der Wehrsteuer spricht sich Genosse Dr. Südekum ganz entschieden aus und warnt vor einer Bewilligung von Steuern auf Vorrat. Entschieden befrwortet wurde der Wehrsteuervorschlag von dem Antifeministen Naab und Dr. Veder und Sped. Der Abgeordnete Müller-Kulda brachte schließlich seinen Vorschlag als schleunigen Antrag ein, dahingehend, die Kommission fordere die verbündeten Regierungen auf zur Einbringung einer Wehrsteuervorlage, wodurch die Mittel für die Sicherung des Invalidenfonds und der Veteranenbeihilfe aufzubringen sind. Dieser Antrag hatte eine sehr lange Geschäftsordnungsdebatte zur Folge, indem Genosse Meyer denselben als verfassungswidrig wider sprach. Der Vorsitzende erkannte den Widerspruch als berechtigt an, worauf der Antrag in eine Resolution umgewandelt wurde dahingehend, daß die Kommission den Reichstag ersucht, den Reichstanzler zur Einbringung einer Wehrsteuervorlage aufzufordern. In gleicher Weise verfuhr dann der Abg. Diedrich mit weiteren Steuererlägen. Der Reichschatzsekretär erklärte sich bereit, den Steuererlägen der Kommission geeignetes Material zur Begründung ihrer Vorschläge zur Verfügung stellen zu wollen. In einer Abstimmung über die vorgeschlagenen Resolutionen kam es nicht.

Das Schulunterhaltungs-gesetz in der Kommission.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des Schulunterhaltungs-gesetzes nahm am Mittwoch die Abstimmung über § 7 vor. Er wird mit folgenden Anträgen desentrums angenommen: Die Kommission wolle beschließen: 1. Dem § 7 Abs. 1 folgenden Zusatz zu geben: „wenn die Fürsorgepflicht öffentlichen Verbänden oder solchen Privatpersonen obliegt, denen die Aufbringung des Fremdenschuldens nicht schwer fällt.“ 2. Im § 7 Abs. 2 Satz 1 die Worte „oder unentgeltlich...“ sowie den Satz 2 zu streichen; 3. hinter Abs. 2 den Zusatz einzusetzen: „Das Fremdenschuldens darf den im Durchschnitt der drei letzten Rechnungsjahre auf jedes Schulland entfallenden Betrag der dem Schulverbände erwachsenen Schulunterhaltungskosten nicht übersteigen.“

Die Abstimmung über § 8 erfolgt absatzweise. Die Regierungsvorlage wird in den beiden ersten Abschnitten abgelehnt und durch die beiden konservativen Anträge ersetzt: „Von der Schulaufsichtsbehörde können Schulländer aus einem Schulverbände gastweise der Schule eines anderen Schulverbandes nach Anhörung der beteiligten Schulverbände zugewiesen werden. In gleicher Weise kann aus erheblichen Gründen die gastweise Zuweisung auch für einzelne Unterrichtsfächer erfolgen.“

Die drei folgenden Absätze werden in der Fassung der Vorlage angenommen. Zu den Absätzen 6 und 7 werden folgende konservative Anträge angenommen:

I. Die Kommission wolle beschließen: 1. Den Absatz 6 des § 6 von Satz 2 ab folgendermaßen zu fassen: „Sie wird mangels einer Einigung der Schulverbände durch den Kreisaußschuß, sofern eine Stadt beteiligt ist den Bezirksauschuß festgesetzt. Gegen den Feststellungsbeschluß findet binnen zwei Wochen die Beschwerde an den Provinzialrat statt.“ 2. § 6 Absatz 7 den letzten Satz folgendermaßen zu fassen: „Unter den gleichen Voraussetzungen kann der Bezirksauschuß durch die im vorigen Absatz bezeichneten Instanzen anderweit festgesetzt werden.“

II. Die Kommission wolle beschließen: In § 6 Absatz 6 hinter dem ersten Satz einzufügen: „Der andere Schulverband hat nur Anspruch auf Erstattung der ihm durch den Besuch der Schulländer erwachenden Mehrkosten.“

Zu Absatz 8 wird dann noch der nationalliberale Zusatzantrag „mit beratender Stimme“ angenommen.

Aus der Partei.

„Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.“ Unter diesem Titel gibt die Buchhandlung Vorwärts sieben den Sonderabdruck der Verhandlungen in Jena über diesen Gegenstand heraus. Der Parteitag hatte beschlossen, nur die Weselsche Rede über den politischen Massenstreik als besondere Broschüre zu drucken. Der Parteivorstand glaubte aber die Debatte in dieser, für die Massenagitation bestimmten Broschüre ebenfalls veröffentlicht zu müssen, um so auch die Ansicht der Gegner des politischen Massenstreiks in weitere Kreise zu tragen und so zur Klärung der Frage beizutragen. Das jetzt ausgegebene Heft erscheint als das fünfte der Sammlung, die unter dem Titel: „Sozialdemokratische Agitations-Bibliothek“ erscheint und deren Aufgabe es ist, wichtiges Lektürematerial den Genossen dauernd zu erhalten, in indifferenten Kreisen aber durch solche Gelegenheitsdrucken auf die Sozialdemokratie und ihre Forderungen aufmerksam zu machen. In dieser Sammlung sind bisher fünf Hefte erschienen: Prinz Arenberg und die Arenberge — Der Zukunftsstaat der Junker — Der Klassenkampf im Ruhrgebiet — Das neue Ausnahmengesetz gegen die Bergarbeiter — Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Jedes Heft der Sammlung kostet 20 Pf., die Agitationsausgabe der Broschüre, die nur an Vereine, Vertrauensleute etc. zum Zwecke der Massenverbreitung geliefert wird, ist zu einem billigeren Preise zu haben.

Wahlkreis Friedberg-Arnswalde.

Am Sonntag, den 28. Januar, mittags 1 Uhr, findet im Lokal von Konrad Raris (Rittergutsgarten) zu Driesen die Kreis-konferenz des Wahlkreises Friedberg-Arnswalde mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Kreisvertrauensmannes.
2. Bericht vom Parteitag.
3. Vortrag des Genossen Döbft über Agitation und Organisation.
4. Gründung eines Zentralwahlvereins.
5. Neuwahl des Kreisvertrauensmannes.
6. Presse.
7. Parteiangelegenheiten im Kreise.

Anträge, welche auf der Konferenz verhandelt werden sollen, müssen bis Sonntag, den 21. Januar, an den Unterzeichneten eingereicht werden.

Ludwig Werner, Kreisvertrauensmann, Driesen, Hinterstr. 36.

Dem Rechtsanwalt Wetzpal-Danzig wurde wegen seiner früheren Betätigung als Sozialdemokrat die Befähigung als Bürgermeister von Waltershausen durch die gothaische Regierung verweigert.

Am Namen Seiner Majestät des Königs — zum Sozialdemokraten erklärt.

In München wurde bekanntlich der Schuhmachermeister Johann Hierhager in Hinblick auf § 3 des Vereinsstatuts

und § 3 des Organisationsstatuts der sozialdemokratischen Partei aus dem sozialdemokratischen Verein, somit auch aus der Partei ausgeschlossen. Hierhager hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Freien Vereinigung selbständiger Schuhmachermeister eine Reihe von Arbeitern der Zentralwerkstätte dem Verkehrsministerium denunziert, daß sie zu Hause für Kundschaften pfuschen. Ein Schiedsgericht, das den Tatbestand feststellte, konnte keine Entscheidung fällen, da der Vorsitzende infolge des Verhaltens Hierhagers den Vorsitz niederlegte; doch hat der Gesamtausschuß des sozialdemokratischen Vereins auf Grund des protokolliert aufgenommenen Tatbestandes Hierhager einstimmig ausgeschlossen und wurde dieser Beschluß von einer außerordentlichen Generalversammlung bestätigt. Hierhager stellte nun Klage zum Landgerichte München I mit dem Antrage: Der Beschluß des sozialdemokratischen Vereins vom 18. August v. J. auf Ausschließung des Klägers wird für rechtsungültig erklärt. Begründet ist dieser Antrag damit, daß der Beschluß mit Umgehung des Statuts gefaßt wurde, daß nach § 2 des Organisationsstatuts ein Schiedsgericht zu entscheiden gehabt hätte, eine Entscheidung aber nicht getroffen habe und daß den Vorsitzenden dieses Schiedsgerichts nach den Bestimmungen des Statuts nicht der sozialdemokratische Verein, sondern der Parteivorstand zu bestimmen habe. Die schon einmal ausgelegte Verhandlung kam am Dienstag neuerdings am Landgerichte zum Aufbruch. Inzwischen sollte ein Schiedsgericht gebildet werden, zu dem der Parteivorstand in Berlin einen Vorsitzenden bestimmte und den Hierhager anforderte, dem Vorsitzenden bis spätestens 20. Februar seine Beifügung zu benennen. Darauf ging Hierhager aber nicht ein, sondern er bestand auf seinem Schein. Das Landgericht fällt nun in der Tat folgendes sonderbar anmutende Urteil:

Im Namen Sr. Maj. des Königs von Bayern. Der Beschluß des sozialdemokratischen Vereins München vom 18. August v. J., wonach der Kläger Hierhager aus dem sozialdemokratischen Verein und der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde, wird für rechtsungültig erklärt. Der beklagte Verein hat die Kosten zu tragen.

Sollte der Königl. bayerische Sozialdemokrat Johann Hierhager nicht vorziehen, seinen Austritt zu erklären, so wird ihm voraustrittlich ein Parteischiedsgericht die Parteizugehörigkeit neuerdings abspreschen und ihn trotzdem nochmals „a. D.“ stellen.

Soziales.

Wie es ausländischen Arbeitern in Preußen ergeht. Rittergutsbesitzer Gilla in Weichhol bei Ludau beschäftigte auf seinem Gute mehrere galizisch-polnische Arbeiter aus Galizien. Es waren etwa 10 Männer. Am Sonnabend, den 4. November, als alle ordentlich dem Fusel zugeiprochen hatten, verlangte der Arbeiter Kilitzsch von seinen Kollegen Brot und Schmalz. Nachdem sie ihm das verlangte gegeben, zog er sein Messer und drohte sie zu ermorden. Mehrere der polnischen Arbeiter fielen darauf über Kilitzsch her, warfen ihn zu Boden und fesselten ihn mit ihren Leibriemen an Händen und Füßen. Gefesselt liegen sie ihn nun am Boden liegen, von Sonnabend, abends 10 Uhr an, bis gegen Sonntag und stießen resp. traten mit ihren schweren Stiefeln auf ihn herum. Nur, wenn er seine Notdurft verrichten wollte, lösten sie ihm die Fesseln und führten ihn hinaus, nachher wurde er gleich wieder gebunden. Die nächsten Tage gingen die polnischen Arbeiter zur Arbeit und überließen ihren süß zugerichteten Kollegen seinem Schicksal. Erst am Dienstag wurde ein Arzt aus Sonnenwalde geholt, welcher die Ueberführung des Verletzten nach dem Krankenhaus in Ludau anordnete. Am Freitag, den 10. November, wurde dann Kilitzsch nach dem Krankenhaus in Ludau gefahren, doch starb er noch an demselben Tage infolge der Verletzungen im Krankenhaus. Wegen dieser Mißhandlungen und wegen Freiheitsberaubung hatten sich kürzlich vor der Strafkammer in Cottbus die galizischen Arbeiter Michael Krywowaty, Konstantin Welschowitz, Peter Jawodschy und Valentin Romanowicz zu verantworten. Der Ludauer Kreisarzt als Sachverständiger bezeugte, daß der Tod des graum Gemitshandelden eine Folge der Mißhandlungen war. Wenn am Sonntagmorgen ein Arzt hinzugezogen worden, wäre noch Rettung möglich gewesen. Der nichteidlich vernommene Zeuge Inspektor Bodenfuß sagt aus, daß am Sonntag früh mehrere polnische Arbeiter aufs Gut kamen und den Vorfall meldeten, der Herr war aber noch nicht zu sprechen. Gegen 7 Uhr morgens ging der Inspektor zur Behörde, er fand den Kilitzsch gefesselt am Boden liegen, ließ ihn aber gebunden liegen. Auf Vorhalten des Vorsitzenden, warum er den Kilitzsch nicht befreit habe, oder doch wenigstens die Befreiung veranlaßt habe, wird Zeuge sehr verlegen und sagt dann, er habe zu den Arbeitern gesagt, sie sollten ihn losbinden. Er will den Vorfall zweimal dem Herrn gemeldet haben, doch sei dieser nicht zu sprechen gewesen. Er habe es dann dem jungen Herrn gesagt, der meinte, es würde schon wieder besser werden, auch die Polen hätten gesagt, es würde schon morgen wieder zur Arbeit kommen. Am Freitag sei dann ein Brief vom Sonnenwalder Arzt gekommen, daß der Kranke nach dem Krankenhaus gebracht werden müsse. Der Zeuge wurde dann bereitigt. Die Angeklagten Krywowaty und Romanowicz wurden zu je 1 1/2 Jahren, Jawodschy zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, Welschowitz wurde freigesprochen. Die anderen Galizier waren schon in ihre Heimat abgereist. Die Poheit der ausländischen Arbeiter beruht auf dem suchtsüchtigen sozialen Elende, unter dem sie leiden. Wie der Inspektor und der „junge Herr“ über das Leben und die Gesundheit ihrer Arbeiter denken, zeigt der vorstehende, der „Märkischen Volksstimme“ entnommene Bericht. Ob sie angeklagt werden oder ob der Staatsanwalt sich nur auf ihre Aussprüche mit „ihrem Gott“ verläßt?

Ein anderes Beispiel zeigte eine Gerichtsverhandlung, die gleichfalls vor wenigen Tagen in der Mark stattfand. Vor der Cottbuser Strafkammer waren zwei Galizier angeklagt, die im Senftenberger Revier als Bergarbeiter von der Grubenbarone beschäftigt wurden. Sie hatten schwere Sittlichkeitsverbrechen gegen Kinder von 10 bis 15 Jahren begangen. Sie wurden zu 2 bzw. 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht zog als strafmildernd die denkbar ungünstigsten Wohnungsverhältnisse, sowie den Bildungsgrad der galizischen Arbeiter (die beiden Angeklagten haben gar keine Schule besucht) in Betracht. Die Grubenbarone und Großgrundbesitzer Hand in Hand für die schamlosen, in Wahrheit unsittlichen Wohnungsverhältnisse verantwortlich, unter denen ihre Arbeiterschaft leidet. Sie sind es aber, die sich dann als Sittlichkeitsapostel aufspielen.

Feuerbestattung. Der Jenenser Feuerbestattungsverein hat die Einäscherungsgebühr von 60 M. auf 40 M. ermäßigt und das Krematorium schuldenfrei der Stadt übergeben.

Aus Industrie und Handel.

Was geht vor?

Seit zirka einem halben Jahre ist die Eisenindustrie in allen ihren Betrieben mit der vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Von dieser Seite kann daher eine gesteigerte Nachfrage an den Kohlenmarkt kaum gestellt sein; über die volle Sättigung hinaus fehlt der Industrie doch jedes Bedürfnis. Andererseits hat die nach wenigen Frosttagen wieder einsetzende milde Witterung den Verbrauch des Hausbrandes eingeschränkt. Danach könnte man Nachrichten von Abflauungen der Nach-

frage ganz natürlich finden, unnatürlich erscheint aber die fast plötzlich sich einstellende ungewöhnlich große, die uneingeschränkte Produktionsfähigkeit des Bergbaues noch weit übersteigende Nachfrage. Es handelt sich dabei aber nicht um einen Bedarf, der vielleicht durch große Auslandsengagements entstanden sein könnte. Wie wir gestern schon mitteilten, hat das Kohlenprodukt in England größere Verkäufe abgeschlossen, mit der Zweckbestimmung, dadurch den Export deutscher Kohlen einzuschränken und mit englischer Kohle die für den Außenmarkt eingegangenen Verpflichtungen einzulösen. Jetzt meldet Laffans-Bureau, daß auch der Export englischer Kohle nach Deutschland ganz bedeutend wachse. Die Nachricht besagt:

„Infolge großer deutscher Aufträge muß, dem „Daily Express“ zufolge, in den Waliser Kohlenbergwerken mit Extraschichten gearbeitet werden. Die Kohlenausfuhr nach Deutschland ist auf mehrere tausend Tonnen wöchentlich angewachsen.“

Es sind aber auch die Kohlengruben bei uns bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit beschäftigt und das Kohlenprodukt drängt fortgesetzt zu Steigerungen der Fördermengen. Es werden Ueberlichkeiten eingelegt, die Vorrichtungsarbeiten eingeschränkt, alle technischen Einrichtungen, alle Kräfte in den Dienst der Kohlengewinnung gestellt, aber es kann immer noch nicht genug geleistet werden. Wie schon bemerkt, es erscheint ausgeschlossen, daß die ganz außerordentlich gesteigerte Fördermenge von dem direkten Konsum übernommen wird. Es handelt sich bei dieser ungewöhnlichen Nachfrage zweifellos vielmehr um ganz außerordentliche Ansammlung von Lagerbeständen.

Ob da eventuell wirtschaftliche oder politische Spekulationen zugrunde liegen, entzieht sich natürlich unserer Kenntnis. Mit den eigenartigen Vorgängen darf man wohl in Zusammenhang bringen die merkwürdige Nachricht, daß als Nachtrag auf die Tagesordnung der am 20. Januar stattfindenden Besondereversammlung gesetzt sei: ein Antrag des Vorstandes, die Monate Oktober, November und Dezember 1905 aus der Jahresförderabrechnung auszuschneiden.

Dieser Antrag hat wohl nur den Zweck, der Öffentlichkeit die Kenntnisnahme der vollen Produktionshöhe vorzuenthalten. Bis vor kurzer Zeit suggerierte man gern durch Bekanntgabe großer Förderziffern, jetzt auf einmal wird man nach der Richtung sehr bescheiden. Was ist des Treibens Zweck?

Ein Sumpf.

Zuweilen wird in Handels- und Industriekreisen ein Name genannt, der in der Geschichte der deutschen Industrie nicht übergangen werden kann. Strouberg! Reist knüpft sich an die Erwähnung dieses Namens eine verächtliche, vernichtende Bemerkung. Gefällig so, als wenn die Treiberleute erwähnt werden. Manche, die an Stroubergs — Glück glaubten, haben sich verpekuliert, sie verloren das in seine Gründungen hineingesteckte Geld, sie wurden als Venträger betrogen. Trotzdem, Strouberg war ein Genie. Dabei nicht mehr und nicht weniger Verbrecher als die Laaker, Miquel, Hansemann und Konsorten, nur der Kerl hatte Pech, und das ist unverzeihlich. Was die Übergötter in der Industrie heute als Ideal industrieller Organisation verteidigen und preisen: die Zusammenfassung aller Produktionsphasen in einem Betriebe — kombinierte Werke — darauf richtete Strouberg schon vor 50 Jahren sein Augenmerk. Er hatte schon damals erkannt, daß die Unabhängigkeit von der Vorproduktion in letzter Linie allen Erfolg bestimmt, er suchte durch Erwerb der Dortmund-Hütte, der jetzigen Union, wenigstens teilweise Deckung für seinen Bedarf als Eisenbahnunternehmer. Hätte die Rumänische Eisenbahn ihm nicht den Hals gebrochen, Strouberg hätte zweifellos auf die industrielle Entwicklung noch nachhaltigen Einfluß ausgeübt und wir wären vielleicht auch von einem der merkwürdigsten Spekulationsunternehmen, das zirka 50 Millionen Mark verschlungen hat, verschont geblieben. Strouberg mußte die Hütte verkaufen. Die Diskontobank war es, welche sich durch Verkoppelung der von ihr weit über den Wert erstandenen Heinrichshütte mit der ebenfalls ihrer Kontrolle unterstehenden Dortmund-Hütte, der schließlich auch noch ein anderes unrentables Unternehmen, das Werk Neu-Schottland aufgepaßt wurde, den Grundstein zu einem sehr unruhlichen Denkmahl legte. Später wurde der Hütte auch noch die Zeche Adolf v. Hansemann angehängt. Diese wechselte mehrmals den Besitz zwischen Hütte und den Hansemannern; die Hütte hat dabei keine Seide gesponnen. Hansemann, der Vater der Transaktionen, hatte Glück dabei, er rettete die gefährdete Bank auf Kosten der Aktienbesitzer der Hütte und hoch gefeiert ist sein Name im Munde der Ramlöcher. Das neue Unternehmen war nicht nur überkapitalisiert, es hatte auch noch das Pech, fortgesetzt unter ungeschickter Leitung zu stehen — bis zum heutigen Tag. Die ungünstige Situation der drei räumlich getrennten, in Dortmund, Steele und Hattingen belegenen Werke, wurde gesteigert durch gänzlich verkehrte technische und kaufmännische Dispositionen. Während guter Konjunkturen wurde ein großer Teil der eigenen Produktion zu Neuanlagen verwendet, deren Fertigstellung in der Regel mit Ausbruch einer Krise zusammenfiel, oder wenn das nicht war, tangte sicher die Anlage nichts, und in manchen Betrieben entspricht auch heute die Union durchaus nicht den Erfordernissen der Betriebsbedürfnisse, ganz zu schweigen von der Verwaltung. Wie können ruhig behaupten, um nur einen Punkt herauszugreifen: es gibt keinen anderen Großbetrieb, in welchem die Arbeitskräfte so unpraktisch und unrentabel verwendet werden, wie das teilweise auf der Union geschieht. Daß man hier auch noch auf dem rückwärtigen Standpunkt steht, durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten billig zu produzieren, sei nur ein passant erwähnt. Bei dem Zusammenwirken so vieler ungünstiger äußerer Faktoren und dem direkten Interesse, welches die Diskontobank jeder Finanztransaktion entgegenbrachte, kam es fortgesetzt zu Kapitalerhöhungen und Zusammenlegungen der Aktien. Auf diese Weise sind bis heute zirka achtzig Millionen Mark in dem Union-Sumpf verschwand. Und wie es scheint, wird der alte Sumpf immer noch weiter gesponnen. Wie mitgeteilt wird, hat sich infolge bedeutender Aufwendungen für Neuanlagen und der Einstellung eines neuen Hochofens das Bedürfnis herausgestellt, das Aktienkapital durch Ausgabe weiterer Vorzugsaktien Lit. D zu erhöhen. Die Höhe der Emission soll 6 000 000 M. betragen. Die letztere Veränderung des Aktienkapitals fand im Jahre 1902 statt; es wurden damals die Aktien Lit. C im Verhältnis von 5:3 auf 25 200 000 M. zusammengelegt, und zugleich erging an die Aktionäre die Aufforderung, auf vier alte Aktien eine neue Aktie Lit. D (im ganzen 10 800 000 M.) zu pari zu zeichnen.

Im Jahre 1875 wurden die Aktien der im Jahre 1870/71 gegründeten Aktiengesellschaft Dortmund-Hütte auf 400 M. abgestempelt. Kurz darauf gelangten 15 Millionen 6 prozentige Vorzugsaktien zur Ausgabe, das heißt, sie wurden von der Diskontobank übernommen für eine kontrahierte Bankschuld. 1878 wurden die Stammaktien auf 300 Mark abgestempelt, dann mußten die Aktionäre ihre Papiere gegen Vorzugsaktien im Verhältnis von 1:3 umtauschen. Und so ging fort mit Grazie und es wird wohl nicht anders werden mit

der Union, wenn man nicht eine gründliche Sanierung parallel laufen läßt, den Beginn einer sachkundigen kaufmännischen und technischen Zeitung und vor allem einer gründlichen Umgestaltung der erbärmlichen Arbeitsverhältnisse. Strouhberg hat wenigstens etwas geschaffen, er ist mehr betrogen worden als er Betrüger war, die in der Union verpulverten Millionen also sind in die Taschen planmäßiger Betrüger gelangt, sie haben der industriellen Entwicklung gar nichts gedient.

Finanzieller Skandal. Wir berichteten schon kurz über zwei Verfassungen in Holland wegen bedeutender Unterschlagungen. Der eine der Helden, ein Feudaler, ist eine der Größen der holländischen liberalen Partei, Direktor von zwei großen finanziellen Unternehmungen, die „Holländische Hypothekendarlehenbank“ und die „Gesellschaft für Sicherheitsstellung für Beamte“. Der zweite Direktor der Hypothekendarlehenbank, auch ein Feudaler, de Meer, sollte arretiert werden, sprang aber unterwegs aus dem Zug und erreichte, obschon verwundet, seine Villa in Hilversum, wo er, nachdem er Gelegenheit gehabt hatte, kompromittierende Papiere zu vernichten, durch die Polizei festgenommen wurde. Man ließ ihn aber vorläufig unter Polizeiaufsicht zu Hause zur Pflege.

Diese beiden noblen Herren haben zusammen Summen gestohlen, deren Höhe noch nicht ganz feststeht, welche aber an oder über 4 Millionen Gulden betragen. Allein von der Gesellschaft für Sicherheitsstellung sind 1,4 Millionen verschwunden. Der Aufsichtsrat beider Gesellschaften besteht aus einigen der Allergrößten der liberalen Größen des Landes. Es sind darunter: zwei Provinzial-Gouverneure, ein Mitglied des Hohen Rates und ein Staatsrat, ein Ex-Minister des Inneren, Mitglied der Zweiten Kammer und einige Parlamentariermitglieder. Der Unfug, daß politische Größen ihre Namen hergeben, um dem geldgierenden Publikum Vertrauen zu finanziellen Unternehmungen beizubringen, rächt sich hier wieder furchtbar. Vornehmlich bei der „Sicherheitsstellung“ verlierten Tausende von kleinen Leuten ihr bisheriges Geld. Noch im Dezember hat Genosse Troelstra das Unwesen der niederländischen „Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in der Kammer besprochen und eine Resolution zur Gesetzesänderung beantragt.

Natürlich macht der „feudale“ Diebstahl großes Aufsehen. Die liberale Presse würde wohl Mord und Brand schreiben, wenn sie selbst nicht das Unglück hätte, daß auch einer ihrer Größen, auch einer der Edelsten der Nation, Bankier Van Nijf van Nijl in Utrecht, mit einem Defizit von 1/4 Millionen Gulden seine Zahlungen eingestellt hätte.

Die Nationalbank in der Schweiz. Das 90 Artikel umfassende Nationalbankgesetz bestimmt ein Gründungskapital von 50 Millionen Frank, wovon 2/3 den Kantonen und 1/3 den Emissions- (Noten-) Banken, die letzten 2/3 dem Privatkapital zur öffentlichen Zeichnung vorbehalten bleiben. Die Emissionsbanken sind aber ebenfalls meistens Privatbanken. Das Direktorium der Bank hat seinen Sitz in Zürich, ihren rechtlichen und administrativen Sitz in Bern, wo auch die Generalversammlungen der Aktionäre abgehalten werden. Von den 40 Mitgliedern des Bankrates wählen die Aktionäre 15, der Bundesrat 25. Die Bank ist steuerfrei und ihre Privilegien dauern zunächst 20 Jahre. Sie können dann wieder erneuert oder die Bank kann vom Bunde erworben werden, der heute von der finanziellen Beteiligung vollständig ausgeschlossen ist.

Die neue Bank wird zu einer neuen Domäne des Großkapitals, zu einer neuen wichtigen Position desselben im öffentlichen Leben und zu einer reichen Gewinnquelle für die reichen Aktionäre werden. Sie ist eine unverfälschte Schöpfung der den Bundesrat und die Bundesversammlung beherrschenden Geldkapitalisten, die durch die Verwerfung in der Volksabstimmung hätte vereitelt werden können.

Die Abstimmung hat aber keine Mehrheit gegen das Gesetz erbracht. Das Scheitern des Referendumszuges gegen die neue Nationalbank setzt diese nicht sofort in Tätigkeit, sondern es soll noch lange dauern bis zu diesem Zeitpunkt, wahrscheinlich wird sie erst am 1. Januar 1908 ihre Funktionen beginnen. Die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei konstatiert, daß nur in 297 von 3014 Gemeinden Unterschriften gesammelt wurden, daß die Genossen in der weichen Schweiz fast vollständig verlagert, und sie appelliert energisch an die Parteigenossen, mit dem politischen Indifferentismus zu brechen, um endlich aus dem Zustande der Stagnation und der Reaktion herauszukommen.

Die Preise steigen. Das Kohleisenyndikat hat die Preise ab 1. Semester auf 82 M. für Hämaltis und auf 70 M. für Gießereieisen festgesetzt. Das bedeutet seit Oktober eine Steigerung von 10 respektive 8 M. — Das Lausitzer Kohleisensyndikat erhöhte die Preise um durchschnittlich 5 M. pro Doppelzentner.

Regierungsrat a. D. Böller, Vertrauensmann der Regierung im Stahlverband, scheidet aus dieser Organisation aus.

Betriebserweiterungen. Das Kohleisenyndikat eröffnet Anfang März in Emden eine Gießereifabrik. Der Förder Verein erwarb die Ludwigsche Ringofengezelei zum Preise von 200 000 M. Mit diesem Erwerb verfügt das Werk über eine Steinproduktion von 15 Millionen Stück.

Aus der Frauenbewegung.

Weiteres aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die „fortschrittlichen“ Damen fühlten sich im verflochtenen Sommer bekanntlich wiederum berufen, ihren proletarischen „Schwestern“ eine neue „Heilswahrheit“ zu verkünden. Nicht in Gewerkschaften, gemeinsam organisiert und gemeinsam kämpfend mit ihren männlichen Kollegen, könne das Interesse der gewerblich tätigen Frauen und Mädchen vertreten werden, sondern — in „Nur-Frauen-Organisationen“, so bezogerte Fräulein Wischniewska, eifrigst unterstützt von Elfe Häders und anderen.

In den Nr. 2, 7 und 10 des XV. Jahrganges der „Sozialen Praxis“ ist lebhaft das „Für“ und „Wider“ dieses Vorschlags von Damen und Herren diskutiert worden.

Es ist nun keineswegs unsere Absicht, diese Diskussion hier zu rekapitulieren, um im einzelnen an den zum Teil recht heiklen, den Kern der Frage abjektiv nicht erfassenden Auslassungen Kritik zu üben, vielmehr wollen wir einiges aus der Meinungsäußerung der Frau E. Gnauch-Kühne herausgreifen, um zu zeigen, wie in dem Herrn bürgerlichen Damen sich die Klassenkämpfe des Proletariats spiegeln.

Frau Gnauch-Kühne, die übrigens gegen den Vorschlag der „Nur-Frauenorganisation“ polemisiert und dieser ihrer Auffassung auch in der Broschüre über „Arbeiterinnenfrage“ Ausdruck gegeben hat, entgegnet in Nr. 10 der „Sozialen Praxis“ dem Herrn Dr. v. Wiese, der sich im Gegensatz zu ihr für reine Frauenorganisationen ausgesprochen hatte, unter anderem folgendes:

„Der verlockendere Plan gebietet Dr. v. Wiese. Falls er mit ein einziges „Wenn“ gestattet, trete ich ohne Besinnen auf seine Seite. Große, leistungsfähige, gut fundierte Frauenvereine — das ist ein schöner Gedanke. Haben wir die erst, so sind wir ein gut Stück weiter. Ja, ich hege die Überzeugung, daß — wofür nur erst diese Organisationen da sind — die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern so gut wie beseitigt sein werden. Die bekannte größere Geschmeidigkeit der Frau, ihre überragende List, von der die Dichter so viel zu sagen wissen, wird den rechten Augenblick und das rechte Mittel finden, um ohne Gewalt in die Hände der Herren zu gelangen, was diese den aufbegehrenden Männern verweigern. Und wirklich starke, leistungsfähige weibliche Organisationen werden durch ihre geschulten, selbstbewußten Mitglieder einen solchen Einfluß auf die gesamte Armentwelt der Arbeiterklasse erlangen, daß sie durch diese auch die Männer in der Hand haben werden. Dann wird die gesamte starke Frauenwelt, mit den Männern im Rücken, Reformen unschwer erlangen, nach denen die Männer allein vergeblich trachten. Odysseus kommt noch heute weiter als Ajax. Alles dies ist nicht nur möglich, sondern höchst wahrscheinlich, wenn — jetzt kommt das einzige „Wenn“ — wenn die Arbeiterinnen anders wären,

als sie sind. Mit abgeheften, erschöpften, in geisttötendem Einerlei stumpf gewordenen Frauen (und das sind unsere Arbeiterinnen) läßt sich eine solche verlockende geplante Organisation nicht erreichen.“

So nun wagt Frau Gnauch-Kühne, die sie als „fortschrittliche“ Arbeiterin mit Euren Forderungen in so manchen Fällen nicht durchgebrungen sind und immer aufs neue den Kampf für dieselben aufnehmen mußte: Ihr habt ein zu hitziges Temperament, „begehrt gleich auf!“ Wäret Ihr etwas „geschmeidiger“ und „schlauser“, so hätte Ihr den Unternehmern längst „abgelistet“, dessenwegen Ihr jetzt den Kampf führt.

Ihre Toren, die Ihr bisher geglaubt, die Berücksichtigung und Anerkennung Eurer Forderungen hänge in erster Linie davon ab, welche realen Machtfaktoren hinter denselben stehen, müßt jetzt erkennen, daß es Euch nur an dem nötigen Quantum „Schläue“ mangelte, um die idyllischen Unternehmern im rechten Augenblick hinter das Licht zu führen!

O, Du heiliger Wimbam! Welche Vorstellung von den tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen und den in diesen wurzelnden Klassenkämpfen mag sich die fromme Dame machen?

Freilich, sie protegiert die „christlichen“ Gewerkschaften, und offiziell ist in diesen der Klassenkampf verpönt. Deren Gründer und Protegés wollten bekanntlich nichts weniger, als die „christliche“ Arbeiterschaft zum Klassenkampf schärfen und schulen, vielmehr sie als Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaftler aufmarschieren lassen. Aber die Macht der Verhältnisse zerschlug immer mehr die fein ausgeklügelten, schlaunen Berechnungen dieser „Arbeiterfreunde“; sie treibt auch die „christlichen“ Gewerkschaften immer mehr vorwärts auf der Bahn — zum Klassenkampf. Ihre Protegés müssen täglich mehr und aufs neue erkennen, daß sie „die Geister, die sie riefen, nimmermehr los werden.“

Wenn auch tausendmal das Wort „Klassenkampf“ verpönt ist in jenen Reihen, und diejenigen von uns, die frei und offen „das Stündlein beim rechten Namen nennend“, die Waffen dazu aufrufen, als „Geher“ verschrien werden, so arbeiten just jene, die uns heute am lautesten verlästern, mit daran, — wenn auch ungewollt und unbewußt — die Waffen zum Klassenbewußtsein zu ergießen.

Wer Arbeiter organisiert zu dem Zwecke, eine Erhebung ihrer Lebenslage zu erwirken, der wird sie auch früher oder später in den Kampf gegen das Unternehmertum führen müssen. Und solch ein Kampf, wo die Arbeiter die ganze Wucht der wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer in der brutalsten Form zu fühlen bekommen, wo alle die organisierten Nachmittage des heutigen Klassenstaates: Polizei, Justiz, womöglich noch das Militär gegen sie mobil gemacht werden, o, solch ein Kampf, er wirkt tiefst lähmend, augenöffnend, „haarstehend“, löpferrevolutionierend! Da sind ganz andere „Geher“ und „Aufwieger“ an der Arbeit, wogegen alle unsere Agitatoren, und wären sie noch so berebt und ansehnlich, elende Stümper sind. Da wirkt „ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft.“

Da werden jene, die ausgozen, den Klassenkämpfern den Warenaus zu machen, ihnen das Wasser abzugraben, plötzlich inne, daß sie selbst mitten im schönsten Klassenkampfe stehen. Und von denen, die bisher nur „vom dunklen Orange des rechten Weges sich begehrt“, sie erkennen ihn jetzt plötzlich klar und deutlich vorgezeichnet, und recht viele bekennen von da an sich auch frei und offen zur modernen Arbeiterbewegung. Weil sie von da an einschließen lernen, wozu freibewilliges Spiel jene „Arbeiterfreunde“ treiben, die den Arbeiter lehren, er müsse sich, entsprechend seiner religiösen und politischen Anschauung auch in verschiedene Gewerkschaftsorganisationen spalten, wo es dem mächtigen Kapital und all seiner Helfershelfer gegenüber nichts dringenderes bedarf, als der Zusammenfassung möglichst aller Kräfte, die unter dem Namen der Arbeiterbewegung stehen, um endlich aus dem Zustande der Stagnation und der Reaktion herauszukommen.

Weil sie einsehen, daß all diese „Arbeiterfreunde“, die statt Einigkeit Zersplitterung und Feindschaft in die Reihen der Arbeiter tragen, in Wirklichkeit die schlimmsten Arbeiterfeinde sind, die bewußt oder unbewußt — die Interessen des Kapitals vertreten. Jede Zersplitterung der gewerkschaftlich organisierten ist von diesem Gesichtswinkel aus zu bewerten.

Und da sind wir wieder bei dem Vorschlag der „fortschrittlichen“ Damen angelangt. Nicht anders als Zersplitterung ist auch ihr Vorschlag der Gründung von „Nur-Frauenorganisationen“ zu bewerten und deshalb scharf zu bekämpfen.

Die Arbeiterin, als die vom Kapital doppelt Ausgebeutete, als die vom kapitalistischen Klassenstaat dreifach Entrechtete, zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu erziehen, ihr die Zusammenhänge der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, unter deren Druck sie so unselig leidet, begrifflich zu machen, sie als Glied, als Teil ihrer Klasse einzureihen in die eine gemeinsame Organisation, die alle jene umfaßt, die unter dem gleichen Druck leidend, auch gemeinsam den Kampf zu führen haben gegen ihren gemeinsamen Feind, das Kapital, das ist unsere Pflicht.

Wir als Sozialdemokraten betonen dann außerdem noch, daß mit dem gewerkschaftlichen Kampf um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen die Pflicht der Proletarierin der Arbeiterbewegung gegenüber keineswegs getan ist, sondern daß dazu, soll unsere Arbeit keine halbe bleiben, der Kampf auf politischem Gebiete um die Erringung der politischen Macht zwecks Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kommen muß. Und dazu bedürfen wir vor allem zielstarrer Kämpferinnen.

Aber selbst davon abgesehen, schon vom rein praktischen, gewerkschaftlichen Standpunkte aus betrachtet, heißt es, die Arbeiterinnen, — die selbst gegenwärtig, wo sie erst in verhältnismäßig kleiner Zahl organisiert sind, doch in Gemeinschaft mit ihren männlichen Gewerkschaftsgenossen bereits eine Macht bilden — zur mindestens jahrelangen Ohnmacht verdammen, wolle man sie gesondert organisieren. Ganz davon abgesehen, daß ein solches Vorgehen wahrlich nichts weniger bedeutet als Stärkung des Solidaritätsempfindens. Im übrigen unterzeichnen wir vollinhaltlich, was Fräulein Helene Simon zu dieser Frage ausgesprochen hat in Nr. 7 der „Sozialen Praxis“.

Die „fortschrittlichen“ Damen, die extra eine „Zentralstelle für Arbeiterinnenorganisationen“ innerhalb ihres Verbandes geschaffen haben, müssen sich jedenfalls mit dem Versuch, den immer mehr zur selbständigen Bedeutungsfähigkeit herabstufenden Gewerkschaften durch die Richtung durch Gründung von Frauenorganisationen unter die Arme zu greifen, genügen lassen. Denn ein Versuch wird es auf alle Fälle bleiben. Dort, wo die „fortschrittlichen“ Damen bisher noch irgend welche Bedeutung hatten, da haben sie durch den in letzter Zeit an mehreren Orten geübten Verrat bei wirtschaftlichen Kämpfen mehr und mehr sich angewidelt und auch das letzte Vertrauen eingebüßt, und dort, wo die moderne Arbeiterbewegung dominiert, da werden unsere Genossen und Genossinnen den Damen bei ihren Zersplitterungsversuchen energisch entgegenzutreten. Fingert weg! mochten Ihr nichts verstehtl werden vor ihnen erklären. Wir müßten arge Rückschritte sein, wollten wir Euren „fortschrittlichen“ Ratschlägen folgen.

Souise Dieß.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Der für den 22. d. Mts. angekündigte Vortrag fällt aus, da Eduard Bernstein für diesen Tag verhindert ist. Der Vortrag wird deshalb eine Woche später, also Montag, den 29. d. Mts., stattfinden.

Gerichts-Zeitung.

Schick der Arbeitswilligen. Im Herbst 1904 war in der Metallwarenfabrik von Jinn u. Glenside, Ruisenfer 84, ein Streik ausgebrochen. Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich dem Streik nicht angeschlossen hatten, wolle vor der Fabrik wiederholt belästigt bzw. mißhandelt sein, wenn sie die Fabrik betreten wollten oder sie verließen. Die Ehefrau des Reisenden Heinrich Knospe will gleichfalls belästigt sein und ihr Ehemann ging am 3. November nach-

mittags nach der Fabrik, um sie abzuholen und unter seinen Schutz zu nehmen. Er wurde von vor der Fabrik stehenden Männern und Frauen angehalten und von einer Anzahl Personen mißhandelt. Auf Grund ihrer Beteiligung an diesem Ergeß sind die Gürtler Durchardt und Müller bereits bestraft worden. Nachtraglich ist aber noch gegen den Dreher Kaczeroski und fünf andere Arbeiter Anklage wegen Körperverletzung erhoben worden, weil sie verächtigt wurden, bei jenem Vorfall gleichfalls auf Knospe losgeschlagen zu haben. Kaczeroski gab zu, mit dem Schirm einmal zugeschlagen zu haben, behauptete aber, daß er geglaubt habe, angegriffen zu sein, zumal Knospe ein Messer gezogen gehabt habe. Die übrigen Angeklagten bestritten ihre Beteiligung an der Schlägerei, während der Zeuge sie mit aller Bestimmtheit als solche Personen wiedererkennen wollte, die auf ihn losgeschlagen haben. Der Staatsanwalt brachte Strafen von einem Monat bis zu einer Woche in Vorschlag. Rechtsanwalt Dr. Karl Löwenthal, als Vertreter des Nebenklägers, beantragte noch eine Buße von 150 M.! — Die Rechtsanwältin Dr. Steinemann und Hugo Caro führten dagegen aus, daß die Täterhaft der einzelnen Angeklagten doch nicht genügend feststehe, um zu einer Verurteilung zu kommen, insbesondere sei durch die Vernehmung festgestellt, daß einer der Angeklagten, den der Zeuge gleichfalls beschuldigte, gar nicht unter den Anwesenden sich befand bzw. nicht mitgeschlagen habe. Der Gerichtshof verurteilte nur den Kaczeroski zu einer Woche Gefängnis und einer mit den beiden selber Verurteilten gemeinsam zu zahlenden Buße von 150 M. Sämtliche übrigen Angeklagten wurden freigesprochen, da der Gerichtshof annahm, daß bei einem solchen Lohndauwahn, wo eine Anzahl von Personen auf den Zeugen einschlugen, dieser sich in seinen Wahrnehmungen doch getäuscht haben konnte. Gegen die Angeklagten besteht zwar ein Verdacht, sie seien aber nicht mit genügendem Sicherheit überführt.

Haule Eier. Eine eigenartige Abrechnung mit seinem Lieferanten hatte der Wäckermeister Josef Kuhn vorgenommen, der sich geirrt unter der Anklage der Körperverletzung vor dem Schöffengericht I verantworten mußte. Der Angeklagte ist seit längerer Zeit Inhaber eines gutgehenden Wäckerereigüßes. Die zu den Wäckerwaren erforderlichen Eier bezog er von dem Eierhändler Selman Wienersdorf. Eines Tages kam es vor, daß sich unter den Eiern mehrere befanden, denen ein peptilenzialischer Geruch entströmte und durch welche der ganze Teig verdorben wurde und weggeworfen werden mußte. Dieser Vorgang wiederholte sich des öfteren, wobei jedesmal die Geruchsnerven der Anwesenden stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Der Angeklagte ärgerte sich über die vielen faulen Eier, die sich mittlerweile in seinem Geschäft aufstapelten, da er diese aufbewahrt, um von seinem Lieferanten Ersatz zu verlangen. Wienersdorf ließ sich indes, vermutlich im vollen Bewußtsein seiner „ruchlosen“ Tat, nicht mehr bei Rußn sehen. Am 20. Oktober d. J. sah der Angeklagte zufällig den Eierhändler vorbeifahren. Er rief ihn in seinen Laden hinein. Als sich Wienersdorf weigerte, die faulen Eier zurückzunehmen, schloß der Angeklagte die Ladentür ab, legte den schmächtigen und kleinen Wienersdorf über das Antlitz und ließ einen Stoß geräusche auf ihm heruntersinken. Als er den armen Selman schließlich windelweich geprügelt hatte, setzte er ihn ziemlich unanständig an die frische Luft. Als Zeuge erklärte Wienersdorf vor Gericht mit schmerzlicher Erinnerungsvollen Lächeln: Wenigstens zwanzig Minuten hat er auf mich losgeschrien. — Vor Gericht war Kuhn geständig und erklärte, nur im Zorn über die faulen Eier geschlagen zu haben. Der Gerichtshof sprach S. frei und verurteilte K. zu 40 M. Geldstrafe. S. wurde freigesprochen, weil seine Tat sinnloser Trunkenheit zuzuschreiben sei.

Im Verkehr mit Schulheuten. Der Kaufmann Schmidt war des groben Unfugs und des Widerstandes, der Kaufmann Klotting der öffentlichen Beleidigung beschuldigt. Herr Schmidt war am Abend des 2. Oktober etwas stark angetrunken, rumpelte einige Passanten an, es kam zu einem Menschenauflauf und als zwei Schulheute auf der Wilschläge erschienen, geriet er mit diesen in Konflikt und weigerte sich, zur Wache zu folgen. Die Schulheute wandten nun Gewalt an und als sie den betrunkenen Mann im Schmutz über die Straße schleiften, zeigte sich darüber bei der angesammelten Menge große Entrüstung. Auch der zweite Angeklagte entrüstete sich und soll nun gesagt haben: „Das ist ja eine Gemeinheit, eine Person so am Boden zu schleifen! Wir sind doch hier nicht in Rußland! Die Schulheute sind mindestens feindsel!“ Er mußte nun auch mit zur Wache und die Folge war die jetzige Anklage. — Er bestritt, solche beleidigenden Ausdrücke gebraucht zu haben. Er habe nur seiner Verwunderung Ausdruck gegeben, daß die Schulheute einen Mann am schmutzigen Boden schleifen, wobei er allerdings gesagt habe: „Wir sind doch nicht in Rußland“. Darauf habe ihn der eine Schulheute sofort sehr schroff angefahren. Die Schulheute verblieben bei ihren Angaben, daß der Angeklagte sie beleidigt habe. Angeklagter Schmidt behauptete, daß er überhaupt von nichts wisse. Der Staatsanwalt beantragte gegen ihn 10 M., gegen K. 75 M. Geldstrafe. Der Gerichtshof sprach S. frei und verurteilte K. zu 40 M. Geldstrafe. S. wurde freigesprochen, weil seine Tat sinnloser Trunkenheit zuzuschreiben sei.

Geschlossene Gesellschaften dürfen ohne polizeiliche Genehmigung lustig sein. Das mußte abermals durch die Arbeit von 12 gelehrten Juristen in hochnotpeinlichem Verfahren festgestellt werden. Martensverband, der Vorsitzende der Zahlstelle Saha des Deutschen Maurerverbandes, hatte mit Dons und Otto zusammen das Festkomitee gebildet, welches das Stiftungsfest der Zahlstelle Pfingsten 1905 arrangierte. Daraufhin wurden sie angeklagt, eine öffentliche Tanzlustbarkeit ohne polizeiliche Erlaubnis veranstaltet zu haben. Das Landgericht Wittenberg sprach sie frei, weil die Feier, an der etwa 60 Personen teilgenommen hätten, welche sich durch die Gemeinshaftlichkeit ihrer Interessen innerlich mit einander verbunden fühlen, zweifellos die Feier einer geschlossenen Gesellschaft darstelle, die ohne polizeiliche Erlaubnis lustig sein dürfe. Das Kammergericht bestätigte am Dienstag diesen Freispruch. Bekanntlich hatten vor einigen Jahren die Herzfelder Ziegler die grundsätzliche Anerkennung des Rechts, ohne polizeiliche Genehmigung und mit Frauen bei derlei Festen tanzen zu dürfen, durchgeleitet. Das Kammergericht hat inzwischen hin und wieder, so aus Anlaß des Tanzergänzungs, das der Staffurter Theaterverein veranstaltet hatte, seine Praxis verlassen. Auch diesmal bejahte es, daß von Fall zu Fall zu prüfen sei, ob die geschlossene Gesellschaft nicht durch Aneinanderreihen einiger juristisch klingenden Phrasen zu einer öffentlichen unkonstruiert werden könne. Anklagen sind in der Zeit nach 1848 wegen ungenehmigter Lustbarkeit auch gegen Nicht-Arbeiter erhoben. Ein geheimes Ministerialrat aus dem Justizministerium z. B. wurde missam! seiner Tanzgesellschaft auf den Marktplatz im Jahre 1850 transportiert. Derlei Mittelchen erzielen bei der Bourgeoisie, genau so wie jetzt bei der Arbeiterklasse, lediglich eine andere als die beabsichtigte Wirkung. Die Konstruktion „von Fall zu Fall“ ermöglicht, die Klassenjustiz mit dem Schein unparteiischer Erwägungen zu versehen. Dem Rechtsempfinden widerspricht es aufs äußerste, geschlossene Gesellschaften, die von Arbeitervereinigungen veranstaltet werden, überhaupt als öffentliche Veranstaltungen erachten zu lassen. Die Begründung des Kammergerichtlichen Urteils läßt erkennen, daß es auf dem Wege des zweierlei Rechts auch auf diesem Gebiete sich, ohne es zu merken, befindet.

Verband der Kriegergehilfen. Zweigverein Berlin und Sorote. Am 18. d. Mts., abends 10 Uhr: Generalversammlung, Berichte und Neuwahl der gesamten Ortsverwaltung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Deutscher Arbeiter-Abkennungs-Bund. Ortsgruppe Berlin, Bezirk IV. (Nordwest, Rosbit, Charlottenburg). Freitag, den 19. Januar, abends 1/2 11 Uhr, bei Kölln, Bleichstraße 24. Referent W. Niehle über: „Was muß der Proletarier von der Alkoholfrage wissen?“ — Gäste willkommen.

Arbeiter-Samariter-Kolonie. Freitag abend 4. Abteilung Lichtenberg, Ehardtstraße 69. Außerdem Freitagabend im Genossenschaftshaus, Stargarderstraße 3: Uebungsstunden. Vortrag über: Verbenenheiten — Eiferieren — Diktat — Witzschlag — Beschädigung durch Uebung. — Nach dem Vortrage praktische Uebungen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten.



Es giebt irgend einen Unterschied in der Qualität aller türkischen Cigaretten. Wenn sie uns jede der mannigfaltigen Sorten bringen würden, könnten wir Ihnen durch Vergleich mit Josetti-Cigaretten zeigen, in welcher besonderen Eigenschaft sie sich von einander unterscheiden. Einige sind zu stark; andere dagegen zu leicht. Die Stärke des feinsten türkischen Tabaks, welcher in der Herstellung von

JOSETTI CIGARETTEN

Verwendet wird, ist so vollkommen abgestimmt durch sachverständige Mischungen, dass diese Stärke zum auserlesensten köstlichsten Aroma wird. So vollkommen sind diese Mischungen, dass obwohl der volle Gehalt der Tabakblätter erhalten bleibt, Josetti-Cigaretten in angenehmer Milde unvergleichlich dastehen. Josetti-Cigaretten stehen in der That halbwegs zwischen übertriebener Stärke und übertriebener Milde und stellen das Ergebnis langjähriger Bemühungen gerade den richtigen Punkt zu treffen dar. Dieser Punkt ist feine Qualität, die unterscheidende Eigentümlichkeit der Josetti-Cigaretten.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Das Einladen türkischer Tabake für Josetti Cigaretten.

Brauerei F. Happoldt
Berlin S. Hasenheide 32-38

empfehlen ihr

**Lager-
Münchner-
Tip-Top-
Bier**
in Flaschen und Gebinden.

Telephon: Amt IV. No. 9115. 5835L*

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4

Maybach-Ufer 3, ab 1. 4. 3 Wohnungen perf. 36,50 Mk., IV. Etage 38 Mk., Hof III. Etage 22 Mk. mon., d. Stad I. Et.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bad Frankfurt Ritter-Bad
Gr. Frankfurterstraße 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern 0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Feuerbestattung 310 Mk.

Brochure gratis und franco. 57892*
Gustav Nobert, Beerdigungs-Institut,
Berlin W. 35, Potsdamerstr. 111. Bülte Friedenau, Rheinstr. 10.

Hygienische
Baderartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel Aerzte u. Prof. gran. u. f. U. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstr. 100

Heinrich Franck
Berlin N., Brunnenstraße 185.
Havana-Deck 200 Pf.
schneeweißer Brand, prima Farben, Vollbl., keine Deckkraft. 5662*

Ausnahmepreise für Januar

Preiselbeeren-Kompott

ca. 28 Pfd. - Eimer	25 Pfg. a Pfd.	} inkl. Eimer brutto für netto.
" 10 "	27 " " "	
" 5 "	28 " " "	

Melange-Marmelade

ca. 35 Pfd. - Eimer	17 Pfg. a Pfd.	} inkl. Eimer brutto für netto.
" 10 "	19 " " "	
" 5 "	20 " " "	

Erhältlich in unseren 400 Niederlagen in Berlin und Vororten.

Hermann Meyer & Co.
Berlin, Wattstraße 11/12.

Allgem. Ortskrankenkasse Spandau.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die Einzahlung der Beiträge, sowie das An- und Abmelden der Mitglieder vom Montag bis Freitag von 8-1 Uhr zu erfolgen hat. 270/8
Der Sonnabend ist lediglich zum Auszahlen des Krankengeldes bestimmt, jedoch erhalten Kranke, die im Laufe der Woche gesund geworden sind, dieses auch an demselben Tage ausgezahlt.

Der Vorstand.
H. Steinert, Vorsitzender.

Ehrenerklärung.

Die Beleidigung, die ich gegen den Glasmacher Alexander Ranz ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre, daß an dem Gerichte kein wahres Wort ist. 19718

Franz Michaelis.

Verlag G. Birk & Co., München.

Neu erschienen:

Ed. Bernstein: Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis. Preis 1 Mk.

Dr. med. G. Zepler: Radikalismus und Taktik. Ein Ratwort zum „Vorwärts“-Konflikt als Ratwort an die Genossen. Preis 20 Pf.

Ferner:

Der „Vorwärts“-Konflikt. Gesammelte Aftenstücke. 57082* Preis 30 Pf.

Durch alle Buchhandlungen und Kolportage sowie direkt vom Verlage zu beziehen.

Husten, Heiserkeit
mit
Reichels Hustentropfen
überraschend schnell und sicher. Nur so, wenn mit Marke „Medico“ verschlossen. Reichel 50 Pf.

Erhältlich in den Drogerien und bei Otto Reihel, Berlin SO. 43 Eisenbahnstr. 4

Masken-Garderobe
von 55992*
Carl Ernst,
Köpenickerstr. 126, 1. Et.
Größte Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Branche erhält 10% Preisermäßigung.

Fülle Dein Bett
mit neuen Gäusefedern!
Ungeissen mit allen Daunen von 1,30 Mk. an gleich füllfertig 1,75
Geissele Federn 2,00
Roelle Bodenung! Umtausch gestattet!
Paul Paegelow,
Bettfedern-Großhandlung
Wriezen, Oderbruch.

Drechsler Georg Müller
aus Boppard
wird in Geschäftsangelegenheiten um Angabe seiner Adresse gebeten. Kollegen, welche seinen Aufenthalt wissen, werden gebeten, ihn hieron Mitteilung zu machen. 1947

Gelegenheitskauf!
Schlafdecken
in Wolle, extra schwer
à 350, 450, 500, 600 Mk.

Pferdedecken
à 250, 350, 450, 550 Mk.

Reisdecken
Tiger-Muster
à 485, 600, 800, 1000 Mk.
Versand p. Nachnahme.
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstraße 158.
Fehlerhafte Decken
spottbillig!

Hilfskassen-Kongress.

Berlin, 17. Januar.

Die Verhandlungen des Kongresses der eingeführten freien Hilfskassen werden heute früh von Blume-Hamburg wieder-

eröffnet und es erhält nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten Freygel-Hamburg das Wort zur Vorlage der von der Redaktionskommission inzwischen ausgearbeiteten Resolution.

Die Resolution hat unter Einschaltung eines von Zaffe beantragten Beschlusses folgenden Wortlaut:

Der am 16. und 17. Januar in Berlin im Gewerkschaftshaus zusammengetretene Kongress der freien Hilfskassen, besetzt mit 248 Delegierten, die 291 Kassen mit 850 000 Mitgliedern vertreten, protestiert nach eingehender Erörterung des betreffenden Gesetzentwurfes der verbündeten Regierungen gegen die in diesem Entwurf geforderte Aufhebung des Hilfskassengesetzes. Der Kongress verurteilt zwar nicht minder energisch wie die verbündeten Regierungen es tun, jede unzureichende Vermaltungspraxis. Er wünscht die Beseitigung des Schwindelkassenwesens, das tatsächlich hier und da sich geltend gemacht hat. Aber diese durch öffentliches Rechtsbewußtsein und staatliches Interesse gebotene Reform kann sehr leicht erreicht werden, ohne daß das Hilfskassengesetz, das nach dem Jugeständnis der Regierungen sehr segensreich gewirkt hat, der Aufhebung verfällt. Der Kongress fordert für alle auf Grund des Hilfskassengesetzes bestehenden Kassen, die nicht erwiesenermaßen sich unerlaubter Geschäftspraxis schuldig machen, die ausdrückliche gesetzliche Anerkennung. In erster Linie sind die berechtigten Interessen der Berufskassen ins Auge zu fassen, von denen die verbündeten Regierungen in den Motiven zu ihrem Gesetzentwurf selbst sagen: „daß sie eine einwandfreie Tätigkeit entfalten und den gehegten Erwartungen entsprechen haben“.

Es steht nach Ermessen des Kongresses außer Zweifel, daß die Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungs-gesetz gleichbedeutend sein würde mit der Einwirkung auf die Beseitigung dieser Kassen überhaupt. Sie würden dadurch gegenüber den anderen Krankenkassen in die denkbar ungünstigste Existenzbedingung gestellt werden. Vor allem bleibt auch zu erwägen, daß durch den vorliegenden Gesetzentwurf eine in keiner Hinsicht zu rechtfertigende Schädigung der bisher in den Hilfskassen versicherten Personen bewirkt würde. Und zwar in erster Linie derjenigen, die infolge ihres Alters oder einer nicht versicherungspflichtigen Beschäftigung ihre Aufnahme in eine andere Kasse nicht herbeiführen können. Aber abgesehen von all den schweren Schädigungen, die sich für die Hilfskassen aus der beabsichtigten Unterstellung unter das Privatversicherungs-gesetz ergeben würden, ist zu berücksichtigen, daß dem Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung auf diesem Gebiete die Gefahr der Vernichtung droht, wenn die Kassen rücksichtslos ihrer Existenzberechtigung dem willkürlichen Ermessen des Reichsaufsichtsamtes unterworfen werden.

Auf Grund all dieser Erwägungen richtet der Kongress an den Reichstag das dringende Ersuchen, den angebotenen Gesetzentwurf abzulehnen.

Sollte der Reichstag indes wider Erwarten im Prinzip dem Entwurf der verbündeten Regierungen zustimmen und sich für Aufhebung des Hilfskassengesetzes entscheiden, so erwartet der Kongress, daß der Reichstag wenigstens folgende Bestimmungen in das Gesetz aufnimmt:

§ 1 des Entwurfes einzuschalten, als:

Abkap. 2. Die im Abkap. 1 bezeichneten Versicherungsvereine sind als „kleinere Vereine“ im Sinne des § 83 Abs. 1 des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen (Reichs-Gesetzblatt 1901, Seite 125) anzusehen.

Abkap. 3. Der aus schließlich gerichtliche Gerichtsstand dieser Versicherungsvereine ist bei dem Gerichte, in dessen Bezirk der Verein seinen Sitz hat, wenn nicht die Satzung ein anderes bestimmt.

Abkap. 4. Sie haben einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Ausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzufammeln, und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen.

Abkap. 5. Solange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zuzuführen.

Abkap. 6. Auf Versicherungsvereine dieser Art finden die Vorschriften des § 115 Absatz 2 und 3 des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen keine Anwendung. Dagegen sind die Vereine befugt, örtliche Verwaltungsstellen zu errichten.

Abkap. 7. Eine Vereinigung dieser Versicherungsvereine zu einem Verbände behufs gegenseitiger Ausschilfe kann unter Zustimmung der Generalversammlungen der einzelnen Versicherungsvereine und auf Grund einer schriftlichen Satzung erfolgen.

Abkap. 8. Die gemäß § 124 Absatz 2 des Gesetzes über die privaten Versicherungs-Unternehmungen vorzunehmende Prüfung des Geschäftsbetriebes und der Vermögenslage der Versicherungsvereine vorstehend gedachter Art erfolgt auf Kosten der Aufsichtsbehörde.

Außerdem fordert der Kongress als das mindeste, was gerechte Erwägung gebietet, die Aufnahme der Bestimmung in das Gesetz, daß die Gültigkeit der jetzt geltenden Bescheinigung bis zum 31. Dezember 1907, statt wie in dem Gesetzentwurf vorgesehen, bis 31. Dezember 1906 ausgedehnt wird, weil sonst die Hilfskassen mit ihrer Neuordnung nicht fertig werden würden.

Die Resolution wird von allen Rednern: Schneider (Berlin), Simanowski (Berlin), Riemeyer (Hamburg), Meyer (Frankfurt) und Zaffe (Hamburg) bekräftigt und darauf einstimmig angenommen.

Der Kongress tritt dann in eine Beratung der Anträge. Die Lichterfelder Kranken- und Sterbefälle für familiäre Zwecke (S. 54) beantragt:

1. Der Hilfskassenkongress wolle eine ständige sechsgliedrige Kommission mit dem Sitz in Berlin niederlegen, welche folgende Funktionen zu übernehmen hat:

1. Agitation gegen den Entwurf des neuen Gesetzes über die Hilfskassen durch Presse und Flugblätter, eventuell Massenpetitionen an den Reichstag sowie überhaupt Durchführung der Beschlüsse des Hilfskassenkongresses.

2. Ueberwachung von Kassenneugründungen und breitesten Veröffentlichung der sogenannten Schwindelkassen und deren Geschäftsbetrieb.

3. Rat- und Hilfeerteilung an alle ersuchenden Kassen und deren Mitglieder, speziell nach eventuellem Inkassireten des neuen Gesetzes.

Die Kommission wird ersichtlich durch den Kongress aus der Reihe ihrer Teilnehmer gewählt, während Ergänzungs- bzw. Neuwahlen durch die von dem Kongress zu ernennenden sechs Klassen vorzunehmen sind.

Die Kommission gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst und bestimmt ebensolche ihre Funktionen.

Die Kosten dieser Kommission übernehmen die am Kongress beteiligten Kassen anteilig nach Höhe ihrer Mitgliederzahl.

4. Durchführung der Freizügigkeit der Hilfskassenmitglieder im Sinne des diesbezüglichen Antrages der Lichterfelder Kranken- und Sterbefälle.

II. Der Kongress verpflichtet alle beteiligten Kassen zur Aufnahme folgender Statutenbestimmung:

„Mitglieder anderer Hilfskassen (§ 75 S.-R.-G.), deren Statut eine nähere Bestimmung enthält, finden bei Zugang aus anderen Orten Aufnahme ohne Erfüllung der Bestimmungen über Eintritte-

geld, Lebensalter und ärztliche Untersuchung, sofern sie sich innerhalb 14 Tagen nach Austritt bzw. Verzug anmelden und den Nachweis erbringen, daß sie ihre Beitragspflicht bis zu ihrem Austritt erfüllt haben. Jedoch haben diese Mitglieder keinen Anspruch auf Unterstützung für einen Krankheitsfall, welcher zur Zeit des Uebertritts bereits bestanden hat.“

Der Antragsteller führt in der Begründung aus, daß ihm vollkommen ferngelegen habe, mit dem Antrage der Zentralkommission ein Mißtrauensvotum auszusprechen, und er könne sich auch keineswegs der Ansicht anschließen, daß die Zentrale die Interessen der Hilfskassen vernachlässigt habe.

Nach einer längeren Debatte für und gegen die Lichterfelder Anträge wird unter Ablehnung des ganzen übrigen Teiles der letzte Satz, welcher die Durchführung der Freizügigkeit der Kassenmitglieder verlangt, angenommen.

Staub-Votsdam spricht für folgenden Antrag der Breslauer Hilfskassen:

„Sofort der Entwurf Gesetz werden sollte, möge die Zentralleitung einen Statutenentwurf nach den dann neugeschaffenen Grundrissen ausarbeiten und diesen Entwurf den auf dem Kongress vertretenen gewählten Kassen rechtzeitig erhältlich machen, um so mögliche Einseitigkeit zu schaffen.“

In der Debatte über diesen Antrag wird die Schwierigkeit und das Minderwertige seiner Durchführung hervorgehoben und schließlich der Antrag mit 76 gegen 58 Stimmen angenommen.

Die Ausführung der Kongressbeschlüsse wird der bisherigen Kommission, die auch den Kongress vorbereitet hatte, weiter übertragen.

Schaab-Altona hält alsdann die Schlußrede. Der Kongress könne auseinandergehen mit dem Bewußtsein, daß diese Veranstaltung nicht unbeachtet vorübergehen werde. Der Kongress habe mit Ermütlichkeit kundgegeben, daß sie nicht gewillt seien, die den Arbeitern günstigen Kassen abzuschaffen zu lassen. Es habe sich auch gezeigt, daß sich Männer im Reichstag finden werden, die im Interesse der Berechtigte Front machen werden gegen die Vergewaltigung der Hilfskassen. Mit der Hoffnung, daß unserer Agitation es gelingen werde, den Schlag abzuwehren, schließt er den Kongress.

Schluß 12 Uhr.

Generalversammlung des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Die Generalversammlung fand am Sonntag im Lehnowischen Lokale in Hakenfelde statt.

Anwesend sind vom Zentralvorstand die Genossen Paris, Bauer, Seeger, Schollert und Hamann, der Kandidat des Kreises, Genosse Dr. A. Liebknecht, als Referenten die Genossen Pieper-Spandau, Staub-Votsdam und Lehmann-Matwig, von der Lokalkommission Genosse Linz-Spandau, Agitationskommission Dobrolaw-Berlin und sechster Berliner Wahlkreis Genosse Freythal. Außerdem sind 15 Orte durch 23 Delegierte vertreten.

Zum Vorstandsbericht nahm Genosse Paris das Wort. An Briefen seien 336 abgegangen, 241 eingelaufen. Was die Lokalfrage anbetreffe, so sei hier ein Fortschritt zu verzeichnen. In Staaten ist es den Genossen gelungen, ein größeres Lokal frei zu bekommen. Ein Lokal in Eiche stand den Genossen, trotz großer Nähe, seit Jahren nicht zur Verfügung, jetzt ist auch hier ein Lokal frei. Was die Lokalfrage im allgemeinen anbetreffe, so müssen die Genossen in sämtlichen Orten ihr Augenmerk darauf richten, noch mehr Lokale zu bekommen. Die schriftliche Agitation ist in folgender Weise von Station gegangen: 47 000 Flugblätter kamen von Stellen aus auf die einzelnen Orte zur Verteilung, desgleichen 12 000 Märtische Landboten. Die Nachfrage hiernach ist eine größere geworden. Auch die im verfloffenen Jahre stattgefundenen Stadtverordneten- und Gemeindevorwahlen haben eine bedeutende Anzahl Flugblätter nötig gemacht. Die Stadtverordnetenwahlen haben in Spandau mit einer Niederlage auf unserer Seite geendet. Redner kritisiert das Verhalten der königlichen Arbeiter bei der Wahl. Die eigenartigen Verhältnisse in Spandau seien zum größten Teil ausschlaggebend bei dergleichen Wahlen. Es sei aber Sache der Spandauer Genossen, diese Scharte wieder auszugleichen. Auch die Stadtverordnetenwahlen in Potsdam haben für uns keine Erfolge gezeitigt. Ebenso haben in Staaten die Gegner gesiegt. Hier habe aber jedenfalls die Lokalfrage wiederum eine Rolle gespielt. Die Mitgliederzahl des Zentralwahlvereins ist gegen die im vorigen Jahre um circa 200 gestiegen und beträgt 2363. Die Zahl verteilt sich auf folgende Orte: Velten 680, Marlow 118, Stremmen 50, Hennigsdorf 106, Seehausen 56, Votsdam-Eiche 303, Vornim-Vornsdorf 78, Geltow 39, Rauen 114, Reglin 43, Spandau 718, Staaten 32, Bülow 25, Fehrbellin 5, Linum 5 und Perwenitz 4. Die Verhältnisse der Presse haben sich im allgemeinen gebessert. Es waren im vorigen Jahre 1697 Abonnenten der „Brandenburger Zeitung“ zu verzeichnen. Diese Zahl ist bis jetzt bereits auf 2042 gestiegen. Abonnenten des „Vorwärts“ sind circa 1200 vorhanden. Aber diese Erfolge dürfen uns nicht abhalten, tatkräftig weiter zu arbeiten. Ein tüchtig Stück Arbeit ist noch zu leisten.

Den Kassenbericht gibt an Stelle des durch Krankheit verhinderten Kreisfiskalierers Schmidt Genosse Paris. Einer Einnahme von 7046,54 M. (daranter befinden sich 1425,65 M. für die Kassen) stehe eine Ausgabe von 4008,83 M. gegenüber. Hierunter befinden sich 1925,65 M. für die Kassen. Die Ausgaben für den Kassenfonds sind um 500 M. größer als die Einnahmen, weil 500 Mark von der vorigen Generalversammlung bewilligt waren. Den Kassenbestand beträgt 4500 M. Listengelb zur Ueberwachung an die Kassen 475,75 M. Zu Punkt Anträge beantragt der Genosse Paris über eine Entschädigung des Kreisfiskalierers zu beraten.

Es folgt nun die Beratung der gestellten Anträge, diese lauten:

1. Antrag Spandau: Der Zentralvorstandsbericht soll vier Wochen vor der stattfindenden Kreis-Generalsversammlung den Zweigvereinen zugehen.

2. Antrag Spandau: Zulassung eines Mitgliedes in der „Vorwärts“-Verkskommission.

3. Antrag Spandau: Zulassung einer kleinen Aenderung der Organisationsform für Spandau.

4. Antrag Rauen: Zur Agitation für die Landbevölkerung alljährlich ein Flugblatt herauszugeben.

5. Antrag Paris: Vergütung des Kreisfiskalierers.

Im Laufe der Debatte ging noch ein Antrag Liebknecht ein: Die heutige Generalversammlung beschließt, dahin zu wirken, daß vom „Vorwärts“ für die Spandauer eine Extrablatt herausgegeben wird. Die Kosten hierfür haben die Spandauer Genossen aufzubringen.

Genosse Trompler-Spandau zog darauf im Namen der Spandauer Delegierten den Antrag zugunsten des Antrags des Genossen Dr. Liebknecht zurück. Antrag 1 wurde angenommen mit der Aenderung, daß anstatt vier Wochen vor der Kreis-Generalsversammlung der Bericht 14 Tage vorher erscheint. An Stelle des Antrags 2 wurde der Antrag Liebknecht einstimmig angenommen. Der Antrag 3 gelangte nicht zur Abstimmung. Antrag 4 wurde einstimmig angenommen.

Dem Kaiserer wurden 100 M. Vergütung bewilligt. Auf Beschluß der Delegierten erfolgte eine Vereinfachung der Abrechnungsformulare.

Auf Antrag des Genossen Krumnow-Reglin wurde beschlossen, daß die nächste Kreisgeneralversammlung in Reglin tagt. Rimmeyer erhielt der Genosse Dr. A. Liebknecht zu seinem Vortrage: „Das Organisationsstatut“ das Wort. Redner tritt für eine straffe Zentralorganisation ein und streift kurz die Beschlüsse, welche auf dem letzten Parteitag in dieser Frage gefaßt wurden. Auch berührt Redner die Stellung der süd-

deutschen Genossen zu der „Vorwärts“-frage, das heißt dazu, ob der „Vorwärts“ Zentralorgan bleiben oder Lokalblatt werden soll. Ferner geht Redner auf unsere augenblickliche politische Lage ein, erwähnt die russische Revolution, die die Vorgänge in Sachsen und den Fall Löbe. Zum Schluß kommt Redner auf den am Sonntag, den 21. Januar geplanten Landtagswahlrechts-Protest zu sprechen. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

Die Generalversammlung befreit die freie Annahme unserer Diplomaten, über die Köpfe des deutschen Volkes hinaus über Krieg und Frieden heimlich zu entscheiden. Sie befreit die Bestrebungen einer reaktionären Clique, aus Anlaß des Marokko-Konfliktes, der das deutsche Volk hinführen will, die europäischen Kulturvölker in einen brüdermörderischen Krieg zu hegen. Die Generalversammlung erklärt, daß diese Kriegstreibereien nur dem Zweck dienen können und sollen, das revolutionäre Proletariat zu Boden zu werfen, das in erster Linie die Kosten eines Krieges zu tragen haben würde. Die Generalversammlung spricht dem französischen Proletariat seine vollste brüderliche Sympathie aus und bekräftigt von neuem, daß die Interessen des internationalen Proletariats gegenüber einem Kriege und gegenüber der internationalen Reaktion ein sind.

Genosse Staub-Votsdam erstattet den Bericht der Preßkommission der „Brandenburger Zeitung“. Die „Brandenburger Zeitung“ habe mit einem Defizit von 40 M. wöchentlich gearbeitet, welches aber durch die neuen technischen Einrichtungen wieder weit gemacht werde. Er, Redner, sowohl als auch sämtliche Preßkommissions-Mitglieder seien gegen die Stellungnahme der „Brandenburger Zeitung“ im „Goswartz“-Konflikt gewesen.

Die Tagesordnung war hiernit erschöpft. Der Vorsitzende, Genosse Paris, schloß um 6 1/2 Uhr die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis hielt für das Köpenicker Viertel am 16. Januar in der „Draehengruß“ vor dem Schlesischen Tor eine Versammlung ab. Nachdem der verstorbenen Mitglieder ehrend gedacht worden war, erlebte man verschiedene Partei- und Vereinsangelegenheiten. Namentlich wurde, anknüpfend an die jetzt vollzogene Einteilung des Wahlvereins in fünf Agitationsbezirke, eine möglichst intensive Agitation angeregt.

Reichstagsabgeordneter Schöpflin hielt dann an Stelle des verhinderten Genossen Grunwald einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Reichsfinanzreform und Sozialdemokratie“. Eine Diskussion fand nicht statt.

Ein Vertreter des Verbandes der Gastwirtschaftlichen sprach den Wunsch aus, daß die Organisationen des Verbandes den Kleinern angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen usw., unterstützen möchten.

Viertelwahlkreis. Für das Köpenicker Viertel fand am Dienstag im Lokal „Südost“ in der Waldemarstraße eine Versammlung statt. Genosse Jenisch hielt einen Vortrag über das Thema: „Glaube des Proletariats“. Der Redner stellte dem religiösen Glauben, der die eigentliche Bestimmung des Menschen ins Jenseits verlegt, die Anschauungen des modernen Proletariats gegenüber, welches an die Verwirklichung der höchsten Menschheitsideale in einer nicht zu fernem Zukunft glaubt. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Im Sinne des Referenten sprach noch Genosse Stumpe. Die Versammlung endete mit der Aufforderung seitens des Vorsitzenden und Referenten zum regen Besuch der am Sonntag stattfindenden Protestversammlungen und dem Ersuchen, sich am Sonntag, aller etwaigen Provokationen zum Trotz, ruhig und besonnen zu verhalten.

Sechster Wahlkreis. „Internationalismus und Sozialismus“ war das Thema des Vortrages, den Genosse Dr. Michels aus Marburg am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung des Wahlvereins hielt, die im Schweinmünder Gesellschaftshaus stattfand. Der Redner benutzte einleitend, daß die größte Aufgabe, die Karl Marx erfüllt habe, die sei, mit den bürgerlichen Vorurteilen aufzuräumen zu haben, und so habe er auch den Begriff des Staats auf seinen eigentlichen Wert zurückgeführt und erkannt, daß der Staat nie etwas anderes gewesen ist, als ein Ausdruck der jeweilig herrschenden Klassen. Im Sprachgebrauch verheißt man nun allerdings unter „Vaterland“ etwas anderes als unter dem Worte „Staat“; praktisch meinen die Herrschenden jedoch mit dem Vaterland, das man lieben solle, den jenseitig bestehenden Staat. Der Redner wies hier auf die ergründete Umpolung der „patriotischen Gefühle“ hin, wie sie innerhalb Deutschlands besonders stark im Jahre 1866 bei der preussischen Annexionierung zutage trat, und schilderte dann den Internationalismus der herrschenden Klassen, die als Kaufleute ihre Waren in dem Lande einzukaufen, wo sie am billigsten sind, und als Arbeitgeber ohne irgend welche nationalen Rücksichten die billigsten und willigsten Arbeitskräfte heranzuziehen. So seien die nationalen Gegensätze zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder nur scheinbar vorhanden, während überall eine scharfe Scheidung zwischen dem Proletariat und den Besitzenden hervortrete. Der Redner führte verschiedene Beweise dafür an, wie sich die Hegensätze der Lebensauffassung der beiden Klassen in der Moral, der Rechtspflege usw. geltend machen. Die selbstverständliche Pflicht des Proletariats sei es, auch hier international zu sein. Das Vaterland des Proletariats sei seine Klasse und in weiterem Sinne die ganze Menschheit. Wohl kann auch der Proletarier im engeren Sinne des Wortes sein Vaterland lieben, und zwar insofern dieses allen eine gute Mutter sei, die allen ihren Kindern die gleiche Fürsorge widme und Gerechtigkeit walten lasse. Hier handele das Proletariat im Sinne der Worte Goethes aus dessen Gesprächen mit Eckermann: „Was heißt denn: sein Vaterland lieben, und was heißt es denn: patriotisch wirken? Wenn ein Dichter lebenslänglich bemüht war, schädliche Vorurteile zu bekämpfen, engherzige Ansichten zu beseitigen, den Geist seines Volkes aufzuklären, dessen Geschick zu reinigen und dessen Gefinnungs- und Denkweise zu veredeln; was soll er denn da besseres tun und wie soll er da patriotischer wirken?“ — Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion verlangte niemand das Wort. Der Vorsitzende forderte zu eifriger Agitation für die Versammlungen am Sonntag auf und ermahnte die Genossen, auf die eiferregenden Berichten der Scharfmacherpresse vom Schlage der „Post“ hinweisend, allen Provokationsversuchen entschieden entgegen zu treten.

Die Arbeiter der Straßenbahn-Hauptwerkstätten befaßten sich am Dienstag im Bernhard-Rose-Theater erneut mit der jüngst erfolgten Wählerregelung der Frauenklassen-Delegierten. In dieser Angelegenheit war auf Beschluß der vorigen Versammlung eine Kommission beim Direktor Dr. Ritz bestellt worden. Die Antwort des Herrn Direktors hat die Kommission allerdings nur wenig befriedigt; sie beschränkte sich lediglich auf einige nichtssagende Erklärungen, wie sie in einer Berichtigung, die von der Direktion auf den letzten Versammlungsbericht hin an die Presse versandt wurde, enthalten war. In der Berichtigung wurde nämlich behauptet, daß die Entlassung der Delegierten wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation erfolgt sei; sie habe sich lediglich wegen der „verminderten Arbeitsgelegenheit“ notwendig gemacht. Eine politische Wählerregelung habe nicht stattgefunden, sie hätte auch keinen Sinn gehabt, da ja an Stelle der ausgeschiedenen Delegierten ihre Stellvertreter auftraten, die ebenfalls vom Verbände aufgestellt worden seien. Andererseits aber könne die Direktion weiter ihren Bedenken nicht Leute dulden, die agitieren und ihre Kameraden verheßen. — Mit Recht wurde in der Versammlung betont, daß hier ein Satz den anderen aufsteht. Uebrigens sei es auch falsch, daß

Die Stellvertreter der Delegierten vom Verband aufgestellt sein; dies seien im Gegenteil Leute des von der Direktion so liebedürftig protegierten Vereins der Straßenbahnangestellten. Gerade darin, daß diese Stellvertreter behalten und die Verbandsdelegierten entlassen wurden, trägt die Enklavierung eben den Charakter einer Maßregelung, der durch alles Ausschließen nicht verwischt werden kann. Von der Versammlung wurde denn auch eine Resolution in diesem Sinne einstimmig angenommen.

Die Fiskale Berlin des Bergarbeiterverbandes hielt am Montag im großen Saal der Arminhallen eine Generalversammlung ab. Der Kassierer E. Krüger erstattete den Kassierenbericht für das 4. Quartal 1905. Der Bestand vom 3. Quartal betrug 240,75 M. Im 4. Quartal wurden insgesamt 3792,45 M. (einschließlich jenes Bestandes) eingenommen. Die Fiskalausgabe betrug 808,85 M., so daß 2983,60 M. blieben. Davon wurden 2708,77 M. auf die Hauptkasse abgeliefert. Beim Beginn des neuen Vierteljahres war demnach ein Bestand von 279,83 M. vorhanden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. — Den Jahresbericht des Vorstandes gab der Vorsitzende Delet. Er konnte über eine ganze Reihe von Klänkelein mit dem Unternehmertum berichten. Zu größeren Differenzen kam es im verfloffenen Jahre nicht. Der Mitgliederbestand blieb stabil. Diskutiert wurde nicht über die Berichte. — Die Neuwahl der Fiskalfunktionäre nahm wenig Zeit in Anspruch. Es wurden en bloc wiedergewählt der bisherige Vorstand, die bisherigen Revisoren, die bisherigen Bibliothekare. — Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden Sahn und Delet wiedergewählt. — Auf Anregung aus der Versammlung wurde beschlossen, die Befolungsfrage zu regeln. Man erhöhte das Gehalt des ersten Vorsitzenden auf 30 M. pro Monat. Nach wie vor sollen der erste Kassierer monatlich 30 M. und der zweite Kassierer monatlich 15 M. erhalten. — Die Wahl von Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes, welche demnächst in Leipzig stattfinden, betraf der nächste Punkt der Tagesordnung. Bei der Personfrage kam es zu einer längeren Debatte, in der auch die Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband erörtert wurde. Es war nämlich darauf verwiesen worden, daß bei der Wahl zum Holzarbeiterverband erklärt hätten, und zugleich hatte man angeregt, jeden Kandidaten zu einer Aeußerung über seine Stellungnahme zu veranlassen, damit die Versammlung bei der Abstimmung darüber unterrichtet sei. Dieser Anregung gemäß wurde beschlossen. — Zu Delegierten wurden gewählt: Ambrosch, Schulz, Kummelsburg, Hartmann, Krüger, Delet, Höpfner und Schulz-Ridorf. Sämtliche Delegierte sind für den Uebertritt zum Holzarbeiterverband. — Darauf wurde über die Anträge zur Generalversammlung verhandelt. Der § 72 des Verbandsstatuts bestimmt jetzt: „Eine Auflösung des Verbandes kann nur erfolgen, wenn dieselbe auf einer zu diesem Zwecke einberufenen Generalversammlung mit Vierfünftel-Majorität beschlossen wird.“ Folgenden Zusatz beantragte der Hauptvorstand: „Handelt es sich jedoch um den Uebertritt respektive Anschluß an eine größere Organisation, so genügt es, wenn sich bei einer zu diesem Zweck vorgenommenen Abstimmung zwei Drittel aller Abstimmenden dafür erklären, und ist jede ordentliche und außerordentliche Generalversammlung kompetent, den Uebertritt respektive Anschluß des Verbandes an eine größere Organisation zu beschließen.“ Die Versammlung erklärte sich gegen vereinzelte Stimmen für diesen Antrag. — Unter den anderen Anträgen, welchen die Versammlung noch zustimmte, befindet sich auch der, daß der Hauptvorstand befugt sein soll, gemeinschaftlich mit dem Hauptgeschäftsführer in besonderen Fällen Extrabeiträge zu erheben. Ein Interimstrag aus der Versammlung, eine Grenze nach oben zu setzen, dahin, daß Extrabeiträge nur bis zur Höhe von einer Mark pro Woche erhoben werden dürften, wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt. — Im „Verschiedenen“ erledigte man eine Anzahl Vereinsangelegenheiten. Beschlössen wurde, aus dem Lokalfonds 500 M. dem Vergütungs-fonds zu überweisen.

Deutscher Kürschnerverband Die Fiskale Berlin hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Zunächst wurde die Wahl des Delegierten zu dem bevorstehenden Verbandstag, der in Weihenfeld stattfindet, vorgenommen. Gewählt wurde Dittmann und als Ersatzmann Unterbusch. Sodann wurde über Anträge zum Verbandstag beraten. Gutgeheißen wurde ein Antrag auf

Erhöhung der Beiträge für männliche Mitglieder von 30 auf 40 Pf. und für weibliche von 15 auf 20 Pf.; ferner ein Antrag, die jetzt bei größeren Lohnkämpfen üblichen Extrabeiträge durch erhöhte Beitragsmarken zu ersetzen, und schließlich ein Antrag, der sich gegen die Heimarbeit und das Preisverweigererium im Kürschnergewerbe richtet und die Mitglieder auffordert, so viel wie irgend möglich die Arbeit innerhalb der Fabriken vorzuziehen. Ein Antrag auf Einführung geregelter Reiseunterstützung wurde von der Generalversammlung abgelehnt.

Sodann gab der Vorsitzende Krause den Bericht der Ortsverwaltung, der sich fast nur auf die letzten zwei Monate des verfloffenen Jahres erstreckte, in denen der Rechner als Leiter der Fiskale tätig war. Er bemerkte unter anderem, daß der große Streik im verfloffenen Jahre den wünschenswerten Erfolg nicht in welchem Maße gebracht habe. Jedes Mitglied müsse nun nach besten Kräften danach streben, das Verfallene wieder gut zu machen. — In der Diskussion berichtete der frühere Vorsitzende Dittmann über die große Zahl von Versammlungen und Sitzungen, die während der Streikbewegung abgehalten wurden und von dem Eifer zeugen, mit dem hierbei gearbeitet worden ist. — Der Kassierer Dreißblatt verlas sodann die Abrechnung vom 4. Quartal und die Jahresabrechnung. Im verfloffenen Jahre beliefen sich die Einnahmen, samt dem alten Bestand von 73,28 M., auf 13 788,93 M., die Ausgaben auf 12 335,68 M., so daß 453,25 M. übrig blieben. Für Streikunterstützung wurden 7900 M. ausgegeben, für den Streik in Marktsandstedt 400 M., an die Hauptkasse gesandt 897,09 M. Die Reinnahmen der Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: Erster Kassierer Dreißblatt, zweiter Kassierer Brenndie, erster Schriftführer Krause II, zweiter Schriftführer Zillmann, Peißker: Nischke, Secht, Unterbusch, Poppi und Laska. Als Revisoren wurden Zillmann, Stefflea und Güttnier gewählt.

Der Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt, ebenso die Neuwahl zu diesem Amt.

Vermischtes.

Weihnachtspostkarte 1905 im Reich. Der letzte Weihnachtsverkehr weist im Reich noch mehr als in Berlin eine beträchtliche Steigerung auf. Nach einer von dem Reichspostamt aufgestellten Statistik wurden in den 69 Städten des Reichspostgebietes, die nach der vorliegenden Volkszählung über 50 000 Einwohner haben, Weihnachtspostkarten 1905 11 010 602 Paare aufgegeben und bestellt. In Betracht gezogen sind überall die 14 Tage vom 12. bis zum 25. Dezember einschließlich. Die 69 Städte hatten am 1. Dezember 1900 zusammen 11 264 559 Einwohner, sodas merkwürdigerweise ungefähr gerade 1 Palet auf jeden Einwohner läme, wenn sich die Städte inzwischen nicht erheblich vergrößert hätten. Weihnachtspostkarten 1904 hatte die Zahl der aufgegebenen und eingegangenen Paare 10 638 797 betragen. Der Zuwachs gegen das Vorjahr beträgt also 371 805. Aufgegeben wurden 1905 6 082 213 oder 166 118 mehr als im Vorjahr. Der Eingang betrug im letzten Weihnachtsmonat 4 928 889 oder 205 092 mehr als das Jahr vorher. Der Gesamtverkehr ist nur in 7 von den 69 Städten um einige Hundert zurückgegangen und zwar in Dortmund um 136, in Braunschweig 1057, Mühlhausen i. E. 262, Reg 31, Frankfurt a. D. 352, München-Gladbach 696, Gleiwitz 474. Im einzelnen betrug der Gesamtverkehr in Lausden in Hamburg 627, Leipzig 738, Dresden 530, Breslau 373, Köln 302, Frankfurt a. M. 417, Hannover 273, Magdeburg 177, Stettin 159, Chemnitz 209, Düsseldorf 194, Königsberg 171, Eilen 97, Bremen 174, Altona 96, Duisburg 76, Elberfeld 154, Halle 134, Stralsburg 155, Dortmund 92, Barmen 123, Rammstein 114, Danzig 104, Aachen 93, Gelsenkirchen 49, Braunschweig 121, Kiel 132, Bielefeld 100, Krefeld 102, Kassel 114, Bochum 49, Karlsruhe 97, Mühlhausen 27, Wiesbaden 117, Erfurt 118, Mainz 84, Lübeck 71, Götting 75, Wilmshausen a. d. R. 30, Wladan 108, Plet 85, Darmstadt 81, Weim 82, Rastatt 71, Bielefeld 93, Zwickau 55, Hagen 50, Spandau 29, Frankfurt a. D. 53, Freiburg 69, Potsdam 82, Remscheid 51, München-Gladbach 41, Gera 52, Königshütte 13, Siegen 52, Aostad 54, Elbing 29, Gleiwitz 25, Bromberg 48, Osnabrück 50, Weihen 24, Dessau 97, Hannover 17, Offenbach 65.

Bei einer Explosion getötet. Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Auf den Höchster Farbwerken fand vorgestern eine Kesselexplosion statt. Der Kessel sprang mit furchtbarem Knall in die Luft. Ein Arbeiter namens Pleines wurde getötet.

Eingegangene Druckschriften.

„La conference d'Algésiras“. Paris (bei Berger-Levrault u. Cie.) 224 Seiten und 8 Karten, 5 Franc.
Monatschrift für christliche Sozialreform. Abonnementspreis: Halbjahr 3,20 M. Einzelheft 80 Pfennig. Verlag Böhrer u. Dreßler, Zürich (Schweiz).
Kerikalismus und Laizismus. Das Laizementum im Ultramontanismus. Von Dr. Leopold Karl Götz, Frankfurt a. M. Neuer Frankfurt Verlag. Preis 1,80 Mark.

Briefkasten der Redaktion.

Wettende 150. Wasfen nicht. — S. S. 1. In derartigen Theatern werden fast nur Sachen überzogen und leichten Genres aufgeführt und fällt deshalb auch die Besprechung dementsprechend aus. Ein Vergleich mit eigentlichen Theatern ersten Charakters ist darum auch gar nicht angängig. Gerade solche Anträge, welche schon an sich jeden allgemeinen Interesses entbehren, zur Zufriedenheit zu erledigen machen durch zeitraubendes Nachschlagen die meisten Genossen der Redaktion nicht mehr zur Verfügung haben. 2. Die erste Reichstagswahl nach Festlegung der fünfjährigen Legislaturperiode fand 1890 statt. Wegen Nichtannahme der vom Bundesrat vorgelegten Militärvorlage wurde dieser Reichstag 1903 aufgelöst. — Charlottenburg 16. Sie dürfen nur für zwei Kandidaten stimmen.
S. S. 163. Im allgemeinen genügen die Volkskulturmittel. — S. S. 163. Wobbit. Wenden Sie sich an die Zentralkommission der Krankenkassen, S. O. Engelstr. 15. — S. S. 92. Wilhelm Ding, Pringstr. 68. — Wette 1. S. 123. Die Bären bilden eine eigene Gattung der Raubtiere. — S. S. 100. 1. Fragen Sie beim Charlottenburger ev. Berliner Wohnnerveldamt (Postfach 100) nach. 2. 25 Pf. — Neuer Abonnent. Bitte Adreßbuch, 2. Band, Teil II nachlesen. — S. S. 30. Potsdam. Redaktion der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“, Etellin, Schulstr. 25. — S. S. 4. 1/2 x 1/2 = 2/4 = 1/2. — „Hs-Ges.“ Lassen Sie sich das Bücherverzeichnis der Buchhandlung Vorwärts senden. — S. S. 1. Wenden Sie sich an die königliche Münze. 2. Bureau des Reichstags. 3. Brenner-Reitung“, Bonn, Kaiserstr. 34. — S. S. 15. Mitteilungen anderer Blätter können wir nicht auf Richtigkeit prüfen. — J. S. Umsturzvorlage wurde 1894 eingebracht, 1895 verscharrt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschallendirektion. Weizen Ia 62-65 pr. 100 Pfund, Ha 54-60, Ha 48-52, IVa 40-46, Roggen Ia 62-65, Ha 70-80, Ha 56-68, Kammerweizen Ia 65-75, Ha 56-64, Schweinefleisch 68-75, Rindfleisch 60-65, 0,50 Pf. Haken Stück 3,00-3,40, mittel 2,00-2,50, Rindfleisch 0,40-0,95, Hühner pro Stück, alte 1,50-2,50, junge Ia 0,70-0,90, IIa 0,00-0,00, Tauben, junge 0,55-0,70, alte 0,50, Enten, junge 2,00-2,50, Gänse pr. Pfd. Ia 0,60-0,65, Ha 0,00-0,00, russische 0,40-0,55 M. Schellfische 26-28 M., Runder 20-27 M. pro 100 Pfd. Schmalz 0,00-0,00 M. Schmalz unsortiert 0,00-0,00 M. Kase, groß 0,00-0,00, mittel 0,00-0,00, klein 0,00 M., Käse 21-26 M., Karfen um 0,00 M., Lachs 0,00 M. Schattliche Butterlinge (gelassen) 40-44 M. Eier, Schod 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 114-117, Ha 110-114, IIIa 105-110, abfallende 0,00-0,00. Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, Roten 0,00-0,00, blaue 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Birninglobl pr. Schod 7,00-12,00, Weizlobl pr. 100 Pfd., 2,75-3,25 Kottlobl pr. Schod 6,00-10,00, hell 14-17 M. Same Gurken, Schod 2,00 M., Pfeffergurken 2,00 M.

Witterungsbericht vom 17. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0-10 m	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 0-10 m
Eutinende	757	SW	6	bedeckt	4	Dacharanda	746	SW	6	bedeckt	1
Hamburg	753	SW	8	Regen	8	Bilna	769	SW	1	wolkig	-1
Berlin	761	SW	3	Regen	6	Seibitz	763	SW	4	wolkig	0
Frankfurt a. M.	763	SW	4	bedeckt	9	Überdeuz	744	SW	3	bedeckt	3
München	771	SW	2	bed. bb.	-1	Paris	764	SW	5	bedeckt	3
Wien	774	SW	-	bed.	-3						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 18. Januar 1906. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Berliner Theater.
Abends 7 1/2 Uhr:
Kean.
Freitag: Edles Blut.
Sonnabend: Der Widerspänstigen Zähmung.

Theater.
Donnerstag, den 18. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyrenand. Lohengrin. (Anfang 7 Uhr)
Schauspielhaus. Prinz Friedrich von Hamburg.
Neues Opera-Theater. Geschlossen.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Kean.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Welden. Der Postillon von Longjumeau.
Veltung. Die Erziehung zur Ehe. — Die stille Forderung.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag: Liebesleute (Amants).
Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein Sommernachtsstraum.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Hidalla.
Freitag:
Ghetto.

Zentral-Theater
(Operette). 8 Uhr:
Vogelhändler.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Der Störenfried.
Freitag zum erstenmal: Pension Schöller.
Sonnabend: Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag nachmittag: Die lustigen Weiber von Windsor.
Montag: Pension Schöller.
Die Diensthöten.

Walhalla-Theater
Nach Afrika, nach Kamerun.
Aussit. Hofse mit Gef. u. Long in 6 Bild. Anf. 8 Uhr. Klängen überall geklattert.

Schöneberger Wintergarten
Golzstraße 9.
Täglich Theater und Spezialitätenvorstellung.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Sternwarte, Jannalbenstr. 57/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ueber unsere Kraft. (I. Teil.)
Schauspiel von Hjortkrantz Hjortson.
Freitag, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zwei glückliche Tage.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Hans.
Drama in 3 Akten von Rag Dreher.
Freitag, abends 8 Uhr:
Cyprienne.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Cyprienne.

Freie Volksbühne.
Donnerstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im Gewerkschaftshause.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Frau Lily Braun über: Goethe und die Jugendziehung. 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion und Verschiedenes.

6. Serie: im Carl Weiß-Theater:
Ein Frühlingsopfer.
Schauspiel in 3 Akten von E. Kaiserling.
7. Serie: im Metropol-Theater:
Kater Lampe.
Komödie in 4 Akten von Emil Rosenow.

13. Kunst-Abend im Rathaus
Mittwoch, den 14. Februar zum Gedächtnis des Dichters **Heinrich Heine.**

Sonntag, 21. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Metropol-Theater.
7./8. Abteilung
Maria Magdalene.
Amphitryon
und
Die Frage an das Schicksal.

Der Vorstand. In Vertr. die Geschäftsstelle: G. Winkler.

Komische Oper.
Friedrichstr. 104/101a.
Donnerstag, 18. Jan., abends 8 Uhr:
Die Bohème.
Freitag: Der Corregidor.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag nachmittags 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Hoffmanns Erzählungen.
Abends 8 Uhr: Der Corregidor.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Hill. Brunnenstr. 16.
Benefiz f. d. Oberregisseur A. Seelen:
Winterstürme
oder: Der Liebe Nacht.
Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Großer Benefiz-Ball.

Zirkus Albert Schumann
Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:
Elite-Abend. Gala-Programm. II. a. a.:
Zum 3. Male:
Eine wirkliche Sensation! Direkt aus Nord-Amerika! Absolute Novität!
Miß Able Mitchell und ihre
20 schwarzen 20 Tennessee-Studenten
ferner die großartigen neuen Spezialitäten und die phänomenale **Mirza-Golem-Truppe.**
Zum Schluß: Kleinstadtl!
Die diesjährige große Ausstattungs-pantomime in 9 Abteilungen:

Femina,
das neue Frauenreich.
Sieben wunderbare Bilder, mit sich von Akt zu Akt steigenden Effekten und die mächtigste schöne **Schlus - Apotheose.**

Folies Caprice
Budapester Possen-Theater
132 Lindenstr. 132.
Ecks Friedrichstraße.
Zum 123. Male:
Nach d. Zapfenstreich.
Vorher: **Der Beheme**
u. d. ausgezeichn. Spezialitäten!
Anfang 8 Uhr.
Vorher: 132. v. Wothaim u. an der Theaterkassette von 10 Uhr nachmittags an.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Sattlerich Schwan in 3 Akten von F. Konec und F. Gausel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: **Der Schlafwagenkontrollleur.**

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr
Die lebende Bräute auf Cuba.
Sensationelles amerik. Lustspiel mit Gef. u. Ballett in 7 Bildern von James Fog.
Sonnabend, den 20. Januar, nachmittags 4 Uhr Kindervorst.: **Aschenbrödel.**

XI. Berliner Saison.
Zirkus Busch.
Zum 60. Male:
Die neueste und größte Sehenswürdigkeit Berlins:
Indien.
Orig.-Pantom. des Zirk. Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens und Elefanten-Kämpfe. Sensationell! Sensationell!
Mr. Norton Smith, Amer. berühmtester Pferdehändler. Unter anderem wird ein von Herrn Kroll, Soldinerstraße, angemeldetes Pferd vor den Augen des Publikums gezücht und bebt.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr:
Gastspiel Ad. Philipp.
ER und ICH
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich“.

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Walter Steiner
Humorist.
Acosta
Kraft-Jongleur.

Stadt-Theater Moabit
III-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, 18. Januar er.:
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters
Ihre Familie
oder: Die Töchter des Arbeiters.
Vollständ. mit Gefang in 3 Akten von Schinde und Engels mit Gastspiel des Dr. Wilh. Richter vom Gebr. Richter-Theater.
Anf. 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Urania Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Theising:
Kann man die Abstammungslehre
beweisen?

Sternwarte Invalidenstr. 57/52.

Castans
Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Ohne Extra-Entree.
Heute und folgende Tage:
Zum ersten Male
in den Räumen der 1. Etage:
Bergbewohner
Ahessiniens.
65 Eingeborene
Männer, Weiber und Kinder.
Eintritt 50 Pf.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.

Die Wetterfahne.
Sonntag nachm.: Die herbe Frucht.

Apollo-Theater.

8 Uhr: **Prinzess Rosine**
von Lincke.
Hierauf die glänzende **Spezialitäten** mit
Katsukuma Higashi
Meister der Selbstverleibungslehre
Jiu-Jitsu.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner
Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater
Anfang 8 Uhr.

!Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.
Sonnabend, den 20. Januar cr.:

Il. großer Metropol-Theater-Ball.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a.
Dir. W. Reimer.
Sonn-, Mont-, Donnerst.:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
und Tanzkränzen.
Sonn-, Di., Do., Freitags 8 Uhr
Dienstags und Mittwoch
Theater-Abende.
Gastsp. d. Löwe-Ensembles.
Sonn-, f. d. gr. Theateraal
u. d. kleineren Säle zur
nächtl. Saison werden schon
jetzt entgegengenommen.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.
Um 9 1/2 Uhr: Auftreten
des berühmten Stegreifdichters
Paul Steinitz.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
in den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Elysium

Randberger Allee
Nr. 40-41.
Hr. C. Eisermann.
Jeden Donnerstag:
Original-
Karburger Sänger.
Direktion: C. Frick und
F. Kasche-Krause.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 10 Pf.
Nach der
Colloc: **Tanz.**

Neueste Sehenswürdigkeit Berlins!

Volks-Museum.
Friedrichstraße 112a. Am Oranienburger Tor.
ca. 2000 Ausstellungsobjekte.
Mechanische Kolossalgruppen in hier noch nicht
gesehenen künstlerischer Vollendung.
Volkskrankheiten u. deren Bekämpfung.
Anatomie und Samariterlehre etc. etc.
Täglich geöffnet von früh 9 Uhr bis abends 10 Uhr.
Entrée 30 Pf., Soldaten und Kinder 20 Pf. - Für sämtliche
Räume ohne Nachzahlung 60 Pf. 76/5*

Dritter Wahlkreis.

Sonnabend, den 20. Januar, in den Gesamträumen des Gewerkschaftshauses,
Engel-Ufer 15:

Fünfzehntes Stiftungsfest.

Konzert ausgeführt von Zivilberufsmusikern.
Gesangsvorträge (Kongersängerin Frau Klosscock-Müller, Fr. Elsa Sand,
Opernsänger Georg Ritter.
Reigenfahren des Arbeiter-Radf.-Vereins „Solidarität“.
Großer Ball. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 8 1/2 Uhr. **Billett 30 Pf.**
Der Vorstand.

Tabakarbeiter u. Arbeiterinnen!

Freitag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
in Dräuels Festsälen, Neue Friedrichstr. 35:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Stellungnahme der Parteien im Reichstage zur Tabaksteuer, mit besonderer Berücksichtigung der Zigarettenpapier-Steuer. Referent: Kollege Franz Schmidt.
2. Der von der Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands einberufene Kongress und Wahl der Delegierten hierzu. Referent: Kollege Wilh. Börner.
187/3 Die Zentralkommission der Tabakarbeiter. V. A.: Karl Sutz.



Otto Reutter.
Klein-Familie, Kunstradfahrer.
Ernst Perzina, dressierte Affen.
Lola Hawthorne, amerikanische
Sängerin.
Elmo u. Recco, amerikanische
Exzentriker.
Yulian Familie, Akrobaten.
Die drei Holloways, Drahtseil-
künstler.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Die Meiningen, Hundepantomime.
„In Schottland“, Ballett-
Divertissement in ihrer
Szene.
Burke, Andrus u. Frisco
Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

Gebrüder

Herrnfeld-
Theater.
Heute und folgende Tage
die von der gesamten Berliner
Presse als
„der größte Schlager“ ein-
stimmig anerkannte dreitägige
Komödie

Familientag
im Hause Prellstein
mit
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Auf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 Uhr.

Gustav Behrens
Spezialitäten-
Theater
Frankfurter
Allee 85.
Der größte Schlager der Saison!
Rentier W u d i e s Abenteuer
auf dem Metropolball
oder:
Die kleinen Mädchen von Berlin.
Gr. Ausstattungspolke m. Gef. u. Tanz.
Am zweiten Abde:
Die 6 schönen Manolisigaretten.
Kuh er dem: 16 Spezialitäten.

Otto Pritzkows

Berliner Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Riesen-Weihnachts-Programm!
Neu! Die Elite-Lilliputaner-Truppe,
die reinsten Sängerinnen u. Ver-
tragskünstler der Welt. Riesen
Hana, 485 Hb. schwer. Opullo, der
Reich ohne Gefühl. Mno! Mno!
Mno! frei in der Luft schwebende
Lürkin. Heilscharin Armida, wahr-
scheinlich Wunderdame. Pluto,
Wunderbahn, geb. mit 4 Beinen,
2 Köpfe, 1 Kopf, lebend. etc.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Ob. Dörf.
Täglich 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Das
Riesen-Januar-Programm.
Die 3 Harders, Berliner
ehemal. Mngl. d. Orgelmann-Truppe.
The Baretts,
normische Pantomimisten.
Paulas Beichte,
Burdette von W. Geriako.
Der treue Hund und 11 Elite-
Nummern.
Familienlusten in allen Barbier-
Klubs u. Zigarettengeschäften sowie im
Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Baugewerbl. Arbeiter Berlins u. der Vororte!
Montag, den 22. Januar 1906, pünktlich 8 Uhr abends:

Große Versammlung
aller im 300/2
Baugewerbe beschäft. Arbeiter
im großen Saale der „Neuen Welt“, Hafentheide.
Tages-Ordnung:
Der Bauarbeitersynd., die steigende Zahl der Todes- und
schweren Unfälle im Baugewerbe und die Petition der
baugewerblichen Arbeiter.

Für die Bauarbeiterkongress-Kommission: G. Link.
Im Austr. der Organisationen der baugewerbl. Arbeiter Berlins:
Karl Heldmann, Hoppner, Lehmann, H. Schultz, C. Woltzel
Bauarbeiter, Dachdecker, Einseher, Glaser, Klempner.
Joh. Plum, E. Thöns, H. Neumann, A. Weiker, A. Gees
Maler, Maurer, Bagger, Steinbildhauer, Steinmetz.
O. Krebs, H. Sorg, W. Witt
Stuckateur, Tischler, Zimmerer.
Alle sonstigen Versammlungen haben an diesem Tage zu unterbleiben.

Witwe Maurer nebst Kindern.

Dankagung.
Für die Beweise der Teilnahme
und die Krampspende bei der Beerdigung
unseres geliebten Vannes,
Vaters, Schwiegervaters und Groß-
vaters sprechen wir allen Ver-
wandten, Bekannten und Kollegen
den herzlichsten Dank aus.
57932
Emma König und Kinder.

KNORR'S
Suppentafeln u.
Erbswurst.

Kenner
rauchen nur die Zigaretten
der Zigarren-Produktiv-
Genossenschaft in Dresden,
gegründet von den s. Z. **ausgesperrten** Dresdener
Zigarettenarbeitern.
Keine Unternehmerprofite! Nur Handarbeit!
Vorzüglichste Qualität.
In allen Zigarettengeschäften zu haben.
Beste 2 Pf. und 3 Pf.-Zigarette. 57922*
Fabriklager: Berlin 80., Köpenickerstr. 20a. Amt IV. 9460.

Lustspielhaus.
Täglich abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.

Kasino-Theater

Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Die goldene Brücke.
Schauspiel in 3 Akt. v. H. Stowronnek.
Im Neuen Theater 3. J. m. sensation.
Erfolg gegeben!
Vorher: Das brill. bunte Programm.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das
Opferlamm. 111/2

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

In der Treppengeländerfabrik **Jos. Detschler, Gubenerstr. 33**, sind sämtliche Arbeiter
ausgesperrt. Durch den Arbeitsnachweis der Gewerkschaft der gewerblichen Hilfsarbeiter, des
Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin, Kaiserstr. 37), werden der Firma
neue Arbeitskräfte zugeführt. Wir ersuchen die in Frage kommenden Bauarbeiter, uns in
diesem Kampfe zu unterstützen und überall die Vorzeigung der grauen Berechtigungskarte zu
verlangen. Die Karten müssen mit dem Stempel des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes
(Treppengeländerbranche) versehen und auf der Rückseite im Monat Januar abgestempelt sein.
79/7 **Die Branchenkommission des Holzarbeiter-Verbandes.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schraubens-
dreher
Konrad Höfler
am 14. d. M. verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 18. Januar,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Krankenhaus
am Urban aus nach dem neuen
Westenkirchhof in Rixdorf, Ger-
mannstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/20 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.
Hiermit die traurige Nachricht,
dass mein lieber Mann, unser
guter Vater, der Tischler
Emil Richter
verstorben ist. 57052
Die Beerdigung findet am
Freitag nachmittag 1 1/2 Uhr von der
Halle des Neuen West-
Kirchhofes am Fürstendammweg
aus statt.
Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Für die herzliche Teilnahme an dem
Tode meines geliebten Mannes sage
ich hiermit dem Verband der Zim-
merer, den Genossen im S. Berliner
Reichstags-Wahlkreis sowie allen
Freunden und Bekannten meinen
besten Dank. 10955
Witwe Maurer nebst Kindern.

Dankagung.
Für die Beweise der Teilnahme
und die Krampspende bei der Beerdigung
unseres geliebten Vannes,
Vaters, Schwiegervaters und Groß-
vaters sprechen wir allen Ver-
wandten, Bekannten und Kollegen
den herzlichsten Dank aus.
57932
Emma König und Kinder.

Dankagung.

Für die vielen Beweise der Bebe-
wollen Teilnahme beim Hinsterben
meines lieben Mannes sage ich allen
Bekanntem, sowie dem Wahlverein
Reinickendorf und dem Kulturverein
Einigkeit meinen herzlichsten Dank.
Ww. Berger, Reinickendorf.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Krampspenden
bei der Beerdigung meines guten
Schwiegerjohnes, des Gastwirts
Wilhelm Dorr
sage ich allen meinen herzlichsten
Dank. 19735
Schöneberg, Bahnh. 10.
Die trauernden Hinterbliebenen
Schwieger- und Großmutter.

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter
für Schöneberg u. Berlin
(E. G. R. Nr. 115).

General-Versammlung
am Sonntag, den 28. Januar 1906,
vormittags 10 Uhr,
im Lokale des Herrn Osh (Tunnel),
Reinigerstr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassen-
bericht. 3. Antrag Liebig. 4. Neu-
wahl des gesamten Vorstandes. 5. Ver-
schiedene Kassenangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um pünktliches Erscheinen der Mit-
glieder ersucht 299/4*
Der Vorstand.

Für Vereine!

Sonnabend, den 17. März, ist
frei gemorden und erster Osterfeier-
tag ist zu vergeben. 57892*
Gr. Frank-
Buß' Salon, Turmstr. 85.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV 3353.

Zur Beachtung!

In nachstehenden Lokalen errichteten wir neue Zählstellen, auf
welche wir hiermit aufmerksam machen:
Im Restaurant **Galle, Tüftlerstr. 12.**
" **Kersten, Göttingerstr. 15.**
" **Sachse, Greifswalderstr. 37.**
" **Lorenz, Schreinerstr. 4.**
" **Bähr, Stralauer Allee 1.**
" **Tieke, Richtenberg, Herbergstr. 23.**
" **Schulz, Brinzen-Allee 6.**
" **Blum, Frankf. Chaussee 118.**
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer
Wahlverein i. d. 3. Berl. Reichstags-
Wahlkreis.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass der Genosse
Ernst Herzog
Maler, Josephstr. 8, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag,
den 19. Januar, nachmittags
4 Uhr, von der Halle des Zentral-
friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
240/2 **Der Vorstand.**

Vereinigung der Maler,
Leinwand-, Anstreicher.
(Filiale Berlin.)
Todes-Anzeige.
Am 15. Januar 1906 verstarb
unser Kollege und Mitglied
Ernst Herzog
im Alter von 45 Jahren. 124/3
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. Januar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde
aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Hilfskranken-
der
Seifensieder

Am 14. Januar verschied am
Schmerzschlag unser ehemaliges
Vorstandsmittglied
Wilhelm Mieserfeld.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
18. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Gemeinde-
friedhofes in Ober-Schöneweide
aus statt. 295/3

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, dass
unser Mitglied, der Leinwand-
Karl Jacob
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
111/1 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maschinisten
u. Netzer sowie Berufsgenossen
Deutschlands.
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.
Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 16. ds. Mts.
verstarb das Mitglied, Kollege
Eduard Mehnert.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. ds. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Golgatha-Kirchhofes,
Danzwitzerstr., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
138/3 Die Ortsverwaltung.

Reichels Universal-

Magenpulver
Magenstärker,
die Verdauung unterstützend, stark
appetitanzregend.
Stets prompt in seiner Wirkung.
Dose M. 1.-, 3 Dosen M. 3.50 (fr. Berl.).
Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV 3353.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Rixdorf trat vor circa 14 Tagen mit der Anfrage an den Saalbesitzer der „Neuen Welt“, Herrn Scholz, heran, ob sein Saal für den 21. Januar, mittags 12 Uhr, frei wäre. Diese Frage wurde von dem Inhaber bejaht, aber eine direkte Zusage an Herrn Scholz von Seiten des Vorstandes wurde noch nicht gegeben. In einer späteren Vorstandssitzung wurden die Veranlassungsangelegenheiten nochmals erörtert und man kam aus wohlwollenden tatsächlichen Gründen zu dem Entschluß, dieses Mal auf die „Neue Welt“ zu verzichten, wovon Herr Scholz verständigt wurde. — Dieses ist der ganze Hergang der Angelegenheit. — Wie die „Staatsbürger-Zeitung“ dazu kommt, eine derartige probulatorische und verlogene Notiz zu bringen, ist uns unverständlich und ebenso Herrn Scholz, welcher uns die Erklärung abgab, in keiner Weise im Zusammenhang mit dieser Notiz der „Staatsb.-Ztg.“ zu stehen und auch von keinem Mitgliede des Wahlvereins in irgend einer Form ausgegangen wurde, an die Partei einen Betrag von 50 M. zu zahlen.

Wir bringen diese Notiz auf Wunsch zum Abdruck, obwohl wir gleich bei Veröffentlichung der „Staatsbürger-Zeitung“ Notiz den Schwund festgenagelt haben.

Rummelsburg.

Die hiesige Verkaufsstelle Türschmidstraße Nr. 6 des „Berliner Konsumvereins“ hatte im Dezember einen Umsatz von 9720 M. Eine stärkere Beteiligung der Vorhagener Bevölkerung würde wohl geeignet sein, die Errichtung einer besonderen Verkaufsstelle für Vorhagen zu beschleunigen.

Schöneberg.

Statistisches vom November. Die Zahl der Lebendgeborenen war im Berichtsmonat niedriger als im Oktober, sie betrug 224 (232), darunter uneheliche 11 oder 4,91 Proz. Die auf das Jahr und Tausend berechnete Geburtenziffer stellte sich auf 19,42 (21,84). — An Geschlechtsstörungen sind 111 (208) zu verzeichnen, darunter 18 (40) Mischformen. — Geringer als im Vormonat war auch die Zahl der Sterbefälle, sie belief sich auf 88 (107). — An Infektionskrankheiten starben 12 (14), insbesondere an Lungenschwindsucht 9 (11). Im Alter bis zu 1 Jahr starben im ganzen 18 (20), d. h. 20,45 Proz. aller Sterbefälle des Berichtsmontats. Die Sterblichkeitsziffer betrug demnach 7,03 (9,27). — Zu- und Fortzüge brachten ein Mehr von 1090 und 29 Haushaltungen (4070 bzw. 611). Der Austausch mit Berlin und seinen Vororten stellte sich derart, daß 227 zugezogene 139 fortgezogene Haushaltungen gegenüberstehen (1876 bzw. 955). Die Fluktuation der Bevölkerung war also im November eine minimale.

Baugenehmigungen für Wohnhäuser wurden 23 (19) erteilt, gebrauchsfertig wurden 4 (0) Neubauten. Der Zugang an Wohnungen belief sich auf 3 mit 1 Zimmer, 8 mit 2, 17 mit 3, 11 mit 4, 26 mit 5 und eine Wohnung mit 6 Zimmern, zusammen auf 60 Wohnungen. Der Grundstückswechsel erstreckte sich auf 8 bebauten und 20 unbebauten Grundstücke. Der Gesamtumsatz im Grundstücksverkehr betrug 2710 000 M. für die bebauten und 1836 400 M. für die unbebauten Grundstücke zusammen.

Die Versorgungsleistungen aus der Armenkasse beliefen sich auf 13 837 M. Die Zahl der unterstützten männlichen und weiblichen Personen betrug 272 bzw. 795, zusammen 1067.

Die Bevölkerungsziffer hatte am 1. Dezember bekanntlich die Höhe von 140 932 Personen erreicht, hatte also gegen den Vormonat um 1200 zugenommen.

Ueber das Gesundheitswesen ist zu berichten, daß Desinfektion erfolgte in 6 Fällen in der Anstalt und in 21 Fällen gleichzeitig in der Wohnung. Die beiden Rettungswachen (Rollendörferstraße und Herberstraße) wurden 238 mal in Anspruch genommen, darunter allein nur Verletzungen in 209 Fällen und von diesen wiederum waren 200 männliche.

Ein Gewerbegericht anhängig gemacht wurden 72 Streitigkeiten, davon übernommen aus dem Vormonat 40. Erledigt wurden 98 und zurückgestellt 24. — Dem Kaufmannsgericht lagen 23 Streitfälle vor, davon blieben unerledigt 6.

Die Ortskrankenkasse hatte am 1. Dezember 1917 Mitglieder gegen 16 108 am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

In welchem Maße die Volkswirtschaft von Monat zu Monat in Anspruch genommen werden muß, zeigt sich aus der steigenden Frequenz. Während im Oktober sich die Gesamtzahl der Portionen auf 11 829 belief, stieg sie im November auf 16 415. Gewiß auch ein Beweis von der überausenden Kompottschüssel!

Friedenau.

Am Donnerstagabend fand im Lokal Gesellschaftshaus in der Rheinstraße die erste ordentliche Generalsversammlung des Konsumvereins Friedenau und Umgegend statt. Nach der kurzen Uebersicht, die der Geschäftsführer Langosch über die Entwicklung des Vereins gab, ist der Mitgliederbestand bis heute auf 109 gestiegen. Leider beden noch nicht alle Mitglieder ihren Bedarf in ihrem eigenen Geschäft, sonst würde der Umsatz höher sein. Dieser betrug in den ersten 19 Tagen seit Eröffnung des Geschäfts bis 31. Dezember 1092 M. Die bis dahin gemachten Einzahlungen auf Geschäftsanteile bezifferten sich auf 221 M., die Spareinlagen auf 1274 M. Sämtliche Einnahmen seit der Gründung der Genossenschaft 3274 M., sämtliche Ausgaben 2393. Im ganzen kann die bisherige Entwicklung als zufriedenstellend bezeichnet werden und berechtigt zu der Hoffnung, daß Friedenau einen guten Boden für das Konsumvereinswesen abgeben wird. Im Laufe der ziemlich lebhaften Diskussion wurden von den Versammelten eine Reihe Fragen, Wünsche und Anregungen vorgebracht, deren Erfüllung die Verwaltung nach Möglichkeit zusagte.

Waidmannslust und Umgegend.

Zu der letzten Wahlerversammlung hielt Genosse Hermann Schulz Berlin einen instruktiven Vortrag über Kommunalpolitik. Genosse Schulz legte an der Hand unseres kommunalpolitischen Programms unsere Aufgaben auf diesem Gebiete dar, die so unendlich mannigfaltiger Natur seien. Vieles gäbe es nach dieser Richtung hin zu arbeiten. In der Diskussion fanden die Ausführungen ungeteilte Zustimmung. Dann erstattete Genosse Kottler den Bericht von der Verbandsversammlung für Groß-Berlin. Der Bericht des Kassierers ergibt, daß einer Einnahme von 339,90 M., eine Ausgabe von 292,55 M. gegenübersteht. Mit dem alten Bestand ist ein Betrag von 100,34 M. vorhanden. Zur Agitation wurden dem ersten Vorsitzenden 50 M. überwiesen. Zur Aufnahme hatten sich neun Genossen gemeldet.

Potsdam.

„Das Auge, Arbeit und Beruf“ lautet das Thema eines öffentlichen Vortrages, den der bekannte Potsdamer Augenarzt Sanitätsrat Dr. Maxradt am Sonnenstr. den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Café Bismarck, Waisenstraße 50, halten wird. Bei dem allgemeinen Interesse dieses sanitären Vortrages, der auf Anregung der letzten Generalsversammlung der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Potsdam stattfand, dürfte ein zahlreicher Besuch dieses Vortrages sowohl für Arbeitgeber wie Arbeitnehmermitglieder der genannten Kasse durchaus zu empfehlen sein. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Eine Rauchkammer hat der Sachverständige empfohlen die Potsdamer Fleischermeister. In einem Schreiben an Magistrat und Stadtwahlversammlungs begründen sie diesen Vorschlag damit, daß die vorgelegene Rauchkammer den „kleinen Mann“ von der drückend empfundenen Fleischersteuer entlasten würde. Diese zu beseitigen sei eine Pflicht des Magistrats. Das ist alles ganz schön. Und wenn ja auch ohne weiteres angenommen werden kann, daß der mehr gutgemeinte als praktikable Vorschlag von den städtischen Körperschaften unter den Tisch fallen gelassen wird, so kann man sich des Einbruchs nicht erwehren, daß die Potsdamer Fleischermeister hierbei mehr an sich selbst als an die „arme Bevölkerung“ denken. Denn wenn es ihnen ehelich darum zu tun wäre, die ungerade Fleischersteuer zu beseitigen und damit im Interesse der minder bemittelten Bevölkerung der zweiten Residenzstadt einen

Schritt vorwärts zu tun, so hätten sie dies bei den letzten Stadtwahlversammlungen sehr gut bekunden können. Sie blieben aber entweder zu Hause oder stimmten — für die Anhänger der Fleischersteuer. Es geschieht den Herren Fleischermeistern jetzt also ganz recht, wenn sie die Folgen ihrer Wahlakt am eigenen Leibe zu spüren bekommen.

Berliner Nachrichten.

Denkmäler allüberall.

Das Riesenprojekt, durch dessen Ausführung eine geradlinige Verbindung des Berliner Schlosses mit dem südlichen Teile von Westend, dem Grunewald und der Havel geschaffen werden soll, wird bis zur Vollendung der „Deer- und Prachtstraße“ noch Jahre erfordern, obgleich die Verbreiterung der Bismarckstraße in Charlottenburg, eines der wichtigsten Glieder des großen Straßenzuges, bereits erfolgt ist. Die Hauptfrage für gewisse Kreise bezieht nun darin: Mit welchen monumentalen Werken soll die künftige „Prachtstraße“ ausgestattet werden? Am Brandenburger Tor ist die Straße schon von den Standbildern des Kaisers und der Kaiserin Friedrich eingefasst, am Großen Stern werden auf den Jagdgruppen der Büffel, Eber, Hase und Fuchs gehetzt. Aber hier, wo ehemals der „bis in die Puppen“ führende Wege endete, beginnt nunmehr eine lange Straße, die mit keinem Monument „geschmückt“ ist. Sobald der Wanderer das Reichbild Charlottenburgs betritt — und mag er auch darüber hinaus bis zur Havel pilgern —, ist auf dem weiten Wege kein einziges Denkmal mehr zu entdecken. Das ist ein „Rangel“, dem „abgeholfen“ werden muß! Man hat deshalb schon, wie verlautet, eine „Verschönerung“ der „Prachtstraße“ angedacht.

Am Bahnhof Tiergarten wird die Straße durch die Stadtbahnüberführung überspannt; der wenig günstige Eindruck, der hierdurch hervorgerufen wird, soll später wieder beseitigt werden durch die „großartige“ Wirkung, die man von der neu zu erbauenden Charlottenburger Brücke erwartet. Wie bekannt, ist das Projekt des Professors H. Schade zur Ausführung bestimmt, das heißt der letzte der zahlreichen Entwürfe, die von Professor Schade, ebenso wie von vielen anderen Architekten, eingereicht worden waren. Auch bei seinem neuesten Projekt hatte der Architekt verschiedenen aus Hofkreisen an ihn gerichteten Wünschen Rechnung tragen müssen. Die künftige monumentale Charlottenburger Brücke dürfte freilich, wenn sie erst fertiggestellt ist, allgemeine Verwunderung erregen. Dort, an einer Stelle, an der ein enormer Verkehr eine breite, freigelegene Brücke als dringend notwendig erscheinen läßt, soll eine mit „modernem“ und doch recht altem Bierat überladene Brücke hergestellt werden. Man hört da von einem torartigen Ueberbau an der Ostseite der Brücke — „Schwibbogen“ scheinen nun einmal in Groß-Berlin an der Tagesordnung zu sein —, von säulenartigen Aufbauten an der Westseite, von mächtigen Pylonen, die in der Mitte der Brücke errichtet und von Standbildern des Königs Friedrich I. und der Königin Sophie Charlotte flankiert werden sollen. Denkmäler über Denkmäler! Der weite Ausblick, den man wenigstens von der Station Tiergarten nach Westen auf die „Prachtstraße“ haben würde, muß durch eine mit solchem Vollaft beschwerte Brücke gehindert werden. Aber damit ist man noch nicht zufrieden. Auf der Höhe von Süd-Westend soll abermals die „Prachtstraße“ durch ein hochragendes, gewaltiges Bauwerk, durch ein turmartiges Monument, das die „Germania“ verherrlichen soll, unterbrochen werden. Wenn das Ende dem Anfang entspricht, wird die Prachtstraße nichts anderes werden als eine „Siegesallee“ in vergrößertem Maßstabe.

Von einer Automobildrohsche überfahren und schwer verletzt wurde gestern an der Ecke der Barchauerstraße und Frankfurter Allee der 34jährige Arbeiter Karl Richter, als er den Fahrdamm an der Straßenkreuzung überschreiten wollte. Der Automobilfahrer, dessen Gefährt eine bedeutende Fahrgeschwindigkeit hatte, gab zwar rechtzeitig das Warnungssignal, doch wurde er durch daselbe aufgeschreckt und verwirrt, denn statt nach dem Bürgersteig zurück zu eilen, lief er direkt gegen das Auto, dessen Räder ihm über die Brust hinweggingen. Der Arbeiter, welcher schwere innere Verletzungen erlitt, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Oberin und Ledebame. Vor kurzem ging eine Notiz durch die Wälder über den Zusammenbruch eines Schweißereis in Ost-Berlin, und gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß die Oberin dieses „Jonsheims“ infolge verfehlter Spekulationen und drückender Schulden geisteskrank und in weiterer Folge einer Irrenanstalt überwiesen wurde. Diese einigermaßen tragische Affäre hat eine kleine Vorgeschichte, die nicht eines pikanten Beispiels bedarf. Margarete N. hatte heute noch ihre Anstalt haben können, die sie vor zwei Jahren unter günstigen Umständen begründet hatte. Arbeit und Verdienst waren reichlich; sechszehn Schwestern versahen den Dienst, und in der ersten Zeit wurden Vorkosten und Gehälter pünktlich bezahlt. Aber da kam die Liebe — auch die Oberin einer Schweißerei ist nicht davor gefeit — und nun begann der Abwärts. Margarete N. fand sich in dem Labyrinth der Leidenschaften nicht mehr zurecht. Nächtlige Streifzüge durch Berlin waren schließlich keine Seltenheit mehr in dem Leben der Oberin, und ebensowenig fehlten die „Herrenbesuche“ in dem Programm des Tages. Anfangs nahm die Oberin auf ihre nächtlichen Liebesfahrten Schwärmern mit, die ihr abnunglos folgten, bis sie durch den Totbestand erkannten, daß sie Dinge mitanzusehen sollten, die nicht zu dem Wirkungskreis einer Schweißerei gehören. Diese Schwärmer verließen dann anderen Tages den Dienst. Nach außen hin versuchte die Oberin lange Zeit die Ledebame zu verleugnen. Das ging aber eben nur eine Zeitlang. Dann fielen allerhand Gerüchte durch; der Schweißereier wurden nun weniger; in der Anstalt und in der Nachbarstadt schüttelte man den Kopf über das tolle Treiben der Oberin. Schließlich kam, was kommen mußte: der Zusammenbruch. Das zügellose Leben hatte die Gesundheit der Oberin untergraben; die drückenden Schulden die Furcht vor Entdeckung trugen ebenfalls zu der allgemeinen Zerrüttung bei, und schließlich taten sich die Pforten der Irrenanstalt auf, um ein demütigstes Leben aufzunehmen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge fand gestern nachmittags gegen 5 Uhr in der Landsberger Allee statt. An der Ecke am Landsbergerplatz hielt an der dortigen Haltestelle ein Straßenbahnzug der Linie 51, um Fahrgäste einzunehmen. Zu derselben Zeit kam auf dem gleichen Gleise ein Zug der Hohen-Schönhauser Straßenbahn-Gesellschaft (Hohen-Schönhausen-Wahmannstraße) herangefahren, dessen Führer den Zug nicht rechtzeitig zum Stehen bringen konnte. Der Motorwagen des ansahrenden Straßenbahnzugs fuhr mit solcher Gewalt auf den Anhängerwagen des Vorkuges der großen Berliner Straßenbahn, daß an dem letzteren die Hinterplattform zertrümmert wurde. Durch die Gewalt des Anpralls wurde auch die starke Pufferstange des Kraftwagens zerbrochen, die Plattform des ansahrenden Motorwagens eingedrückt und mehrere Scheiben zertrümmert. Von den Fahrgästen erlitten vier Personen leichte Verletzungen. Es meldeten sich als Verunglückte Kaufmann Lorenz, Straßmannstr. 43, Frau Rämmerer, Kochmannstr. 7, Frau Bauer, Landsberger Allee 13 und Fräulein Areghmar, Widostr. 4. Sämtliche Verunglückte konnten sich ohne fremde Hilfe nach ihren Wohnungen begeben.

Das unvorsichtige Umgehen mit Schusswaffen hat gestern wieder einmal ein Opfer gefordert. Der zwölfjährige Sohn des Kaufmannes Knade, Wiesenstraße 29, hatte auf dem Balkon einen geladenen Revolver seines Vaters entdeckt und wollte einmal nachsehen, ob die Waffe funktioniert und ob er ein guter Schütze sei. Beim hatte der Knabe jedoch den Revolver heruntergenommen, so entlud sich dieser plötzlich und die Kugel drang dem Unvorsichtigen in die rechte Hand bis tief in die Adern hinein. Nach Anlegung eines Notverbandes auf der Unfallstation XVII wurde der waghalsige Schütze nach der königlichen Klinik in der Fiegelstraße gebracht.

Aus der Selbstmordchronik sind heute folgende Fälle zu melden: Ein bei Verwandten in der Adolfsstraße 16 wohnendes junges Mädchen Elli A. trank Nisof und wurde in bewußtlosem Zustande

nach der Unfallstation in der Badstraße gebracht, wo sofort der Magen ausgepumpt wurde. Im Lazaruskrankeuhause liegt die Bedauernswerte fast hoffnungslos darnieder. Der Grund zur Tat soll sein, daß sie zu Unrecht beschuldigt wurde, mit ihrem Onkel ein intimes Verhältnis zu unterhalten. — Wegen eines unheilbaren Herbenleidens ist gestern der Postkassier Johann N. aus der Ergertstraße in den Tod gegangen. N. mußte vor einiger Zeit der Krankheit wegen seinen Dienst aufgeben. Gestern morgen verschwand er plötzlich aus der Wohnung. Nachmittags fand man ihn erhängt auf dem Boden vor. N. hatte in einem Anfall von Herbenüberreizung Hand an sich gelegt. — Ein Selbstmord eines Berliner wird aus Straßburg berichtet. Dort wurde dieser Tage auf freiem Felde die Leiche eines auf gekleideten Fremden aufgefunden, der sich, wie die nähere Untersuchung ergab, mittels Revolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte. Der Tote ist später als der 24jährige Tischler Julius Bräutigam festgestellt worden.

Einen frechen Einbruch verübten Schaulustende in dem bekannten Herren- und Anbengarderoben-Geschäft von Hermann Stillfährig jr., Blücherstraße 6. Den Dieben gelang es, einen größeren Teil der ausgestellten Westen zu erbeuten. Von einem hinzugekommenen Wächter wurden die Diebe erschreckt, und es konnten deshalb noch eine Anzahl im Schaufenster befindlicher Westen gerettet werden.

Die Gasautomatenplünderer. Zwei geriebene etwa sechszehnjährige Burschen, die sich als Beamte der Imperial Continental-Gas-Association ausgaben, verübten in verschiedenen Häusern der Horkstraße, Nr. 42, 49 und 50, große Schwindeleien. Während der eine von ihnen unten Schmiere stand, erschien der andere in den Wohnungen. Er stellte sich überall als Kontrolleur und Kassierer der Gasautomatengesellschaft vor, ließ sich eine Zange geben, um die Plombe an dem Geldkasten zu lösen, entnahm demselben die oft nicht unbedeutlichen Beträge und notierte sich pro forma etwas in ein kleines Notizbuch mit grünem Umschlag. Horkstraße 42 begann der Pseudobeamte mit dem „Kassieren“ und erkundigte sich, wer im Hause Gasautomaten besitze. Als er in der Sch. jenen Wohnung, Horkstraße 42, den Besitzer selbst vorfand, wagte er es nicht, sich als „Kassierer“ aufzuspielen. Er erklärte, daß er nur die Kummer des Automaten nachsehen wolle, da derselbe durch einen neuen ersetzt werden solle, und zog sich dann schleunigst zurück. Herr Sch. verfolgte ihn unzufrieden und sah, wie er mit seinem unten stehenden Kompanon eiligt davonlief. Der „Kassierer“ ist ein etwa 1,65 Meter großer und schwächlicher Bursche mit dunklem Haar, bellerde mit schwarzen, feinen Hut, dunklen Sommerpaleot, Kragenschoner und Lederschuhen und trug an der einen Hand zwei Similibrillenträger. Die Firma ist sofort von dem Treiben der Schwindeleier telephonisch benachrichtigt worden.

In trostlosem Zustande wurde gestern abend in der Turmstraße der zwölfjährige Schüler Paul Sch., Emdenerstraße 7 wohnhaft, von einem Schuttmann aufgefunden und nach dem Polizeirevier gebracht. Der von der Unfallstation XIX hinzugezogene Arzt stellte eine schwere Alkoholvergiftung fest und hatte alle Mühe, einem drohenden Herzstillstand des Knaben vorzubeugen. Noch immer im bewußtlosen Zustande wurde Sch. schließlich nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht. Es stellte sich heraus, daß der Schüler mit mehreren Kameraden heimlich in einen Weineller eingedrungen war und sich an dem edlen Traubenjuft bis zur völligen Bewußtlosigkeit betrunken hatte.

Feuer kam am Dienstagmittag um 12 1/4 Uhr im Wintergarten bei einer Prüfung der sogenannten Alarmhuppenanlage aus. Es brannte in der Damengarderobe. Die Flammen waren durch einen Lichtbogen an einer Huppe und dadurch hervorgerufen elektrischen Kurzschluß entstanden. Die Gefahr wurde sofort bemerkt und konnte bald beseitigt werden. Die Benutzung der Alarmhuppenanlage wurde bis auf weiteres von der Feuerwehre inhibiert. Etwas später hatte die Feuerwehre in der Alten Leipzigerstraße 18 zu tun, wo im Dachgeschoß in einer Küche Feuer ausgekommen war. Gleichzeitig wurde die Feuerwehre nach der Waldstraße 8 gerufen, wo Feuer auf dem Dache brannte. Weitere Alarme liefen dann noch aus der Poststraße 18, Straußbergerstraße 40 und anderen Stellen ein.

Vermischtes.

Aus dem Juge gestürzt. Ein furchtbares Schicksal hat gestern morgen eine russische Auswandererfamilie betroffen, die sich auf der Fahrt von Rußland nach Deutschland in Sänzelunge 6 auf der Strecke Biltendorf-Pinsenberg befand. Während der Fahrt stürzte ein etwa siebenjähriger Knabe zum Fenster hinaus. Da die Eltern die Notsignaleinrichtung wahrscheinlich nicht kannten, verging geraume Zeit, bis der Zug zum Halten gebrannt werden konnte. Der Knabe wurde aber nicht sofort gefunden und daher mußte der Schnellzug langsam bis zum nächsten Blockhause zurückfahren. Dort traf die telephonische Meldung ein, daß man den Knaben gefunden und daß man ihn mit dem nächsten Zuge nach Frankfurt senden werde. Hierauf fuhr der Schnellzug nach Frankfurt a. D. weiter, wurde aber durch ein zweites Notsignal gleich hinter der Station Buchmühle, etwa um 10,15 Uhr, wieder zum Halten veranlaßt. Es zeigte sich, daß soeben wieder ein Kind derselben russischen Familie aus dem Fenster gestürzt sei. Man fand den etwa achtjährigen Knaben mit schweren Verletzungen am Kopfe. Gegen 10,30 Uhr traf der Zug mit größerer Verpätung auf dem Frankfurter Bahnhof ein, wo das Unglück, dessen Ursache noch nicht aufgeklärt werden konnte, bereits bekannt war. Ein Arzt konnte nur den Tod des Knaben feststellen. Die verzweifelten Eltern blieben auf dem Bahnhofe, um die Ankunft des anderen Kindes, über dessen Verfinden noch keine Nachrichten vorliegen, zu erwarten. Die gerichtliche Untersuchung des bedauernden Zwischenfalles wird zeigen müssen, auf welche Weise das Unglück entstanden ist. Da niemand weiter mit der Familie im Wagenabteil saß, läßt sich noch nicht feststellen, ob Fahrlässigkeit vorliegt oder ob eine geistige Störung der Mutter an dem furchtbaren Unheil schuld ist.

Eduard Möller 307V*
Hüte, Mützen, Pelzwaren
Rixdorf, Bergstr. 24.

Ältestes konz.
Leihhaus
Charlottenburg,
Wilmersdorferstr. 40 I.
Hohe Beleihung. Diskr. Sprechzimmer

Leih-Haus
Charlottenburg,
Friedrich-Karl-Platz 12,
Berlin, Kantauer-Str. 2.
Beleihung von Brillanten, Gold- und Silbergegenständen, Wägen, Säge, Kleidungsstücken etc. 306V*
Emil Hoegner
Grunewaldstraße 108.
Wäsche-, Weiß-, Woll- und Manufakturwaren.
Vorgezeichnete und fertige Handarbeiten.
Herren-Artikel.
Mitglied von 8 Rabatt- u. Sparvereinen.
365V*